



XVI. Legislaturperiode

XVI legislatura

DOKUMENTATION NR. 1
LANDESGESETZENTWURF

Nr. 64/20

DOCUMENTAZIONE N. 1
DISEGNO DI LEGGE

N. 64/20

.....

Umweltbaubegleitung

vorgelegt am 20.10.2020 von den Landtagsabgeordneten Hanspeter Staffler, Brigitte Foppa und Riccardo Dello Sbarba

dem 2. Gesetzgebungsausschuss **zugewiesen**

.....

Supervisione ambientale

presentato in data 20/10/2020 dai consiglieri provinciali Hanspeter Staffler, Brigitte Foppa e Riccardo Dello Sbarba

assegnato alla 2a commissione legislativa

Erstellt vom Amt für Rechts- und Gesetzgebungsangelegenheiten

(Vervielfältigung und Verbreitung für den internen Gebrauch)

a cura dell'ufficio affari legislativi e legali

(riproduzione e diffusione ad uso interno)

INHALTSVERZEICHNIS

- | | | |
|----|-----------------------------------|-------|
| 1) | L.G. vom 12. Mai 2010, Nr. 6 | S. 1 |
| 2) | L.G. vom 13. Oktober 2017, Nr. 17 | S. 39 |

INDICE

- | | | |
|----|-----------------------------|---------|
| 1) | L.P. 12 maggio 2010, n. 6 | pag. 20 |
| 2) | L.P. 13 ottobre 2017, n. 17 | pag. 57 |

d) Landesgesetz vom 12. Mai 2010 , Nr. 6 ^{1) 2)} Naturschutzgesetz und andere Bestimmungen

1)Kundgemacht im Amtsblatt vom 25. Mai 2010, Nr. 21.

2)Siehe auch Art. 3 Absatz 1 des [D.L.H. vom 18. September 2012, Nr. 31](#).

I. ABSCHNITT ALLGEMEINE VORSCHRIFTEN

Art. 1 (Anwendungsbereich)

(1) Dieses Gesetz regelt den Schutz der wild lebenden Tiere, der wild wachsenden Pflanzen, ihrer Lebensräume sowie den Schutz von Fossilien und Mineralien.

(2) Folgende Bestimmungen bleiben unbeschadet:

- a) das [Landesgesetz vom 17. Juli 1987, Nr. 14](#), in geltender Fassung, über die Wildhege und Jagdausübung,
- b) das [Landesgesetz vom 9. Juni 1978, Nr. 28](#), in geltender Fassung, über die Fischerei,
- c) das [Landesgesetz vom 18. Juni 2002, Nr. 8](#), in geltender Fassung, über den Schutz der Gewässer und laut Gewässerschutzplan,
- d) das [Landesgesetz vom 19. Juni 1991, Nr. 18](#), in geltender Fassung, über den Schutz der Pilze.

(3) In diesem Gesetz werden Personen geschlechtergerecht bezeichnet, sofern dadurch die Lesbarkeit und Verständlichkeit nicht beeinträchtigt wird. Wo Personenbezeichnungen nur in der männlichen Form stehen, sind, sofern es sich um natürliche Personen handelt, stets Männer und Frauen gemeint.

Art. 2 (Recht auf Naturgenuss und Erholung)

(1) Jede Person hat das Recht auf den Genuss der Naturschönheiten und auf die Erholung in der freien Natur.

(2) Jede Person ist bei der Ausübung des Rechts nach Absatz 1 verpflichtet, mit Natur und Landschaft sorgsam umzugehen, und hat nach ihren Möglichkeiten in Verantwortung für die natürlichen Lebensgrundlagen zur Verwirklichung der Ziele und Grundsätze des Naturschutzes beizutragen und sich so zu verhalten, dass die Lebensgrundlagen für wild lebende Tiere und Pflanzen erhalten, nicht beeinträchtigt und wiederhergestellt werden.

(3) Der ökologisch orientierten und der die Kulturlandschaft erhaltenden land- und forstwirtschaftlichen Nutzung kommt dabei besondere Bedeutung zu, wobei diese zur Erhaltung für den Naturhaushalt bedeutsamer linearer und punktförmiger Landschaftselemente beiträgt.

(4) Die Ausübung des Rechts nach Absatz 1 erfolgt unbeschadet der Rechte der Grundstückseigentümer und Nutzungsberechtigten.

(5) Die Ausübung des Rechts nach Absatz 1 erfolgt grundsätzlich auf eigene Gefahr. Vorbehaltlich anderer Bestimmungen werden dadurch keine besonderen Sorgfalts- oder Verkehrssicherungspflichten der betroffenen Grundeigentümer oder sonstigen Berechtigten begründet.

(6) Die Erholung in Teilen der freien Natur kann mit Durchführungsverordnung im erforderlichen Umfang aus Gründen des Natur- und Landschaftsschutzes untersagt oder eingeschränkt werden, insbesondere was die Verunreinigung des Bodens durch Unrat und Losung infolge der verstärkten Freizeitnutzung betrifft.

II. ABSCHNITT ARTENSCHUTZ

I. Teil Schutz wild lebender Tiere

Art. 3 (Schutzgegenstand)

- (1) Alle Tiere, die in Südtirol von Natur aus verbreitet sind und wild leben, sind geschützt.
- (2) Es ist verboten, mit wild lebenden Tieren Handel zu treiben.

[Art. 4 (Vollkommen geschützte Tierarten)]

- (1) Vollkommen geschützt sind die in der Anlage A angeführten Tierarten.
- (2) Ebenso vollkommen geschützt sind jene wild lebenden Tierarten, die in den Anhängen II und IV der Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie, in der Folge kurz FFH-Richtlinie genannt, aufgezählt sind und auch nur vorübergehend in Südtirol vorkommen. Für diese gilt ein striktes Schutzsystem, um einen günstigen Erhaltungszustand zu bewahren oder wiederherzustellen.
- (3) Die wild lebenden Vogelarten laut Richtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2009 über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten, in der Folge Vogelschutzrichtlinie genannt, unterliegen den Schutzbestimmungen des [Landesgesetzes vom 17. Juli 1987, Nr. 14](#), in geltender Fassung.
- (4) Das Verzeichnis der vollkommen geschützten Tierarten kann von der Landesregierung ergänzt werden.
- (5) Es ist verboten:
- Tiere der vollkommen geschützten Arten in sämtlichen Lebensstadien absichtlich zu fangen, absichtlich zu töten oder sie, insbesondere während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Überwinterungs- und Wanderzeiten, absichtlich zu stören oder sie in lebendem oder totem Zustand in Gewahrsam zu halten, sowie vollkommen geschützte Tierarten oder Teile derselben zu transportieren, zu verarbeiten, zu vermarkten oder zu tauschen oder zur Vermarktung oder zum Tausch anzubieten,
 - die Eier der vollkommen geschützten Arten absichtlich zu zerstören oder aus der Natur zu entnehmen oder deren Nistplätze, Fortpflanzungs- und Ruhestätten zu beschädigen oder zu vernichten.
- (6) Eigentümern, Pächtern und Fruchtnießern ist es erlaubt, auf dem eigenen Grund mit landwirtschaftlicher oder gartenbaulicher Zweckbestimmung Maulwürfe zu fangen und zu töten.
- (7) Von den in Absatz 5 angeführten Verboten ausgenommen sind die aus Züchtungen stammenden Tierarten. Wer diese Arten in den Handel bringt, muss ein vom Züchter ausgestelltes Ursprungszeugnis vorweisen.
- (8) In Bezug auf den Fang oder das Töten der in Anhang V Buchstabe a) der FFH-Richtlinie genannten wild lebenden Tierarten sowie in den Fällen, in denen Ausnahmen laut Artikel 11 dieses Gesetzes für die Entnahme, den Fang oder die Tötung der in Anhang IV Buchstabe a) der FFH-Richtlinie genannten Arten beschlossen werden, ist der Gebrauch von nichtselektiven Geräten, durch die das örtliche Verschwinden von Populationen dieser Tierarten hervorgerufen werden könnte oder durch die diese schwer gestört werden könnten, verboten.
- (9) Verboten sind die Verwendung der in Anhang VI Buchstabe a) der FFH-Richtlinie genannten Fang- und Tötungsgeräte sowie jede Form des Fangens oder Tötens mittels der in Anhang VI Buchstabe b) derselben Richtlinie genannten Transportmittel.] [3\)](#)

3)Die Art. 4, Art. 8 Abs. 4, Art. 11 Absätze 1 und 2, Art. 22 Abs. 6 und Art. 33 Absatz 3, wurden vom Verfassungsgerichtshof mit Urteil vom 18. April 2011, Nr. 151, für verfassungswidrig erklärt.

Art. 5 (Schutzgebiete)

(1) In den Naturdenkmälern, den geschützten Biotopen und im Bereich der Naturparke sind alle wild lebenden Tierarten vollkommen geschützt. Die Bestimmungen über die Wildhege und Jagdausübung sowie über die Fischerei bleiben unbeschadet.

II. Teil Schutz wild wachsender Pflanzen

Art. 6 (Schutzgegenstand)

(1) Alle Pflanzen, die in Südtirol von Natur aus verbreitet sind und wild wachsen, sind geschützt. Invasive Neophyten sind von den Schutzbestimmungen laut den Artikeln 8 und 9 ausgenommen. [4\)](#)

4)Art. 6 Absatz 1 wurde so ersetzt durch Art. 7 Absatz 1 des [L.G. vom 12. Dezember 2011, Nr. 14.](#)

Art. 7 (Vollkommen geschützte Pflanzenarten)

(1) Vollkommen geschützt sind die in der Anlage B angeführten Pflanzenarten.

(2) Ebenso vollkommen geschützt sind jene wild wachsenden Pflanzenarten, die in den Anhängen II und IV der FFH-Richtlinie angeführt sind. Für diese gilt ein striktes Schutzsystem, um einen günstigen Erhaltungszustand zu bewahren oder wiederherzustellen.

(3) Das Verzeichnis der vollkommen geschützten Arten kann von der Landesregierung ergänzt werden.

(4) Es ist verboten,

- a) vollkommen geschützte wild wachsende Pflanzen, unabhängig davon, in welchem Entwicklungsstadium sie sich befinden, oder Teile davon absichtlich zu pflücken, zu sammeln, abzuschneiden, auszugraben oder zu vernichten, in frischem oder getrocknetem Zustand zu verwahren, zu transportieren, zu verarbeiten, zu vermarkten, zu tauschen oder zur Vermarktung oder zum Tausch anzubieten,
- b) den Standort vollkommen geschützter wild wachsender Pflanzen so zu verändern, dass ihr Fortbestand gefährdet oder beeinträchtigt wird.

Art. 8 (Teilweise geschützte Pflanzenarten)

(1) Alle nicht in Artikel 7 angeführten wild wachsenden Pflanzenarten sind teilweise geschützt.

(2) Von den teilweise geschützten Pflanzen dürfen pro Person und Tag höchstens zehn Blütenstengel gepflückt werden.

(3) Es ist verboten, die teilweise geschützten Pflanzen auszureißen, mit ihnen Handel zu treiben, unterirdische Teile zu entnehmen oder zu beschädigen oder die Rosetten zu entnehmen.

(3/bis) Privateigentümer, Pächter und Fruchtnießer sowie die mit ihnen im gemeinsamen Haushalt lebenden Angehörigen dürfen auf den Grundstücken, über die sie verfügen, Pilze bis zu einem Höchstausmaß von drei Kilogramm pro Tag und Person sowie die teilweise geschützten Pflanzen ohne Einschränkungen sammeln. In den Naturparks dürfen in den betroffenen Gemeinden Ansässige an geraden Tagen Pilze bis zu einem Höchstausmaß von zwei Kilogramm pro Person ohne Bezahlung einer Sammelgebühr sammeln. [5\)](#)

[(4) Eigentümer, Pächter und Fruchtnießer sowie die mit ihnen im gemeinsamen Haushalt lebenden Personen dürfen auf den Grundstücken, über die sie verfügen, ohne Einschränkungen Pilze und die teilweise geschützten Pflanzen sammeln.] [3\)](#)

(5) Unbeschadet der Rechte des Grundeigentümers hat jeder das Recht, Waldfrüchte und die in der Anlage C angeführten Pflanzenarten für den Eigenbedarf zu sammeln.

(6) Der Direktor bzw. die Direktorin der Landesabteilung Natur und Landschaft kann das Sammeln von teilweise geschützten Pflanzen für wissenschaftliche, didaktische oder pharmazeutische Zwecke ermächtigen.

5) Art. 8 Absatz 3/bis wurde hinzugefügt durch Art. 7 Absatz 2 des [L.G. vom 12. Dezember 2011, Nr. 14](#).

3) Die Art. 4, Art. 8 Abs. 4, Art. 11 Absätze 1 und 2, Art. 22 Abs. 6 und Art. 33 Absatz 3, wurden vom Verfassungsgerichtshof mit Urteil vom 18. April 2011, Nr. 151, für verfassungswidrig erklärt.

Art. 9 (Schutzgebiete)

(1) In den Naturdenkmälern, Biotopen, Naturparks und Natura 2000-Gebieten sind alle Pflanzenarten, einschließlich der Pilze, vollkommen geschützt.

(2) Das Sammeln von Pflanzen für den Eigenbedarf laut Anlage C ist erlaubt, ausgenommen im Bereich von Naturdenkmälern und Biotopen.

(3) Eigentümer, Pächter und Fruchtnießer sowie die mit ihnen im gemeinsamen Haushalt lebenden Personen dürfen auf den Grundstücken, über die sie verfügen, ohne Einschränkungen Pilze und Pflanzen sammeln, mit Ausnahme der vollkommen geschützten Pflanzen laut Anlage B und ausgenommen im Bereich von Biotopen und Naturdenkmälern.

(4) [6\) 7\)](#)

6) Art. 9 Absatz 4 wurde hinzugefügt durch Art. 15 Absatz 1 des [L.G. vom 17. Jänner 2011, Nr. 1](#), und später aufgehoben durch Art. 11 Absatz 1 Buchstabe a) des [L.G. vom 21. Juni 2011, Nr. 4](#).

7) Der Verfassungsgerichtshof hat mit Urteil vom 10. Februar 2014, Nr. 19, die Verfassungsbeschwerde des Art. 15 Absatz 1 des [Landesgesetzes vom 17. Januar 2011, Nr. 1](#), welcher im [Landesgesetz vom 12. Mai 2010, Nr. 6](#) den Absatz 4 des Art. 9 hinzugefügt hatte, für erledigt erklärt. Der genannte Art. 15 Absatz 1 ist als aufgehoben zu betrachten.

Art. 10 (Land- und forstwirtschaftliche Nutzung)

(1) Vorbehaltlich der Bestimmung des Artikels 7 Absatz 4 Buchstabe b) gelten die Einschränkungen dieses Teils nicht für die land- und forstwirtschaftliche Nutzung.

(2) Das Verbot und die Einschränkungen laut Artikel 7 und 8 gelten nicht für die geschützten Pflanzen, die nachweislich aus Kulturen stammen.

III. Teil Besondere Regelungen zum Artenschutz

Art. 11 (Ausnahmeregelungen und Einschränkungen)

[(1) Der Direktor bzw. die Direktorin der Landesabteilung Natur und Landschaft kann, sofern es keine andere zufrieden stellende Lösung gibt und unter der Bedingung, dass die Populationen der betroffenen Art in ihrem natürlichen Verbreitungsgebiet ohne Beeinträchtigung in einem günstigen Erhaltungszustand verbleiben, für die

geschützten Pflanzenarten und die nicht vom Regelungsbereich der Landesgesetze über Jagd und Fischerei erfassten Tierarten Ausnahmen von den Verboten laut Artikel 4 Absatz 5 und Artikel 7 Absatz 4 für bestimmte Gebiete und befristete Zeiträume zulassen, und zwar:

- a) zum Schutz der wild lebenden Tiere und wild wachsenden Pflanzen und zur Erhaltung ihrer natürlichen Lebensräume,
- b) zur Verhütung ernster Schäden, insbesondere an Kulturen, in der Tierhaltung, an Wäldern, Fischgründen und Gewässern sowie an sonstigen Formen von Eigentum,
- c) im Interesse der Volksgesundheit und der öffentlichen Sicherheit oder aus anderen zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art oder solcher mit bedeutenden positiven Folgen für die Umwelt,
- d) zu Zwecken der Forschung und des Unterrichts, der Bestandsauffüllung und Wiederansiedelung und der für diese Zwecke notwendigen Aufzucht, einschließlich der künstlichen Vermehrung von Pflanzen,
- e) um unter strenger Kontrolle selektiv und in beschränktem Ausmaß die Entnahme oder Haltung einer begrenzten und spezifizierten Anzahl von Exemplaren bestimmter Tier- und Pflanzenarten laut Anhang IV der FFH-Richtlinie zu erlauben.

(2) Der Direktor bzw. die Direktorin der Landesabteilung Natur und Landschaft übermittelt den zuständigen staatlichen Behörden alle zwei Jahre einen entsprechenden Bericht über die nach Absatz 1 genehmigten Ausnahmen.] [3\)](#)

(3) Die Landesregierung schreibt, sofern dies zur Erhaltung der Tier- und Pflanzenarten laut Anhang V der FFH-Richtlinie erforderlich ist, geeignete Maßnahmen für die Entnahme und Nutzung derselben vor.

3)Die Art. 4, Art. 8 Abs. 4, Art. 11 Absätze 1 und 2, Art. 22 Abs. 6 und Art. 33 Absatz 3, wurden vom Verfassungsgerichtshof mit Urteil vom 18. April 2011, Nr. 151, für verfassungswidrig erklärt.

Art. 12 (Gebietsfremde Tiere)

(1) Es ist verboten, gebietsfremde Tiere in der freien Natur anzusiedeln. Vom Verbot ausgenommen ist die Ansiedlung nicht autochthoner Arten und Populationen laut Artikel 12 des Dekrets des Präsidenten der Republik vom 8. September 1997, Nr. 357, in geltender Fassung. [8\)](#)

8)Art. 12 wurde so ersetzt durch Art. 17 Absatz 1 des [L.G. vom 27. März 2020, Nr. 2.](#)

Art. 13 (Gentechnisch veränderte Organismen)

(1) Verboten ist das Ausbringen gentechnisch veränderter Organismen im Bereich von

- a) Natura 2000-Gebieten,
- b) Naturparken, Biotopen, Naturdenkmälern,
- c) an Seen angrenzenden Flächen in einer Breite von 300 Metern ab dem Seeufer,
- d) Flüssen, Bächen und den in den Verzeichnissen laut königlichem Dekret vom 11. Dezember 1933, Nr. 1775, eingetragenen Wasserläufen, einschließlich ihrer Ufer und Dämme, bis zu einer Breite von jeweils 150 Metern,
- e) Gletschern und -mulden und im Bereich der Alpinregion über 1600 Meter Meereshöhe,
- f) Forst- und Waldgebieten,
- g) schützenswerten Nass- und Feuchtflächen sowie Trockenstandorten,
- h) Flächen, für die Landschaftspflegeprämien gewährt werden,
- i) Grundstücke, auf denen ökologischer Landbau betrieben wird.

(2) Die Landesregierung legt zum Schutz wild lebender Tier- und Pflanzenarten und deren Lebensräume für die in Absatz 1 genannten Gebiete angemessene äußere Pufferzonen und Vorsorgemaßnahmen fest.

(3) Unbeschadet der bereits geltenden Übergangsbestimmungen im Bereich gentechnisch veränderter Organismen (GVO) in der Landwirtschaft, wird die von der EU-Kommission veröffentlichte Empfehlung 2003/556/EG vom 23. Juli 2003, wie sie im Artikel 2 des Gesetzesdekretes vom 22. November 2004, Nr. 279,

umgewandelt in Gesetz, mit Änderungen, mit Artikel 1 des Gesetzes vom 28. Jänner 2005, Nr. 5, übernommen ist, separat mit Landesgesetz geregelt.

III. ABSCHNITT SCHUTZ VON LEBENSÄRUMEN

Art. 14 (Ziele und Maßnahmen)

(1) Um die Erhaltung der Artenvielfalt zu gewährleisten und dem Rückgang von wild lebenden Tieren und wild wachsenden Pflanzen entgegenzuwirken, sind die Lebensräume derselben in einem günstigen Erhaltungszustand zu bewahren oder wiederherzustellen. Dazu sind differenzierte Schutz- und Pflegemaßnahmen zu treffen.

Art. 15 (Stehende Gewässer)

(1) Im Bereich von stehenden Gewässern ist es verboten:

- a) Maßnahmen zu treffen, die zur Beeinträchtigung natürlicher oder naturnaher stehender Gewässer oder deren Uferbereiche führen, insbesondere Meliorierungs- und Trockenlegungsarbeiten durchzuführen,
- b) mit Motorbooten jeglicher Art zu fahren, außer für Rettungseinsätze und Sanierungsmaßnahmen im Sinne des Gewässerschutzes. Von diesem Verbot ausgenommen ist das Fahrgastschiff der Gemeinde Graun auf dem Reschensee. [9\)](#)

9) Art. 15 wurde so ersetzt durch Art. 15 Absatz 2 des [L.G. vom 17. Jänner 2011, Nr. 1](#).

Art. 16 (Nass- und Feuchtflächen sowie Trockenstandorte)

(1) Schützenswerte Nass- und Feuchtflächen sind:

- a) Verlandungsbereiche von stehenden oder langsam fließenden Gewässern,
- b) Schilf-, Röhricht- und Großseggenbestände,
- c) seggen- und binsenreiche Feucht- und Nasswiesen,
- d) Moore,
- e) Auwälder,
- f) Sumpf- und Bruchwälder,
- g) Quellbereiche,
- h) naturnahe und unverbaute Bach- und Flussabschnitte sowie Wassergräben, einschließlich der Ufervegetation.

(2) Schützenswerte Trockenstandorte, die eine besondere Artenvielfalt aufweisen und für die Erhaltung von geschützten wild wachsenden Pflanzen oder wild lebenden Tierarten von Bedeutung sind, sind:

- a) Trockenrasen,
- b) Felsensteppen,
- c) Lehmbrüche.

(3) Schützenswerte Nass- und Feuchtflächen, offene Gräben und Rinnsale sowie Trockenstandorte sind zu erhalten, wobei eine bestandserhaltende Nutzung erlaubt ist, sofern die Erhaltung der Flächen nicht gefährdet wird.

(4) Maßnahmen, die zu einer Zerstörung oder sonstigen Beeinträchtigung der Flächen laut Absatz 3 führen können, sind unzulässig.

(5) Die Mahd von Röhricht, Schilfbeständen sowie von Streuwiesen ist in der Zeit vom 1. September bis zum 15. März erlaubt, während die Mahd zur Pflege der Entwässerungsgräben in der Zeit vom 15. Juli bis zum 15. März erlaubt ist. Die Mahd zur Pflege der Entwässerungsgräben darf nur abschnittsweise erfolgen. Die

Landesregierung genehmigt unter Berücksichtigung der naturräumlichen Gegebenheiten und der Anforderungen des Hochwasserschutzes spezifische Managementleitlinien, auf deren Grundlage von den oben genannten Mahdzeiten abgewichen werden kann. [10\)](#)

10)Art. 16 Absatz 5 wurde so ersetzt durch Art. 7 Absatz 3 des [L.G. vom 12. Dezember 2011, Nr. 14.](#)

Art. 17 (Ufervegetation und Auwälder)

(1) Es ist verboten, Ufervegetation oder Auwald zu roden oder auf sonstige Weise zu zerstören.

(2) Der Direktor bzw. die Direktorin der Landesabteilung Natur und Landschaft kann ausnahmsweise zur Rodung ermächtigen, sofern öffentliche Interessen dies erfordern.

Art. 18 (Schutz von Hecken und Flurgehölzen)

(1) Vorbehaltlich der forstlichen Bestimmungen ist der Rückschnitt von Hecken und Flurgehölzen nur abschnittsweise erlaubt und wenn er so erfolgt, dass der Bestand nicht gefährdet wird.

Art. 19 (Abbrennen und Herbizide)

(1) Es ist verboten, Vegetationsdecken jeglicher Art abzubrennen, insbesondere Hecken, Flurgehölze, Bäume und Vegetationsdecken im Bereich von Feldrainen und Dämmen sowie Böschungen von Straßen, Bahnlinien, Fließgewässern und Gräben.

(2) Der Direktor bzw. die Direktorin der Landesabteilung Natur und Landschaft kann im öffentlichen Interesse zeitlich und lokal begrenzt zum Abbrennen der Vegetationsdecke ermächtigen, sofern keine angemessenen Alternativen vorhanden sind.

(3) Es ist verboten, die in Absatz 1 genannten Vegetationsdecken mit Unkrautbekämpfungsmitteln zu behandeln. Dies gilt nicht innerhalb landwirtschaftlich intensiv genutzter Kulturflächen außer im Bereich von Feldrainen und Dämmen sowie Böschungen von Straßen, Fließgewässern und Gräben. [11\)](#)

11)Art. 19 Absatz 3 wurde so geändert durch Art. 1 Absatz 1 des [L.G. vom 23. September 2020, Nr. 10.](#)

IV. ABSCHNITT SONDERBESTIMMUNGEN FÜR NATURA 2000-GEBIETE

Art. 20 (Zielsetzung)

(1) Um zur Sicherung der Artenvielfalt mittels Erhaltung der natürlichen und naturnahen Lebensräume sowie der wild lebenden Tiere und wild wachsenden Pflanzen in Südtirol beizutragen und um beim Schutzgebietnetz Natura 2000 laut Artikel 3 der FFH-Richtlinie mitzuwirken, sind die Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung laut Anlage D und die Vogelschutzgebiete laut Anlage E errichtet.

(2) Die Grenzen der in Absatz 1 angeführten Gebiete werden in die Bauleitpläne sowie in die bereichsspezifischen Pläne eingetragen.

(3) Die Anlagen D und E können von der Landesregierung gemäß dem von den EU-Bestimmungen festgelegten Verfahren ergänzt werden. [12\)](#)

12) Art. 20 Absatz 3 wurde im italienischen Wortlaut geändert durch Art. 10 Absatz 1 des [L.G. vom 17. November 2017, Nr. 21](#).

Art. 21 (Schutzmaßnahmen)

(1) Die zu treffenden Schutzmaßnahmen zielen darauf ab, einen günstigen Erhaltungszustand der natürlichen Lebensräume und wild lebenden Tier- und wild wachsenden Pflanzenarten von gemeinschaftlichem Interesse in ihrem natürlichen Verbreitungsgebiet zu bewahren oder wiederherzustellen.

(2) Die Landesregierung legt für die Natura 2000-Gebiete, gegebenenfalls auch durch Genehmigung von Managementplänen, folgende Ziele und Maßnahmen fest:

- a) die Erhaltungsziele, die insbesondere den Schutz oder die Wiederherstellung prioritärer Lebensräume und prioritärer Arten betreffen,
- b) die Erhaltungsmaßnahmen.
Diese Erhaltungsziele und -maßnahmen stehen im Einklang mit den ökologischen Erfordernissen der natürlichen Lebensräume nach Anhang I und der Arten nach Anhang II der FFH-Richtlinie sowie der Arten nach Anhang I der Vogelschutzrichtlinie. Für letztere sind besondere Schutzmaßnahmen hinsichtlich ihrer Lebensräume zu treffen, gegebenenfalls auch außerhalb der Natura 2000-Gebiete, um ihr Überleben und ihre Vermehrung in ihrem Verbreitungsgebiet sicherzustellen.

(3) Im Bereich von Natura 2000-Gebieten ist es verboten, die natürlichen Lebensräume und Lebensräume der Arten von gemeinschaftlicher Bedeutung zu verschlechtern und die Arten, für welche die Ausweisung erfolgt ist, zu stören, sodass die Erreichung der Erhaltungsziele gefährdet ist.

(4) In den Natura 2000-Gebieten ist, vorbehaltlich strengerer Schutzbestimmungen, insbesondere Folgendes verboten:

- a) die Errichtung neuer Elektrofreileitungen und Telefonfreileitungen,
- b) der Bau neuer Skipisten und neuer Aufstiegsanlagen, ausgenommen Materialseilbahnen,
- c) die Eröffnung neuer Schottergruben und Steinbrüche, mit Ausnahme jener, für die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes bereits eine ordnungsgemäße Ermächtigung erteilt wurde; bestehende Schottergruben und Steinbrüche dürfen bis zum Ablauf der Konzession genutzt werden, eine Verlängerung der Konzession ist jedoch nicht zulässig,
- d) die Errichtung neuer Windkraftanlagen, mit Ausnahme der Ersetzung und Modernisierung bereits bestehender oder genehmigter Anlagen und mit Ausnahme von Anlagen für den Eigenbedarf im Schutzgebiet, die eine begrenzte Leistung und Höhe aufweisen,
- e) die Errichtung neuer Deponien und Kläranlagen, mit Ausnahme von Anlagen zur Klärung der Abwässer einzelner Gebäude im Schutzgebiet,
- f) das Mähen und Entfernen der Ufervegetation im Bereich von Fließgewässern während der Fortpflanzungs- und Brutzeiten der Vögel, und zwar im Zeitraum vom 15. März bis 15. Juli,
- g) die Ausbringung von Mineraldünger und Flüssigdünger, Gülle und Jauche aus der Viehwirtschaft, mit Ausnahme des im Natura 2000-Gebiet anfallenden Flüssigdüngers und mit Ausnahme der Acker-, Obst- und Weinbaukulturen. Die Landesregierung genehmigt unter Berücksichtigung der spezifischen naturschutzfachlichen Anforderungen und einer standortgerechten Bewirtschaftung Managementleitlinien, auf deren Grundlage vom genannten Verbot abgewichen werden kann. [13\)](#)

(5) Die in den Natura 2000-Gebieten bestehenden Elektrofreileitungen müssen gesichert werden, um das Kollisions- und Stromschlagrisiko zu minimieren.

(6) Pläne und Projekte laut Artikel 6 der FFH-Richtlinie, welche ein Natura 2000-Gebiet erheblich beeinträchtigen könnten, sind der Verträglichkeitsprüfung laut Artikel 22 zu unterziehen.

(7) Zur Verbesserung der ökologischen Kohärenz des Natura 2000-Netzwerkes fördert das Land Südtirol die Schaffung, Erhaltung und Wiederherstellung von Landschaftselementen, die von ausschlaggebender Bedeutung für wild lebende Tiere und wild wachsende Pflanzen sind. Dabei handelt es sich um Landschaftselemente, die aufgrund ihrer linearen, fortlaufenden Struktur, wie Flüsse mit ihren Ufern oder herkömmliche Feldraine, oder ihrer Vernetzungsfunktion, wie Teiche oder Gehölze, für die Wanderung, die geographische Verbreitung und den genetischen Austausch wild lebender Arten wesentlich sind.

(8) Das Land Südtirol fördert in den Natura 2000-Gebieten:

- a) die Entfernung der Überreste nicht mehr genutzter Bauten und technischer Anlagen,

- b) traditionelle extensive landwirtschaftliche Nutzungsformen,
- c) die Erhaltung und Wiederherstellung natürlicher und naturnaher Lebensräume,
- d) die unterirdische Verlegung oder Isolierung von bestehenden Freileitungen.

13)Der Buchstabe g) des Art. 21 Absatz 4 wurde so ersetzt durch Art. 7 Absatz 4 des [L.G. vom 12. Dezember 2011, Nr. 14](#).

Art. 22 (Verträglichkeitsprüfung)

(1) Die Verträglichkeitsprüfung ist für alle Pläne und Projekte vorgeschrieben, die ein Natura 2000-Gebiet erheblich beeinträchtigen können. Sie wird im Rahmen der Genehmigungsverfahren vorgenommen, welche die Rechtsvorschriften des Landes für die betreffenden Pläne und Projekte bereits vorsehen.

(2) Die gemäß den Rechtsvorschriften des Landes für die Überprüfung und Genehmigung von Plänen und Projekten zuständigen Einzel- oder Kollegialorgane holen dafür von der Fachperson oder beauftragten Person der Landesabteilung Natur und Landschaft die Stellungnahme über die Verträglichkeit des Planes oder Projektes mit dem betroffenen Gebiet und dessen Erhaltung ein.

(3) Für die Stellungnahme laut Absatz 2 muss der bzw. die Antragstellende die in der Anlage F angeführten Unterlagen vorlegen.

(4) Vorbehaltlich der Bestimmung des Absatzes 5 kann ein Plan oder Projekt aus zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art, auch bei negativer Stellungnahme der Fachperson oder der beauftragten Person der Landesabteilung Natur und Landschaft genehmigt werden, falls keine Alternative vorhanden ist.

(5) Befindet sich in dem betreffenden Gebiet ein prioritärer natürlicher Lebensraum oder eine prioritäre Art, so können nur Erwägungen im Zusammenhang mit der Gesundheit des Menschen und der öffentlichen Sicherheit oder im Zusammenhang mit maßgeblichen günstigen Auswirkungen für die Umwelt oder, nach Stellungnahme der Europäischen Kommission, andere zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses geltend gemacht werden.

(6) In den in den Absätzen 4 und 5 angeführten Fällen sind in den Genehmigungsbescheiden, eventuell auch zu Lasten des oder der Antragstellenden, Ausgleichsmaßnahmen vorzusehen, die notwendig sind, um das Gesamtkonzept des europäischen Schutzgebietsnetzes Natura 2000 zu gewährleisten. [14\)](#) [15\)](#)

14)Die Art. 4, Art. 8 Abs. 4, Art. 11 Absätze 1 und 2, Art. 22 Abs. 6 und Art. 33 Absatz 3, wurden vom Verfassungsgerichtshof mit Urteil vom 18. April 2011, Nr. 151, für verfassungswidrig erklärt. Später erhielt der Art. 4 Absatz 6 durch 7 Absatz 5 des [L.G. vom 12. Dezember 2011, Nr. 14](#), diese Fassung.

15)Der Verfassungsgerichtshof hat mit Urteil Nr. 278 vom 12. Dezember 2012 die Verfassungsbeschwerde zu Art. 22 Absatz 6, so wie er durch Art. 7 Absatz 5 des [L.G. vom 12. Dezember 2011, Nr. 14](#), abgeändert worden war, für unbegründet erklärt.

V. ABSCHNITT SCHUTZ VON MINERALIEN UND FOSSILIEN

Art. 23 (Schutz von Fossilien)

(1) Das Sammeln und der Abbau von Fossilien sind in Südtirol verboten.

(2) Der Direktor bzw. die Direktorin der Landesabteilung Natur und Landschaft kann, nach Einholen eines Gutachtens des Naturmuseums Südtirol, ausschließlich für wissenschaftliche und didaktische Zwecke sowie für das Sammeln von Fundstücken in Zusammenarbeit mit dem Naturmuseum Ermächtigungen zum Sammeln und zum Abbau von Fossilien erteilen.

Art. 24 (Schutz von Mineralien)

(1) Zum Sammeln und zum Abbau von Mineralien in Südtirol ist eine entsprechende Ermächtigung erforderlich.

(2) Sofern kein Verbot seitens des Grundeigentümers besteht, ermächtigt der Direktor bzw. die Direktorin der Landesabteilung Natur und Landschaft zum Sammeln und zum Abbau von Mineralien ausschließlich Personen, die:

- a) Mitglieder eines dem Landesverband der Mineraliensammlervereine angeschlossenen Vereines sind,
- b) Mitglieder eines Vereins von Mineraliensammlern mit Sitz außerhalb des Landesgebietes sind und über den Landesverband einen Antrag zum zeitlich begrenzten Sammeln stellen,
- c) eine besondere Erfahrung und Fachkenntnisse auf dem Sachgebiet nachweisen können.

(3) Die Ermächtigung ist befristet und personengebunden und wird nur Personen über 14 Jahren erteilt.

(4) Die Ermächtigung zum Sammeln und zum Abbau von Mineralien kann nicht für geschützte Gebiete wie Naturdenkmäler, Biotope, von übergemeindlichen Gebietsplänen erfasste Gebiete, Naturparke oder Gebiete mit Sammelverbot erteilt werden. Sie kann jedoch für wissenschaftliche und didaktische Zwecke oder zum Sammeln von Fundstücken in Zusammenarbeit mit dem Naturmuseum Südtirol erteilt werden, wenn ein entsprechendes positives Gutachten des Naturmuseums vorliegt.

Art. 25 (Sammeln und Abbau)

(1) Das Auflesen einzelner frei aufliegender Mineralien und Fossilien gilt nicht als Sammeln.

(2) Beim Abbau von Mineralien und Fossilien ist die Verwendung der gebräuchlichen Ausrüstung, bestehend aus Schlägeln oder Hämmern bis zu fünf Kilogramm, Meißeln bis zu 40 Zentimeter Länge, Schaufeln, Pickeln und anderen manuellen Mitteln erlaubt. Die Verwendung von Bohrmaschinen jeglicher Art, Sprengstoffen und hydraulischen Hebevorrichtungen muss vom Direktor bzw. von der Direktorin der Landesabteilung Natur und Landschaft autorisiert werden.

(3) Nach dem Abbau muss die Fundstelle, bevor sie verlassen wird, in Ordnung gebracht werden. Die Vegetationsdecke muss wiederhergestellt werden und das Gelände muss den besonderen Merkmalen der Gegend entsprechend gestaltet werden.

VI. ABSCHNITT FÖRDERUNG DES NATURSCHUTZES

Art. 26 (Förderungsmaßnahmen)

(1) Das Land Südtirol fördert den Natur- und Landschaftsschutz. Es kann die Tätigkeit von Vereinen und Organisationen, die sich dieser Aufgabe widmen, durch Beiträge und Hilfsmaßnahmen unterstützen und geeignete Mittel zur Verfügung stellen sowie Forschungs- und Planungsaufträge erteilen.

(2) Das Land Südtirol fördert insbesondere die Forschung und die wissenschaftliche Arbeit sowie Informations- und Sensibilisierungsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Arten- und Lebensraumschutz im Sinne der FFH-Richtlinie und der Vogelschutzrichtlinie.

Art. 27 (Vertragsnaturschutz)

(1) Das Land Südtirol kann mit den Eigentümern von Grundstücken oder den sonst hierüber Verfügungsberechtigten privatrechtliche Verträge über die Abgeltung von bestimmten Leistungen, Beschränkungen oder sonstigen Maßnahmen schließen. Solche Verträge können insbesondere Maßnahmen im Sinne der FFH-Richtlinie und der Vogelschutz-Richtlinie zur Erhaltung und Pflege von Schutzgebieten, einschließlich der Schutzgebietsbetreuung und der Erstellung und Umsetzung von Bewirtschaftungsplänen, zur

Erhaltung und Pflege von Feuchtgebieten, Auwäldern, Trocken- und Magerstandorten oder zur Erhaltung und Pflege von landschaftlich oder naturkundlich wertvollen Flurgehölzen und Hecken zum Inhalt haben.

(2) Die Landesregierung erlässt Richtlinien über den Abschluss von Verträgen nach Absatz 1, über Art und Höhe der Vergütungen und über die Auflagen, Bedingungen und Befristungen derselben.

VII. ABSCHNITT DURCHFÜHRUNG DES GESETZES

Art. 28 (Überwachung)

(1) Die Landesabteilung Natur- und Landschaft überwacht und dokumentiert in Zusammenarbeit mit dem für die Jagd und Fischerei zuständigen Landesamt den Erhaltungszustand der natürlichen Lebensräume sowie der wild lebenden Tiere und wild wachsenden Pflanzen unter Berücksichtigung der prioritären Lebensräume und der prioritären Arten im Sinne der FFH-Richtlinie und der Arten nach Anhang I der Vogelschutzrichtlinie. Sie fasst im Sechsjahresrhythmus einen Bericht darüber.

(2) Der Bericht laut Absatz 1 beinhaltet überdies Informationen über die von der Landesregierung festgelegten Erhaltungsmaßnahmen sowie eine Beurteilung der Auswirkungen dieser Maßnahmen auf den Erhaltungszustand der natürlichen Lebensräume laut Anhang I und der Arten laut Anhang II der FFH-Richtlinie.

Art. 29 (Aufsicht und Kontrolle)

(1) Die Einhaltung dieses Gesetzes wird vom Personal der Landesabteilung Natur und Landschaft und der Landesagentur für Umwelt, das durch den jeweiligen Direktor bzw. die jeweilige Direktorin damit beauftragt wird, vom Landesforstkorps sowie von der Gemeindepolizei überwacht.

Art. 30 (Einziehung)

(1) Bei Übertretung der Bestimmungen über den Schutz der wild lebenden Tiere oder der Fossilien und Mineralien werden alle Tiere oder ihre Entwicklungsformen und alle Fossilien und Mineralien im Verwaltungswege eingezogen.

(2) Wer sich auf die entsprechende Aufforderung hin weigert, die in Absatz 1 angeführten Sachen abzugeben, unterliegt einer Verwaltungsstrafe im Ausmaß des Doppelten des in Artikel 31 angegebenen Betrags, der für die entsprechende Übertretung vorgesehen ist.

(3) Die eingezogenen Tiere und ihre Entwicklungsformen werden nach Möglichkeit in ihre natürliche Umwelt zurückgebracht.

(4) Die eingezogenen Tiere, die nicht in ihre natürliche Umwelt zurückgebracht werden können, sowie die eingezogenen Fossilien und Mineralien werden dem Naturmuseum Südtirol übergeben.

Art. 31 (Verwaltungsstrafen)

(1) Wer gegen die Bestimmung des Artikels 3 Absatz 2 über den Handel mit wild lebenden Tieren verstößt, muss für jedes einzelne Tier eine Verwaltungsstrafe von 100,00 Euro entrichten.

(2) Wer gegen die Bestimmungen des Artikels 4 Absatz 5 oder des Artikels 5 über den Schutz vollkommen geschützter Tierarten verstößt, muss eine Verwaltungsstrafe von 200,00 Euro entrichten.

(3) Wer Tiere einer vollkommen geschützten Tierart verletzt oder tötet, muss für jedes einzelne Tier eine Verwaltungsstrafe von 200,00 Euro entrichten.

(4) Wer Nistplätze, Fortpflanzungs-, Ruhe- oder Aufenthaltsstätten von Tieren vollkommen geschützter Tierarten beschädigt oder zerstört, muss eine Verwaltungsstrafe von 300,00 Euro entrichten; ab einer Fläche von über zehn Quadratmetern wird die Strafe um 30,00 Euro pro zusätzlichem Quadratmeter erhöht.

(5) Wer gegen die Bestimmungen des Artikels 7 Absatz 4 Buchstabe a) oder des Artikels 9 Absatz 1 über den Schutz vollkommen geschützter Pflanzenarten verstößt, muss für eine Pflanze eine Verwaltungsstrafe von 50,00 Euro entrichten, für jede weitere Pflanze zusätzlich 5,00 Euro.

(6) Wer gegen die Bestimmungen des Artikels 7 Absatz 4 Buchstabe b) über den Schutz des Standorts vollkommen geschützter Pflanzenarten verstößt, muss eine Verwaltungsstrafe von 300,00 Euro entrichten; ab einer Fläche von über zehn Quadratmetern wird die Strafe um 30,00 Euro pro zusätzlichem Quadratmeter erhöht.

(7) Wer entgegen der Bestimmung des Artikels 8 Absatz 2 mehr als zehn Blütenstengel teilweise geschützter Pflanzen pflückt, muss eine Verwaltungsstrafe von 30,00 Euro entrichten und für jede weitere Pflanze zusätzlich 5,00 Euro.

(8) Wer gegen die Bestimmungen des Artikels 8 Absatz 3 verstößt, muss eine Verwaltungsstrafe von 100,00 Euro entrichten.

(9) Wer gegen die Bestimmung laut Artikel 8 Absatz 5 in Bezug auf das Sammeln von teilweise geschützten Pflanzen für den Eigenbedarf verstößt, muss eine Verwaltungsstrafe von 70,00 Euro entrichten.

(10) Wer gegen die Bestimmung von Artikel 12 über die Ansiedelung gebietsfremder Tiere verstößt, muss eine Verwaltungsstrafe von 300,00 Euro entrichten und ist verpflichtet, die Tiere wieder zu entfernen.

(11) Wer gegen die Bestimmung des Artikels 15 Absatz 1 Buchstabe b) über das Fahren mit Motorbooten verstößt, muss eine Verwaltungsstrafe von 200,00 Euro entrichten.

(12) Wer gegen die Bestimmungen des Artikels 16 Absatz 5 über die Mahd von Röhricht, Schilfbeständen oder Entwässerungsgräben, des Artikels 18 Absatz 1 über das Zurückschneiden von Hecken und Flurgehölzen, des Artikels 19 Absätze 1 und 3 über das Abbrennen und die Behandlung mit Unkrautbekämpfungsmitteln oder des Artikels 21 Absatz 4 Buchstabe g) über die Ausbringung von Mineral- und Flüssigdünger in Natura 2000-Gebieten verstößt, muss eine Verwaltungsstrafe von 200,00 Euro entrichten, wobei ab einer Fläche von über 50 Quadratmetern die Verwaltungsstrafe um 10,00 Euro für jeden zusätzlichen Quadratmeter erhöht wird.

(13) Wer gegen die Bestimmungen von Artikel 23 Absatz 1 über das Sammeln und den Abbau von Fossilien verstößt, ohne die Ermächtigung laut Artikel 24 Absatz 1 Mineralien sammelt oder die Auflagen der Ermächtigung laut Artikel 23 Absatz 2 oder Artikel 24 verletzt, muss eine Verwaltungsstrafe von 300,00 Euro entrichten. Derselben Verwaltungsstrafe unterliegt, wer die Ermächtigung laut Artikel 23 Absatz 2 oder Artikel 24 auf Verlangen der Aufsichtsbehörde nicht vorweist.

(14) Wer andere Werkzeuge verwendet als die, die im Artikel 25 Absatz 2 vorgesehen sind, muss eine Verwaltungsstrafe von 200,00 Euro entrichten.

(15) Wer die im Artikel 25 Absatz 3 vorgesehene Wiederherstellung der Vegetationsdecke und des Geländes nicht vornimmt, muss eine Verwaltungsstrafe von 300,00 Euro entrichten.

(16) Die auf der Grundlage der vorhergehenden Absätze zu verhängenden Verwaltungsstrafen dürfen in jedem Fall das Höchstausmaß von 20.000,00 Euro nicht überschreiten. [16\)](#)

16)Art. 31 Absatz 16 wurde hinzugefügt durch Art. 7 Absatz 6 des [L.G. vom 12. Dezember 2011, Nr. 14](#).

Art. 32 (Ersetzung von Schutzbestimmungen)

(1) Die Bestimmungen zum Artenschutz laut II. Abschnitt und zum Schutz von Mineralien und Fossilien laut V. Abschnitt ersetzen alle diesbezüglichen Bestimmungen in den landschaftlichen Unterschutzstellungen.

VIII. ABSCHNITT ANDERE BESTIMMUNGEN

Art. 33 (Änderung des [Landesgesetzes vom 17. Juli 1987, Nr. 14](#), „Bestimmungen über die Wildhege und die Jagdausübung“)

(1) Artikel 3 Absatz 4 des [Landesgesetzes vom 17. Juli 1987, Nr. 14](#), in geltender Fassung, erhält folgende Fassung:

„4. Die Wildbeobachtungsstelle hat ihren Sitz bei der Landesverwaltung und ist ein beratendes Organ derselben, das für wissenschaftliche und technische Fragen zuständig ist. Sie gibt die Gutachten ab, die in Artikel 2 Absatz 3 des Regionalgesetzes vom 30. April 1987, Nr. 3, in geltender Fassung, und in diesem Gesetz vorgesehen sind. Die Zusammensetzung der Wildbeobachtungsstelle muss dem Sprachgruppenverhältnis der jeweils letzten amtlichen Volkszählung entsprechen, vorbehaltlich der Zugangsmöglichkeit für die ladinische Sprachgruppe.“

(2) Artikel 9 Absatz 1 des [Landesgesetzes vom 17. Juli 1987, Nr. 14](#), in geltender Fassung, erhält folgende Fassung:

„1. In Wildschutzgebieten ist die Jagd verboten. In den geschützten Biotopen, welche eine Ausdehnung über zehn Hektar haben oder direkt an das Schongebiet des Stilfserjoch Nationalparks angrenzen, sind im Rahmen des Abschussplanes gemäß Artikel 27 die Regulierung des jagdbaren Schalenwildes sowie der Fuchsabschuss erlaubt.“

[(3) Nach Artikel 9 Absatz 1 des [Landesgesetzes vom 17. Juli 1987, Nr. 14](#), in geltender Fassung, ist folgender Absatz eingefügt:

„1/bis. Der für die Jagd zuständige Landesrat kann, nach Anhören der Wildbeobachtungsstelle und der Landesabteilung Natur und Landschaft, aus wildbiologischen und hygienisch-gesundheitlichen Gründen sowie zur Einschränkung von Wildschäden an den land- und forstwirtschaftlichen Kulturen beziehungsweise am Fischbestand den Abschuss bestimmter Wildarten laut Artikel 4 Absätze 1 und 2 erlauben.“] [3\)](#)

(4) Artikel 9 Absatz 2 des [Landesgesetzes vom 17. Juli 1987, Nr. 14](#), in geltender Fassung, erhält folgende Fassung:

„2. Wildschutzgebiete im Sinne dieses Gesetzes sind die aufgrund des [Landesgesetzes vom 25. Juli 1970, Nr. 16](#), in geltender Fassung, geschützten Biotope. Entlang der von den Zugvögeln benutzten Routen weist die Landesregierung Wildschutzgebiete aus, die entsprechend den ökologischen Erfordernissen zur Erhaltung und Pflege der natürlichen Lebensräume dieser Vögel beitragen.“

3)Die Art. 4, Art. 8 Abs. 4, Art. 11 Absätze 1 und 2, Art. 22 Abs. 6 und Art. 33 Absatz 3, wurden vom Verfassungsgerichtshof mit Urteil vom 18. April 2011, Nr. 151, für verfassungswidrig erklärt.

Art. 34 (Änderung des [Landesgesetzes vom 19. Juni 1991, Nr. 18](#), „Regelung des Pilzesammelns zum Schutz der Pflanzenökosysteme“)

(1) Artikel 8 Absatz 3 des [Landesgesetzes vom 19. Juni 1991, Nr. 18](#), in geltender Fassung, erhält folgende Fassung:

„3. In den Naturdenkmälern, Biotopen, Naturparks und Natura 2000-Gebieten sowie in dem in der Provinz Bozen gelegenen Gebiet des Nationalparks Stilfser Joch werden die in diesem Gesetz vorgesehenen Verwaltungsstrafen in Bezug auf die gesammelten Pilze über die erlaubte Menge hinaus um 50 Prozent erhöht.“

Art. 35 (Änderung des [Landesgesetzes vom 25. Juli 1970, Nr. 16](#), betreffend „Landschaftsschutz“)

(1) Nach Artikel 18/bis Absatz 1 Buchstabe e) des [Landesgesetzes vom 25. Juli 1970, Nr. 16](#), wird folgender Buchstabe hinzugefügt:

„f) Besucherlenkungsmaßnahmen im Bereich von Schutzgebieten, die Errichtung von Themenwegen und Naturlehrpfaden sowie Sensibilisierungsmaßnahmen im Bereich des Natur- und Landschaftsschutzes sowie der Baukultur zu fördern.“

Art. 36 (Aufhebung von Gesetzen)

(1) Folgende Landesgesetze sind aufgehoben:

- a) das [Landesgesetz vom 28. Juni 1972, Nr. 13](#), in geltender Fassung,
- b) das [Landesgesetz vom 13. August 1973, Nr. 27](#), in geltender Fassung,
- c) das [Landesgesetz vom 12. August 1977, Nr. 33](#), in geltender Fassung.

Art. 37 (Finanzbestimmung)

(1) Die Deckung der Ausgaben, die sich aus den Maßnahmen dieses Gesetzes zu Lasten des Haushalts 2010 ergeben, werden durch die noch verfügbaren Anteile der Bereitstellungen der HGE 25105 und 25210 des Landeshaushaltes 2010 gedeckt, die für die Maßnahmen des durch Artikel 36 Buchstabe b) aufgehobenen Landesgesetzes autorisiert waren.

(2) Die Ausgabe zu Lasten der folgenden Haushaltsjahre wird mit dem jährlichen Finanzgesetz festgelegt.

Art. 38 (Inkrafttreten)

(1) Das vorliegende Gesetz tritt am 60. Tag nach seiner Veröffentlichung im Amtsblatt der Region in Kraft.

Das vorliegende Gesetz wird im Amtsblatt der Region kundgemacht. Jeder, dem es obliegt, ist verpflichtet, es als Landesgesetz zu befolgen und für seine Befolgung zu sorgen.

Anlage A

Verzeichnis der geschützten wild lebenden Tierarten nach Artikel 4

(die nach den Anhängen II und IV der FFH-Richtlinie zu schützenden Arten bzw. jene Familien, die eine solche Art enthalten, sind mit einem * gekennzeichnet)

- a) Säugetiere (Mammalia):
 - 1) Maulwurf (*Talpa europea*).
- b) Kriechtiere (Reptilia):
 - 1) Eidechsen (*Lacertidae*): alle in Südtirol heimischen Arten*,
 - 2) Blindschleiche (*Anguis fragilis*),
 - 3) Schlangen (*Serpentes*): alle in Südtirol heimischen Arten*.
- c) Lurche (Amphibia):
 - 1) Frösche (*Rana, Hyla*): alle in Südtirol heimischen Arten*,
 - 2) Kröten (*Bufo*): alle in Südtirol heimischen Arten*,
 - 3) Unken (*Bombina*): alle in Südtirol heimischen Arten*,
 - 4) Salamander (*Salamandridae*): alle in Südtirol heimischen Arten*,
 - 5) Molche (*Triturus*): alle in Südtirol heimischen Arten*.
- d) Weichtiere (Mollusca):
 - 1) Schmale Windelschnecke (*Vertigo angustior*)*,
 - 2) Blanke Windelschnecke (*Vertigo genesii*)*,
 - 3) Geyers Windelschnecke (*Vertigo geyeri*)*,
 - 4) Bauchige Windelschnecke (*Vertigo moulinsiana*)*,
 - 5) Fluss- und Teichmuschel (*Unionidae*)*.
- e) Insekten (Hexapoda):
 - 1) Libellen (Odonata): alle in Südtirol heimischen Arten;
 - 2) Heuschrecken (Saltatoria):
 - Große Goldschrecke (*Chrysocharon dispar*),
 - Fluß-Strandschrecke (*Epacromius teregestinus*),
 - Kreuzschrecke (*Oedalus decorus*),

- Rotflügelige Ödlandschrecke (*Oedipoda germanica*),
 - Lauschschrecke (*Parapleurus alliaceus*),
 - Große Schiefkopfschrecke (*Ruspolia nitidula*),
 - Blauflügelige Sandschrecke (*Sphingonotus caeruleus*),
 - Sumpfschrecke (*Stethophyma grossum*),
 - Türks Dornschröcke (*Tetrix tuerki*),
 - Östliches Heupferd (*Tettigonia caudata*);
- 3) Käfer (Coleoptera):
- Großer Eichenbock (*Cerambyx cerdo*)*,
 - Kolbenwasserkäfer (*Hydrophilus* spp.),
 - Hirschkäfer (*Lucanus cervus*)*,
 - Ölkäfer (*Meloe* spp.): alle in Südtirol heimischen Arten,
 - Eremit oder Juchtenkäfer (*Osmoderma eremita*)*,
 - Alpenbock (*Rosalia alpina*)*;
- 4) Schmetterlinge (Lepidoptera):
- Schillerfalter (*Apatura* spp.): alle in Südtirol heimischen Arten,
 - Magerrasen-Perlmutterfalter (*Boloria dia*),
 - Rändring-Perlmutterfalter (*Boloria eunomia*),
 - Mädesüß-Perlmutterfalter (*Brenthis ino*),
 - Spanische Flagge (*Callimorpha quadripuncta*)*,
 - Ordensbänder (*Catocala* spp.): alle in Südtirol heimischen Arten,
 - Berghexe (*Chazara briseis*),
 - Rotbraunes Wiesenvögelein (*Coenonympha glycerion*),
 - Hochmoor-Gelbling (*Colias palaeno*),
 - Prunner's Mohrenfalter (*Erebia triarius*),
 - Hecken-Wollfalter (*Eriogaster catax*)*,
 - Goldener Scheckenfalter (*Euphydryas aurinia*)*,
 - Spiegelfleck-Dickkopffalter (*Heteropterus morpheus*),
 - Großer Waldportier (*Hipparchia fagi*),
 - Sanddornschwärmer (*Hyles hippophaes*)*,
 - Segelfalter (*Iphiclides podalirius*),
 - Zürgelbaum-Schnauzenfalter (*Libythea celtis*),
 - Eisvögel (*Limnitis* spp.): alle in Südtirol heimischen Arten,
 - Gelbringfalter (*Lopinga achine*)*,
 - Violetter Feuerfalter (*Lycaena alciphron*),
 - Großer Feuerfalter (*Lycaena dispar*)*,
 - Blauschillernder Feuerfalter (*Lycaena helle*)*,
 - Brauner Feuerfalter (*Lycaena tityrus*),
 - Schwarzfleckiger Ameisenbläuling (*Maculinea arion*)*,
 - Ähnlicher Scheckenfalter (*Melitaea deione*),
 - Baldrian Scheckenfalter (*Melitaea diamina*),
 - Feuerroter Perlmutterfalter (*Melitaea didyma*),
 - Flockenblumen-Scheckenfalter (*Melitaea phoebe*),
 - Schwarzer Trauerfalter (*Neptis rivularis*),
 - Apollofalter (*Parnassius apollo*)*,
 - Schwarzer Apollo (*Parnassius mnemosyne*)*,
 - Hochalpen-Apollo (*Parnassius phoebus*),
 - Kleiner Tragant-Bläuling (*Plebeius trappi*),
 - Weißdolch-Bläuling (*Polyommatus damon*),
 - Nachtkerzenschwärmer (*Proserpinus proserpina*)*,
 - Braungebändertes Ochsenauge (*Pyronia tithonus*),
 - Kleiner Schlehens-Zipfelfalter (*Satyrium acaciae*),
 - Ulmen Zipfelfalter (*Satyrium w-album*),
 - Mattscheckiger Braun-Dickkopffalter (*Thymelicus acteon*),
 - Osterluzeifalter (*Zerynthia polyxena*)*.

Anlage B

Verzeichnis der vollkommen geschützten Pflanzenarten nach Artikel 7

(die nach der FFH-Richtlinie zu schützenden Arten bzw. jene Familien, die eine solche Art enthalten, sind mit einem * gekennzeichnet)

a) Blütenpflanzen (Angiospermae):

- 1) Filz-Schafgarbe (*Achillea tomentosa*),
- 2) Rosmarinheide (*Andromeda polifolia*),
- 3) Mannsschild (*Androsace* spp.): alle in Südtirol heimischen Arten,
- 4) Kleinblütige Akelei, Dolomiten-Akelei (*Aquilegia einseleana*),
- 5) Alpen-Grasnelke, Schlernhexe (*Armeria alpina*),
- 6) Glänzende Edelraute (*Artemisia nitida*),
- 7) Stängelloser Tragant (*Astragalus exscapus*),
- 8) Blasen-Tragant (*Astragalus vesicarius*),
- 9) Falzblume (*Bombycilaena erecta*),
- 10) Schwanenblume (*Butomus umbellatus*),
- 11) Moretti-Glockenblume (*Campanula morettiana*)*,
- 12) Strauß-Glockenblume (*Campanula thyrsoidea*),

- 13) Seltsame Segge (*Carex appropinquata*),
 - 14) Kopf-Segge (*Carex capitata*),
 - 15) Strick-Segge (*Carex chordorrhiza*),
 - 16) Kamm-Segge (*Carex disticha*),
 - 17) Torf-Segge (*Carex heleonastes*),
 - 18) Simsen-Segge (*Carex maritima*),
 - 19) Punkt-Segge (*Carex punctata*),
 - 20) Schmalblättrige Segge (*Carex stenophylla*),
 - 21) Scheiden-Segge (*Carex vaginata*),
 - 22) Tausendguldenkraut (*Centaureum* spp.): alle in Südtirol heimischen Arten,
 - 23) Schmalblättrige Spornblume (*Centranthus angustifolius*),
 - 24) Wachsblume (*Cerinth* spp.): alle in Südtirol heimischen Arten,
 - 25) Wasserschierling (*Cicuta virosa*),
 - 26) Goldbart (*Chrysopogon gryllus*),
 - 27) Alpen-Zyklame (*Cyclamen purpurascens*),
 - 28) Seidelbast und Steinröslein (*Daphne* spp.): alle in Südtirol heimischen Arten,
 - 29) Nelke (*Dianthus* spp.): alle in Südtirol heimischen Arten,
 - 30) Diptam (*Dictamnus albus*),
 - 31) Drachenkopf (*Dracocephalum* spp.): alle in Südtirol heimischen Arten*,
 - 32) Sonnentau (*Drosera* spp.): alle in Südtirol heimischen Arten,
 - 33) Schweizer Meerträubel (*Ephedra helvetica*),
 - 34) Schlankes Wollgras (*Eriophorum gracile*),
 - 35) Zwerg-Himmelsherold (*Eritrichium nanum*),
 - 36) Gelbsterne (*Gagea* spp.): alle in Südtirol heimischen Arten,
 - 37) Enzian (*Gentiana* spp., *Gentianella* spp., *Gentianopsis ciliata*, *Comastoma* spp.): alle in Südtirol heimischen Arten,
 - 38) Echtes Gnadengras (*Gratiola officinalis*),
 - 39) Knotenblütiger Sumpfschirm (*Helosciadium nodiflorum*),
 - 40) Duft-Marienblume (*Hierochloa odorata*),
 - 41) Europäische Stechpalme (*Ilex aquifolium*),
 - 42) Wiesen-Alant (*Inula britannica*),
 - 43) Sumpf-Schwertlilie (*Iris pseudacorus*),
 - 44) Sibirische Schwertlilie (*Iris sibirica*),
 - 45) Edelweiß (*Leontopodium alpinum*),
 - 46) Frühlingsknotenblume (*Leucorum vernum*),
 - 47) Feuer-Lilie (*Lilium bulbiferum*),
 - 48) Türkenbund-Lilie (*Lilium martagon*),
 - 49) Salz-Hornklee (*Lotus tenuis*),
 - 50) Deutsche Tamariske (*Myricaria germanica*),
 - 51) Gelbe Teichrose (*Nuphar luteum*),
 - 52) Weiße Seerose (*Nymphaea alba*),
 - 53) Trientner Lotwurz (*Onosma helveticum* subsp. *Tridentinum*),
 - 54) Orchideen (*Orchidaceae*): alle in Südtirol heimischen Arten*,
 - 55) Großblütige Strahlendolde, Großblütiger Breitsame (*Orlaya grandiflora*),
 - 56) Sommerwurz, Blauwürger (*Orobanch* spp., *Phelipanche* spp.): alle in Südtirol heimischen Arten,
 - 57) Paradieslilie, Weiße Trichterlilie (*Paradisea liliastrum*),
 - 58) Karst-Läusekraut (*Pedicularis haccquetii*),
 - 59) Schopfteufelskrallen (*Physoplexis comosa*)*,
 - 60) Primel, Schlüsselblume (*Primula* spp.): alle in Südtirol heimischen Arten, inklusive das Heilglöckchen (*Primula (=Corthusa) matthioli*), mit Ausnahme der Hohen Schlüsselblume (*Primula elatior*) und Frühlings-Schlüsselblume (*Primula veris*),
 - 61) Weiße Brunelle (*Prunella laciniata*),
 - 62) Küchenschelle, Anemone (*Pulsatilla* spp.): alle in Südtirol heimischen Arten,
 - 63) Zungen-Hahnenfuß (*Ranunculus lingua*),
 - 64) Echte Bergscharte (*Rhaponticum scariosum*),
 - 65) Schnabelbinse, Schnabelried (*Rhynchospora* spp.): alle in Südtirol heimischen Arten,
 - 66) Steinbrech (*Saxifraga* spp.): alle in Südtirol heimischen Arten*,
 - 67) Blumensimse (*Scheuchzeria palustris*),
 - 68) Igelkolben (*Sparganium* spp.): alle in Südtirol heimischen Arten,
 - 69) Sumpf-Tarant, Moorenzian (*Swertia perennis*),
 - 70) Telephie (*Telephium imperati*),
 - 71) Alpenrachen (*Tozza alpina*),
 - 72) Zwerg-Haarbinse (*Trichophorum pumilum*)
 - 73) Felsen-Klee (*Trifolium saxatile*)*,
 - 74) Rohrkolben (*Typha* spp.): alle in Südtirol heimischen Arten,
 - 75) Moosbeere (*Vaccinium oxycoccos* agg.),
 - 76) Großer Ehrenpreis (*Veronica teucrium*).
- b) Farnpflanzen (*Pteridophyta*)
- 1) Venushaare (*Adiantum capillus-veneris*),
 - 2) Mondraute (*Botrychium* spp.): alle in Südtirol heimischen Arten,
 - 3) Gewöhnliche Nattertongelbe (*Ophioglossum vulgatum*),
 - 4) Rostrotter Wimperfarn (*Woodsia ilvensis*).
- c) Moose (*Bryophyta*)
- 1) Grünes Koboldmoos (*Buxbaumia viridis*)*,
 - 2) Firnisglänzendes Sichelmoos (*Drepanocladus vernicosus*)*,
 - 3) Dreimänniges Zwerglungenmoos (*Mannia triandra*)*,
 - 4) Bruchmoos (*Meesia longiseta*)*.

Anlage C

Verzeichnis der wild wachsenden Pflanzen, die im Sinne von Artikel 8 Absatz 5 für den Eigenbedarf gesammelt werden dürfen

- 1) Gewöhnliche Schafgarbe (*Achillea millefolium*): oberirdische Pflanze,
- 2) Frauenmantel (*Alchemilla* spp.): oberirdische Pflanze,
- 3) Echte Bärentraube (*Arctostaphylos uva-ursi*): Blätter,
- 4) Gewöhnliche Birke (*Betula pendula*): Blätter,
- 5) Echter Hopfen (*Humulus lupulus*): junge Triebe,
- 6) Echtes Johanniskraut (*Hypericum perforatum*): oberirdische Pflanze,
- 7) Weiße Taubnessel (*Lamium album*),
- 8) Himbeere (*Rubus idaeus*): Blätter,
- 9) Schwarzer Holunder (*Sambucus nigra*): Blüten,
- 10) Aufgeblasenes Leimkraut (*Silene vulgaris*),
- 11) Gewöhnlicher Löwenzahn (*Taraxacum officinale*): gesamte Pflanze mit Blattrosette,
- 12) Linde (*Tilia* spp.): Blüten,
- 13) Huflattich (*Tussilago farfara*): Blüten und Blätter,
- 14) Große Brennessel (*Urtica dioica*): oberirdische Pflanze,
- 15) Vogelsalat (*Valerianella locusta*): Blattrosette.

Anlage D

Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung laut Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992, im Sinne von Artikel 20

- Biotop Steppenvegetation Tartscher Leiten (Cod. IT3110001),
- Biotop Schludernser Au (Cod. IT3110002),
- Biotop Tschenglser Au (Cod. IT3110004),
- Biotop Eyrser Au (Cod. IT3110005),
- Biotop Steppenvegetation Sonnenberg (Cod. IT3110010),
- Pfossental im Naturpark Texelgruppe (Cod. IT3110011),
- Lazins - Schneebergzug im Naturpark Texelgruppe (Cod. IT3110012),
- Biotop Falschauermündung (Cod. IT3110013),
- Biotop Gisser Auen (Cod. IT3110014),
- Biotop Hühnerspiel (Cod. IT3110015),
- Biotop Wiesermoos (Cod. IT3110016),
- Naturpark Rieserferner-Ahrn (Cod. IT3110017),
- Biotop Ahrauen (Cod. IT3110018),
- Biotop Rasner Möser (Cod. IT3110019),
- Biotop Seikofel - Nemes Alpe (Cod. IT3110020),
- Biotop Rienzau - Toblach (Cod. IT3110022),
- Villnöß - Peitlerkofel - Raschötz im Naturpark Puez-Geißler (Cod. IT3110026),
- Gröden - Langental - Puez im Naturpark Puez-Geißler (Cod. IT3110027),
- Naturpark Schlern-Rosengarten (Cod. IT3110029),
- Biotop Totes Moos (Cod. IT3110030),
- Biotop Wölflmoor (Cod. IT3110031),
- Biotop Tschingger Moor (Cod. IT3110032),
- Biotop Eislöcher (Cod. IT3110033),
- Biotop Kalterer See (Cod. IT3110034),

- Biotop Castelfeder (Cod. IT3110035),
- Naturpark Trudner Horn (Cod. IT3110036),
- Biotop Fennberger See (Cod. IT3110037),
- Ulten - Sulden im Nationalpark Stilfser Joch (Cod. IT3110038),
- Ortler - Madatschspitzen im Nationalpark Stilfser Joch (Cod. IT3110039),
- Chavalatschalm im Nationalpark Stilfser Joch (Cod. IT3110040),
- Jaggl am Reschenpaß (Cod. IT3110041),
- Felsrasen Agums (Cod. IT3110042),
- Felsrasen Ottilienkirche (Cod. IT3110043),
- Schlanderser Leiten (Cod. IT3110044),
- Kortscher Leiten (Cod. IT 3110045),
- Biotop Fuchsmöser (Cod. IT3110046),
- Armentarawiesen (Cod. IT3110048),
- Naturpark Fanes-Sennes-Prags (Cod. IT3110049),
- Naturpark Sextner Dolomiten (Cod. IT3110050),
- Biotop Stegener Ahrau (Cod. IT3110051).

Anlage E

Besondere Vogelschutzgebiete laut Richtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2009, im Sinne von Artikel 20

- Biotop Schludernser Au (Cod. IT3110002),
- Biotop Steppenvegetation Sonnenberg (Cod. IT3110010),
- Pfossental im Naturpark Texelgruppe (Cod. IT3110011),
- Lazins - Schneebergzug im Naturpark Texelgruppe (Cod. IT3110012),
- Biotop Falschaueröffnung (Cod. IT3110013),
- Naturpark Rieserferner-Ahrn (Cod. IT3110017),
- Biotop Ahrauen (Cod. IT3110018),
- Villnöß - Peitlerkofel - Raschötz im Naturpark Puez - Geißler (Cod. IT3110026),
- Naturpark Schlern-Rosengarten (Cod. IT3110029),
- Biotop Kalterer See (Cod. IT 3110034),
- Naturpark Trudner Horn (Cod. IT3110036),
- Ulten - Sulden im Nationalpark Stilfser Joch (Cod. IT3110038),
- Ortler - Madatschspitzen im Nationalpark Stilfser Joch (Cod. IT3110039),
- Chavalatschalm im Nationalpark Stilfser Joch (Cod. IT3110040),
- Naturpark Fanes-Sennes-Prags (Cod. IT3110049),
- Naturpark Sextner Dolomiten (Cod. IT3110050),
- Biotop Stegener Ahrau (Cod. IT3110051).

Anlage F

Im Sinne von Artikel 22 für die Verträglichkeitsprüfung vorzulegende Unterlagen

- 1) Pläne:
 - a) Standortbestimmung der betroffenen Gebiete und Angabe ihres Schutzstatus in Bezug auf das Netzwerk Natura 2000;
 - b) Beschreibung der Merkmale und Inhalte des Plans, welcher Auswirkungen auf den Schutzstatus der Natura 2000-Gebiete haben kann;
 - c) Auflistung von eventuellen Konflikten zwischen den Inhalten/Zielsetzungen des Plans und den Erhaltungszielen des Netzwerks Natura 2000 und ihrer Auswirkungen;
 - d) Auflistung von Maßnahmen zur Lösung eventueller Konflikte (eventuelle Ausgleichsmaßnahmen), die in jedem Falle auf den Schutz und die Aufwertung der Lebensräume und der dort vorkommenden Arten ausgerichtet sind.
- 2) Projekte:
 - a) Zusammenfassende Beschreibung der technischen und physischen Merkmale des Projektes;

- b) Beschreibung der mit der Durchführung des Projektes verbundenen Eingriffe (Baustellen, Ablagerungen usw.);
- c) Gründe, welche die Durchführung des Projektes erforderlich machen (Auflistung von möglichen Alternativen);
- d) Beschreibung des vom Eingriff betroffenen Natura 2000-Gebietes oder des an das Schutzgebiet angrenzenden Gebietes;
- e) Angabe des Lebensraums und der Tier- und Pflanzenarten, für die das Gebiet ausgewiesen wurde und die vom Eingriff betroffen sind;
- f) bei Verträglichkeit: zusammenfassende Bestätigung der Verträglichkeit des Eingriffs in Bezug auf die Lebensräume und Arten, für die das Gebiet ausgewiesen wurde;
- g) bei Unverträglichkeit: Beschreibung der Projektmaßnahmen und Maßnahmen, die zur Milderung der Beeinträchtigung des Standorts zu ergreifen sind, sei es bei der Durchführung des Eingriffs als bei Inbetriebnahme; Beschreibung der Eingriffe, die auf einen Ausgleich der Beeinträchtigungen abzielen (Maßnahmen zur Milderung).

d) Legge provinciale 12 maggio 2010 , n. 6 ^{1) 2)}

Legge di tutela della natura e altre disposizioni

1) Pubblicata nel B.U. 25 maggio 2010, n. 21.

2) Vedi anche l'art. 3, comma 1, del [D.P.P. 18 settembre 2012, n. 31](#).

CAPO I

DISPOSIZIONI GENERALI

Art. 1 (Ambito di applicazione)

(1) La presente legge disciplina la tutela degli animali selvatici, delle piante a diffusione spontanea, dei loro habitat, nonché dei fossili e minerali.

(2) Sono fatte salve le seguenti norme:

- a) per la protezione della fauna selvatica e per l'esercizio della caccia, di cui alla [legge provinciale 17 luglio 1987, n. 14](#), e successive modifiche;
- b) in materia di pesca, di cui alla [legge provinciale 9 giugno 1978, n. 28](#), e successive modifiche;
- c) in materia delle acque, di cui alla [legge provinciale 18 giugno 2002, n. 8](#), e successive modifiche, e di cui al piano di tutela delle acque;
- d) in materia di tutela dei funghi, di cui alla [legge provinciale 19 giugno 1991, n. 18](#), e successive modifiche.

(3) Nella presente legge le persone sono indicate nella forma femminile e maschile, a condizione che ciò non pregiudichi la leggibilità e chiarezza del testo. Nel caso del solo uso del genere maschile, lo stesso è da intendersi riferito ad entrambi i generi, purché riferito a persone fisiche.

Art. 2 (Diritto al godimento della natura ed alla ricreazione)

(1) Chiunque ha diritto al godimento delle bellezze naturali e alla ricreazione nell'ambiente naturale.

(2) Chiunque è obbligato nell'esercizio del diritto di cui al comma 1 ad avere cura della natura e del paesaggio e deve contribuire in base alle sue possibilità e nella responsabilità per le fonti naturali di vita a realizzare le finalità ed i principi della tutela della natura e deve comportarsi in modo tale che le fonti naturali di vita delle specie animali e vegetali selvatiche siano conservate, non compromesse e ricostituite.

(3) L'utilizzazione agricola e forestale che conserva il paesaggio culturale ed è ecologicamente orientata riveste particolare importanza e contribuisce alla conservazione degli elementi paesaggistici lineari e puntiformi rilevanti per il bilancio naturale.

(4) Il diritto di cui al comma 1 si esercita senza pregiudizio per i diritti del proprietario del terreno e dell'avente diritto all'uso.

(5) L'esercizio del diritto di cui al comma 1 avviene di principio a proprio rischio. Salvo quanto previsto da altre norme, con ciò non vengono costituiti particolari doveri di cura e garanzia della sicurezza stradale gravanti sul proprietario del terreno oppure su altro avente diritto.

(6) La ricreazione in parti dell'ambiente naturale può essere limitata, con regolamento di esecuzione, nella misura necessaria oppure vietata per motivi di tutela della natura e del paesaggio, in particolare per quanto riguarda l'inquinamento del suolo con immondizie ed escrementi in seguito al maggiore utilizzo per attività ricreative.

CAPO II TUTELA DELLE SPECIE

Sezione I Tutela degli animali selvatici

Art. 3 (Oggetto di tutela)

(1) Tutti gli animali che hanno diffusione naturale e vivono allo stato selvatico nel territorio della provincia di Bolzano sono protetti.

(2) È vietato porre in commercio animali che vivono allo stato selvatico.

[Art. 4 (Specie animali integralmente protette)]

(1) Sono integralmente protette le specie animali di cui all'allegato A.

(2) Sono inoltre integralmente protette le specie animali selvatiche di cui agli allegati II e IV alla direttiva 92/43/CEE del Consiglio del 21 maggio 1992, relativa alla conservazione degli habitat naturali e seminaturali e della flora e della fauna selvatiche, di seguito denominata direttiva habitat, e che vivono anche solo temporaneamente nel territorio della provincia di Bolzano. Per tali specie vige un regime di rigorosa tutela, onde assicurarne il mantenimento o il ripristino in uno stato di conservazione soddisfacente.

(3) Gli uccelli selvatici di cui alla direttiva 2009/147/CE del Parlamento europeo e del Consiglio del 30 novembre 2009 concernente la conservazione degli uccelli selvatici, di seguito denominata direttiva uccelli, sono sottoposti a tutela ai sensi della [legge provinciale 17 luglio 1987, n. 14](#), e successive modifiche.

(4) L'elenco delle specie animali integralmente protette può essere integrato dalla Giunta provinciale.

(5) È vietato:

- a) catturare o uccidere deliberatamente, in qualunque stadio di vita, animali delle specie integralmente protette o perturbare deliberatamente gli stessi, particolarmente durante il periodo di riproduzione, di allevamento, di ibernazione e di migrazione, tenerli in custodia vivi o morti, trasportare animali integralmente protetti o parti di essi, usarli per eventuali lavorazioni, commercializzarli, scambiarli o offrirli a scopi commerciali o in permuta;
- b) distruggere deliberatamente o rimuovere dall'ambiente naturale le uova oppure deteriorare o distruggere i luoghi di nidificazione, i siti di riproduzione e le aree di riposo di specie animali integralmente protette.

(6) Ai proprietari, agli affittuari e agli usufruttuari è consentito catturare o uccidere talpe sui propri fondi destinati a coltura agricola o a giardinaggio.

(7) Sono esclusi dai divieti di cui al comma 5 le specie di animali che provengono da allevamenti. Tali specie, se poste in commercio, devono essere accompagnate da un certificato di provenienza redatto dall'allevatore.

(8) Per quanto concerne la cattura o l'uccisione delle specie faunistiche selvatiche elencate nell'allegato V, lettera a), della direttiva habitat, e qualora siano fissate delle deroghe conformi all'articolo 11 di questa legge per il prelievo, la cattura o l'uccisione delle specie di cui all'allegato IV, lettera a), della stessa direttiva, è comunque vietato l'utilizzo di mezzi non selettivi suscettibili di provocare localmente la scomparsa o di perturbare gravemente la tranquillità delle popolazioni.

(9) È vietato l'uso dei mezzi di cattura e di uccisione specificati nell'allegato VI, lettera a), della direttiva habitat e qualsiasi forma di cattura o di uccisione dai mezzi di trasporto di cui all'allegato VI, lettera b), della stessa direttiva.] [3\)](#)

3)Gli articoli 4, art. 8, comma 4, art. 11, commi 1 e 2, art. 22 comma, 6 e art. 33, comma 3, sono stati dichiarati costituzionalmente illegittimi con la sentenza 18 aprile 2011, n. 151.

Art. 5 (Aree protette)

(1) Nei monumenti naturali, nei biotopi sottoposti a vincolo e nell'ambito dei parchi naturali tutte le specie animali che vivono allo stato selvatico sono integralmente protette. Sono fatte salve le norme per la protezione della fauna selvatica e per l'esercizio della caccia nonché in materia di pesca.

Sezione II Tutela delle piante a diffusione spontanea

Art. 6 (Oggetto di tutela)

(1) Tutte le piante a diffusione naturale e spontanea nel territorio della provincia di Bolzano sono protette. Sono escluse dalle disposizioni di tutela di cui agli articoli 8 e 9 le specie neofite invasive. [4\)](#)

4)L'art. 6, comma 1, è stato così sostituito dall'art. 7, comma 1, della [L.P. 12 dicembre 2011, n. 14](#).

Art. 7 (Specie vegetali integralmente protette)

(1) Sono integralmente protette le specie vegetali elencate nell'allegato B.

(2) Sono inoltre integralmente protette le specie vegetali a diffusione spontanea di cui agli allegati II e IV della direttiva habitat. Per tali specie vige un regime di rigorosa tutela, onde assicurare il loro mantenimento o il ripristino in uno stato di conservazione soddisfacente.

(3) L'elenco delle specie vegetali integralmente protette può essere integrato dalla Giunta provinciale.

(4) È vietato:

- a) raccogliere, collezionare, tagliare, estirpare o distruggere deliberatamente piante a diffusione spontanea integralmente protette nei loro diversi stadi di sviluppo o parti di esse, conservarle allo stato fresco o essiccato, trasportarle, usarle per lavorazioni, commercializzarle, scambiarle o offrirle a scopi commerciali o di scambio;
- b) modificare l'ambiente naturale delle piante a diffusione spontanea integralmente protette, in modo tale da metterle in pericolo o pregiudicarne la sopravvivenza.

Art. 8 (Specie vegetali parzialmente protette)

(1) Sono parzialmente protette tutte le specie vegetali a diffusione spontanea non indicate nell'articolo 7.

(2) Ogni persona può raccogliere giornalmente non più di dieci steli fioriferi delle piante parzialmente protette.

(3) È vietato estirpare o porre in commercio piante parzialmente protette, prelevarne o danneggiarne parti sotterranee o prelevarne le rosette.

(3/bis) I proprietari privati, gli affittuari, gli usufruttuari e i familiari con loro conviventi possono raccogliere, sui fondi di cui dispongono, funghi in quantità giornaliera non superiore a tre chilogrammi a persona nonché le specie vegetali parzialmente protette senza limitazioni. Nei parchi naturali i residenti nei relativi comuni possono raccogliere funghi nei giorni pari in quantità non superiore a due chilogrammi a persona senza pagamento del diritto fisso di raccolta. [5\)](#)

[(4)] I proprietari, gli affittuari, gli usufruttuari e le persone con loro conviventi possono raccogliere senza limitazioni, sui fondi di cui dispongono, i funghi e le specie vegetali parzialmente protette.

(5) Fatti salvi i diritti del proprietario terriero, chiunque ha il diritto di raccogliere per uso proprio i frutti di bosco e le specie vegetali di cui all'allegato C.] [3\]](#)

(6) Il direttore ovvero la direttrice della Ripartizione provinciale Natura e paesaggio può autorizzare la raccolta di specie vegetali parzialmente protette per finalità di ricerca, didattiche o farmaceutiche.

5) L'art. 8, comma 3/bis, è stato così sostituito dall'art. 7, comma 2, della [L.P. 12 dicembre 2011, n. 14](#).

3) Gli articoli 4, art. 8, comma 4, art. 11, commi 1 e 2, art. 22 comma, 6 e art. 33, comma 3, sono stati dichiarati costituzionalmente illegittimi con la sentenza 18 aprile 2011, n. 151.

Art. 9 (Aree protette)

(1) Nei monumenti naturali, nei biotopi, nei parchi naturali e nei siti Natura 2000 tutte le specie vegetali, inclusi i funghi, sono protette integralmente.

(2) È consentita la raccolta per uso proprio delle piante di cui all'allegato C, tranne che nei monumenti naturali e biotopi.

(3) I proprietari, gli affittuari, gli usufruttuari e le persone con loro conviventi possono raccogliere senza limitazioni, sui fondi di cui dispongono, i funghi e le piante, ad eccezione delle specie vegetali integralmente protette di cui all'allegato B e tranne che nei biotopi e nei monumenti naturali.

(4) [6\]](#) [7\]](#)

6) L'art. 9, comma 4, è stato aggiunto dall'art. 15, comma 1, della [L.P. 17 gennaio 2011, n. 1](#), e poi abrogato dall'art. 11, comma 1, lettera a), della [L.P. 21 giugno 2011, n. 4](#).

7) La Corte Costituzionale con sentenza del 10 febbraio 2014, n. 19 ha dichiarato cessata la materia del contendere in merito all'art. 15, comma 1, della [legge provinciale 17 gennaio 2011, n. 1](#) che aveva aggiunto il comma 4 dell'art. 9 della [legge provinciale 12 maggio 2010, n. 6](#). L'art. 15, comma 1, è da considerarsi abrogato.

Art. 10 (Utilizzazione agricola e forestale)

(1) Fatta eccezione per quanto previsto dall'articolo 7, comma 4, lettera b), i divieti di cui alla presente sezione non si applicano all'utilizzazione agricola e forestale.

(2) Sono escluse dal divieto e dalle limitazioni di cui agli articoli 7 e 8 le piante protette, di cui è possibile dimostrare la provenienza da colture.

Sezione III Norme particolari per la tutela delle specie

Art. 11 (Deroghe e limitazioni)

[(1)] Per quanto riguarda le specie vegetali protette e le specie animali non soggette alle leggi provinciali sulla caccia e sulla pesca, il direttore ovvero la direttrice della Ripartizione provinciale Natura e paesaggio può concedere delle deroghe alle disposizioni previste dall'articolo 4, comma 5, e dall'articolo 7, comma 4, per determinate zone e periodi limitati. In particolare, a condizione che non esistano altre valide soluzioni e che non venga pregiudicato il mantenimento in uno stato di conservazione soddisfacente della popolazione della specie interessata nella sua area di diffusione naturale, tali deroghe sono concesse:

- a) per proteggere la fauna e la flora selvatiche e conservarne gli habitat naturali;
- b) per prevenire gravi danni, in particolare alle colture, all'allevamento, ai boschi, al patrimonio ittico e alle acque nonché ad altre forme di proprietà;
- c) nell'interesse della sanità e della sicurezza pubblica o per altri motivi imperativi di rilevante interesse pubblico, inclusi motivi di natura sociale o economica, e motivi tali da comportare conseguenze positive di primaria importanza per l'ambiente;
- d) per finalità didattiche o di ricerca, di ripopolamento e di reintroduzione di specie e per operazioni di riproduzione necessarie a tal fine, compresa la riproduzione artificiale delle piante;
- e) per consentire, in condizioni rigorosamente controllate, su base selettiva e in misura limitata, la cattura e la detenzione di un numero limitato e specificato delle specie di cui all'allegato IV della direttiva habitat.

(2) Il direttore ovvero la direttrice della Ripartizione provinciale Natura e paesaggio trasmette ogni due anni alle autorità nazionali competenti una relazione riguardante le deroghe concesse ai sensi del comma 1.] [3\)](#)

(3) La Giunta provinciale prescrive le misure idonee per il prelievo e lo sfruttamento delle specie animali e vegetali di cui all'allegato V della direttiva habitat, qualora ciò si rendesse necessario per la loro tutela.

3)Gli articoli 4, art. 8, comma 4, art. 11, commi 1 e 2, art. 22 comma, 6 e art. 33, comma 3, sono stati dichiarati costituzionalmente illegittimi con la sentenza 18 aprile 2011, n. 151.

Art. 12 (Animali non autoctoni)

(1) È vietata l'immissione nell'ambiente naturale di animali non autoctoni. Dal divieto è esclusa l'immissione di specie e di popolazioni non autoctone per le finalità e nel rispetto dell'articolo 12 del decreto del Presidente della Repubblica 8 settembre 1997, n. 357, e successive modifiche. [8\)](#)

8)L'art. 12 è stato così sostituito dall'art. 17, comma 1, della [L.P. 27 marzo 2020, n. 2](#).

Art. 13 (Organismi geneticamente modificati)

(1) L'introduzione di organismi geneticamente modificati è vietata nell'ambito di:

- a) siti Natura 2000;
- b) parchi naturali, biotopi e monumenti naturali;
- c) territori contermini a laghi, compresi in una fascia di 300 metri dalla linea di battigia;
- d) fiumi, torrenti e corsi d'acqua iscritti negli elenchi di cui al regio decreto 11 dicembre 1933, n. 1775, e relative sponde o piedi degli argini, per una fascia di 150 metri ciascuna;
- e) ghiacciai e circhi glaciali nonché nell'ambito della regione alpina per la parte superiore a 1600 metri sul livello del mare;
- f) territori coperti da foreste e boschi;
- g) zone umide e sezioni aride meritevoli di tutela;
- h) superfici per le quali vengono concessi premi incentivanti per la cura ed il mantenimento del paesaggio;
- i) terreni sui quali è praticata l'agricoltura ecologica.

(2) La Giunta provinciale ai fini della tutela della fauna e della flora selvatiche e dei loro habitat prevede per le zone di cui al comma 1 adeguate zone cuscinetto esterne e misure di precauzione.

(3) Fatte salve le disposizioni transitorie vigenti in agricoltura in materia di organismi geneticamente modificati (OGM), la raccomandazione 2003/556/CE del 23 luglio 2003, pubblicata dalla Commissione europea e definita nell'articolo 2 del decreto- legge 22 novembre 2004, n. 279, convertito, con modificazioni, in legge dall'articolo 1 della legge 28 gennaio 2005, n. 5, viene disciplinata separatamente con legge provinciale.

CAPO III TUTELA DEGLI HABITAT

Art. 14 (Finalità e misure di tutela)

(1) Per garantire la conservazione della varietà delle specie e contrastare il regresso di animali selvatici e piante a diffusione spontanea, è indispensabile assicurare il mantenimento o il ripristino dei loro habitat in uno stato di conservazione soddisfacente. A tal fine devono essere effettuati interventi di tutela e conservazione differenziati.

Art. 15 (Bacini d'acqua)

(1) 1. Nei bacini d'acqua è vietato:

- a) provocare alterazioni dei bacini d'acqua naturali e seminaturali o delle zone riparie, in particolare tramite l'esecuzione di opere di bonifica e di prosciugamento del terreno;
- b) circolare con natanti a motore di qualsiasi tipo, salvo per operazioni di soccorso e misure di risanamento ai fini della tutela delle acque. Da questo divieto è escluso il battello passeggeri del comune di Curon sul lago di Resia. [9\)](#)

9) L'art. 15 è stato così sostituito dall'art. 15, comma 2, della [L.P. 17 gennaio 2011, n. 1](#).

Art. 16 (Zone umide e sezioni aride)

(1) Sono meritevoli di tutela le seguenti zone umide:

- a) le aree di interrimento di acque stagnanti o a decorso lento;
- b) le formazioni di fragmiteto, tifeto, giuncheto, cariceto;
- c) i prati umidi e allagati con prevalenza di carici e giunchi;
- d) le torbiere;
- e) i boschi ripari;
- f) i boschi umidi;
- g) le aree sorgentizie;
- h) i torrenti e i fiumi con alveo ancora non regimentato e i fossi, compresa la vegetazione riparia.

(2) Sono meritevoli di tutela le seguenti sezioni aride, che si caratterizzano per la ricca biodiversità e che risultano di notevole importanza per la conservazione di piante a diffusione spontanea o di animali selvatici protetti:

- a) prati aridi;
- b) le aree rocciose con vegetazione steppica;
- c) i versanti calanchivi.

(3) Le zone umide meritevoli di tutela, i fossi e i rigagnoli aperti nonché le sezioni aride devono essere conservati, consentendo l'utilizzo ecosostenibile di queste superfici, purché non se ne pregiudichi la conservazione.

(4) Non sono consentiti tutti gli interventi che possano distruggere o compromettere le aree di cui al comma 3.

(5) Lo sfalcio di canneti e prati da strame è consentito nel periodo compreso tra il 1° settembre e il 15 marzo, mentre lo sfalcio a scopo di manutenzione delle fosse di bonifica è consentito nel periodo compreso tra il 15 luglio e il 15 marzo. Lo sfalcio a scopo di manutenzione delle fosse di bonifica può essere effettuato solo per settori. La Giunta provinciale approva sulla base di considerazioni naturalistiche e delle necessità provenienti da rischi da piene apposite linee guida di gestione, nelle quali possono essere previste deroghe ai periodi di sfalcio di cui sopra. [10\)](#)

10) L'art. 16, comma 5, è stato così sostituito dall'art. 7, comma 3, della [L.P. 12 dicembre 2011, n. 14](#).

Art. 17 (Vegetazione riparia e bosco ripario)

- (1) È vietato dissodare o distruggere in altro modo la vegetazione riparia o il bosco ripario.
- (2) Il direttore ovvero la direttrice della Ripartizione provinciale Natura e paesaggio può autorizzare in via eccezionale il dissodamento per motivi di pubblico interesse.

Art. 18 (Tutela di siepi ed arbusti)

- (1) Fatte salve le norme forestali, è consentito il taglio di siepi ed arbusti esclusivamente per settori, in modo da non comprometterne la conservazione.

Art. 19 (Abbruciamento ed erbicidi)

- (1) È vietato bruciare qualsiasi tipo di manto vegetale, in particolare le siepi, gli arbusti, gli alberi e il manto vegetale presso i confini dei campi e delle banchine, nonché lungo le scarpate stradali, le linee ferroviarie, i corsi d'acqua e i fossi.
- (2) In mancanza di valide alternative, il direttore ovvero la direttrice della Ripartizione provinciale Natura e paesaggio può autorizzare nel pubblico interesse l'abbruciamento del manto vegetale limitatamente a determinate zone e a determinati periodi.
- (3) È vietato trattare con erbicidi i manti vegetali di cui al comma 1, tranne che all'interno di aree agricole a coltivazione intensiva eccetto presso i confini dei campi e delle banchine, nonché lungo le scarpate stradali, i corsi d'acqua e i fossi. [11\)](#)

11)L'art. 19, comma 3, è stato così modificato dall'art. 1, comma 1, della [L.P. 23 settembre 2020, n. 10](#).

CAPO IV DISPOSIZIONI PARTICOLARI PER I SITI NATURA 2000

Art. 20 (Finalità)

- (1) Al fine di contribuire alla salvaguardia della biodiversità mediante la conservazione degli habitat naturali e seminaturali nonché della flora e della fauna selvatiche nel territorio della provincia di Bolzano e di partecipare alla rete Natura 2000 di cui all'articolo 3 della direttiva habitat, sono istituiti i siti di importanza comunitaria di cui all'allegato D e le zone di protezione speciale per gli uccelli di cui all'allegato E.
- (2) I confini delle zone di cui al comma 1 sono inseriti nei piani urbanistici e nei piani settoriali.
- (3) Gli allegati D ed E possono essere integrati dalla Giunta provinciale secondo il procedimento stabilito dalla normativa dell'UE. [12\)](#)

12)L'art. 20, comma 3, è stato così modificato dall'art. 10, comma 1, della [L.P. 17 novembre 2017, n. 21](#).

Art. 21 (Misure di tutela)

(1) Le misure di tutela da adottare sono intese ad assicurare il mantenimento o il ripristino, in uno stato di conservazione soddisfacente, degli habitat naturali e delle specie di fauna e flora selvatiche di interesse comunitario nella loro area di diffusione naturale.

(2) Per i siti Natura 2000 la Giunta provinciale stabilisce, all'occorrenza anche mediante l'approvazione di piani di gestione, quanto segue:

- a) gli obiettivi di tutela che riguardano in particolar modo la tutela e il ripristino degli habitat prioritari e delle specie prioritarie;
- b) le misure di conservazione.
Gli obiettivi di tutela e le misure di conservazione si conformano alle esigenze ecologiche degli habitat naturali di cui all'allegato I e delle specie di cui all'allegato II della direttiva habitat nonché delle specie di cui all'allegato I della direttiva uccelli. Per quanto riguarda l'habitat di queste ultime, sono previste misure speciali di conservazione, da applicarsi all'occorrenza anche al di fuori dei siti Natura 2000, allo scopo di garantire la sopravvivenza e la riproduzione delle specie stesse nella loro area di distribuzione.

(3) Nell'ambito dei siti Natura 2000 è vietato degradare gli habitat naturali e gli habitat delle specie di interesse comunitario nonché perturbare le specie per cui le zone sono state designate, mettendo a rischio gli obiettivi di tutela.

(4) Fatte salve le disposizioni di tutela più severe, nell'ambito dei siti Natura 2000 è vietato:

- a) realizzare nuove linee aeree elettriche e telefoniche;
- b) realizzare nuove piste da sci e nuovi impianti di risalita, ad eccezione di teleferiche;
- c) aprire nuove cave e miniere, ad eccezione di quelle già regolarmente autorizzate alla data di entrata in vigore della presente legge; cave e miniere esistenti possono essere coltivate sino alla scadenza della concessione, ma senza possibilità di proroga;
- d) realizzare nuovi impianti eolici, fatti salvi gli interventi di sostituzione e ammodernamento di quelli esistenti o già autorizzati, nonché gli impianti destinati a coprire il fabbisogno all'interno della zona tutelata che presentano limitata potenza ed altezza;
- e) realizzare nuove discariche ed impianti di depurazione di acque reflue, ad eccezione degli impianti di depurazione per singoli edifici nella zona tutelata;
- f) diserbare e tagliare la vegetazione riparia di corsi d'acqua durante il periodo riproduttivo degli uccelli, e cioè tra il 15 marzo ed il 15 luglio;
- g) spargere concime minerale e concime organico liquido, colaticcio e liquame di origine zootecnica, ad eccezione di quello prodotto nel sito Natura 2000 e ad eccezione delle culture arative, frutticole e viticole. La Giunta provinciale approva in considerazione delle specifiche esigenze naturalistiche e di un appropriato uso del sito linee guida di gestione, sulla base delle quali possono essere concesse delle deroghe al suddetto divieto. [13\)](#)

(5) Le linee elettriche aeree esistenti nei siti Natura 2000 devono essere messe in sicurezza per ridurre il rischio di collisione o elettrocuzione.

(6) I piani e i progetti previsti all'articolo 6 della direttiva habitat, che possono avere un'incidenza significativa sul sito Natura 2000, sono soggetti alla valutazione d'incidenza prevista dall'articolo 22.

(7) Per rendere ecologicamente più coerente la rete Natura 2000, la Provincia autonoma di Bolzano promuove la creazione, la conservazione e il ripristino degli elementi del paesaggio che rivestono primaria importanza per la fauna e la flora selvatiche. Si tratta di quegli elementi che, per la loro struttura lineare e continua, come i corsi d'acqua con le relative sponde e i sistemi tradizionali di delimitazione dei campi, o per il loro ruolo di collegamento, come gli stagni o i boschetti, sono essenziali per la migrazione, la distribuzione geografica e lo scambio genetico di specie selvatiche.

(8) Nei siti Natura 2000 la Provincia autonoma di Bolzano promuove:

- a) la rimozione di residui di costruzioni od impianti tecnici non più utilizzati;
- b) le forme di agricoltura estensive tradizionali;
- c) la conservazione ed il ripristino di habitat naturali e seminaturali;
- d) l'interramento o l'isolamento delle linee aeree esistenti.

13)La lettera g) dell'art. 21, comma 4, è stata così sostituita dall'art. 7, comma 4, della [L.P. 12 dicembre 2011, n. 14](#).

Art. 22 (Valutazione d'incidenza)

- (1)** La valutazione d'incidenza è richiesta per tutti i piani o progetti che possano avere un'incidenza significativa sul sito Natura 2000, ed è effettuata nell'ambito dei procedimenti di approvazione già previsti dalla normativa provinciale per i relativi piani e progetti.
- (2)** Gli organi individuali o collegiali preposti all'esame e all'approvazione dei piani e dei progetti ai sensi della normativa provinciale acquisiscono a tal fine il parere dell'esperto o incaricato della Ripartizione provinciale Natura e paesaggio in merito all'incidenza del piano o progetto sul sito e alla sua conservazione.
- (3)** Il o la proponente del piano o del progetto presenta la documentazione di cui all'allegato F ai fini della formulazione del parere di cui al comma 2.
- (4)** Fatto salvo quanto previsto al comma 5, un piano o progetto può essere approvato nonostante il parere negativo dell'esperto o incaricato della Ripartizione provinciale Natura e paesaggio, quando non esistono soluzioni alternative e quando deve essere realizzato per motivi imperativi di rilevante interesse pubblico, inclusi motivi di natura sociale o economica.
- (5)** Qualora nel sito si trovi un tipo di habitat prioritario naturale o una specie prioritaria, possono essere adottate soltanto considerazioni connesse con la salute dell'uomo e la sicurezza pubblica o relative a conseguenze positive di primaria importanza per l'ambiente ovvero, previo parere della Commissione europea, altri motivi imperativi di rilevante interesse pubblico.
- (6)** I provvedimenti di approvazione, per i casi di cui ai commi 4 e 5, dispongono, eventualmente anche a carico del o della proponente, le misure compensative necessarie per garantire la coerenza globale della rete ecologica europea Natura 2000. [14](#) [15](#)

14)Gli articoli 4, art. 8, comma 4, art. 11, commi 1 e 2, art. 22 comma, 6 e art. 33, comma 3, sono stati dichiarati costituzionalmente illegittimi con la sentenza 18 aprile 2011, n. 151. L'art. 22, comma 6, è stato poi così sostituito dall'art. 7, comma 5, della [L.P. 12 dicembre 2011, n. 14](#).

15)La Corte Costituzionale, con sentenza n. 278 del 12 dicembre 2012, ha dichiarato non fondata la questione di legittimità costituzionale dell'art. 22, comma 6, come modificato dall'art. 7, comma 5, della L.P. 12 dicembre 2011, n. 14.

CAPO V TUTELA DI MINERALI E FOSSILI

Art. 23 (Tutela dei fossili)

- (1)** Nel territorio della provincia di Bolzano sono vietate la raccolta e l'estrazione di fossili.
- (2)** Il direttore ovvero la direttrice della Ripartizione provinciale Natura e paesaggio, acquisito il parere del Museo di scienze naturali dell'Alto Adige, può autorizzare l'attività di raccolta ed estrazione di fossili unicamente per scopi scientifici e didattici o per la raccolta di reperti in collaborazione con il Museo di scienze naturali.

Art. 24 (Tutela dei minerali)

- (1)** Nel territorio della provincia di Bolzano la raccolta e l'estrazione di minerali sono soggette ad autorizzazione.
- (2)** Quando non siano vietate dal proprietario del fondo, il direttore ovvero la direttrice della Ripartizione provinciale Natura e paesaggio autorizza la raccolta e l'estrazione di minerali esclusivamente:
- ad iscritti ad un'associazione mineralogica associata alla federazione provinciale;
 - ad iscritti ad un'associazione mineralogica con sede al di fuori del territorio provinciale, su richiesta della federazione provinciale e per un periodo limitato;
 -

a persone in grado di dimostrare di possedere una particolare esperienza e conoscenza specialistica in materia.

(3) L'autorizzazione è personale, ha validità limitata e viene rilasciata a persone che abbiano compiuto 14 anni di età.

(4) L'autorizzazione alla raccolta e all'estrazione di minerali non può essere rilasciata per le aree protette, quali monumenti naturali, biotopi, aree comprese nei piani paesaggistici sovracomunali, parchi naturali e territori soggetti a divieto di raccolta, salvo per scopi scientifici e didattici o per la raccolta effettuata in collaborazione con il Museo di scienze naturali dell'Alto Adige, previa acquisizione del parere positivo del Museo stesso.

Art. 25 (Raccolta ed estrazione)

(1) Non si considera raccolta il rinvenimento accidentale sul terreno di singoli minerali e fossili.

(2) Nell'estrazione di minerali e fossili è consentito l'impiego della comune attrezzatura costituita da mazze o martelli fino a cinque chilogrammi, scalpelli fino a 40 centimetri, badili, piccozze ed altri mezzi manuali. L'impiego di macchine perforatrici di qualsiasi tipo, materiali esplosivi e leve idrauliche deve essere autorizzato dal direttore ovvero dalla direttrice della Ripartizione provinciale Natura e paesaggio.

(3) Una volta terminata l'estrazione e prima di abbandonare il sito, esso deve essere ricomposto, riassetando il manto vegetale e lasciando l'area in condizioni conformi alle particolari caratteristiche della zona.

CAPO VI PROMOZIONE DELLA TUTELA DELLA NATURA

Art. 26 (Misure di promozione)

(1) La Provincia autonoma di Bolzano promuove la tutela della natura e del paesaggio, può sostenere con contributi e sussidi l'attività di associazioni ed organizzazioni che si dedicano a tale compito e mettere a disposizione mezzi appropriati nonché commissionare lavori di ricerca e di pianificazione.

(2) La Provincia autonoma di Bolzano promuove in particolar modo la ricerca e le attività scientifiche nonché la sensibilizzazione e l'informazione ai fini della tutela delle specie e degli habitat ai sensi della direttiva habitat e della direttiva uccelli.

Art. 27 (Tutela contrattuale della natura)

(1) La Provincia autonoma di Bolzano può stipulare con i proprietari dei terreni o con chi ha diritto a disporre contratti di diritto privato per remunerare determinate prestazioni, limitazioni oppure altre misure. Tali contratti possono avere per oggetto misure ai sensi della direttiva habitat oppure della direttiva uccelli, misure per la conservazione e cura di aree protette, inclusa la gestione delle stesse e la redazione e attuazione di piani di gestione, per la conservazione e la cura di zone umide, boschi ripari, prati aridi e magri oppure per la conservazione e cura della vegetazione arbustiva di campagna o delle siepi di valore naturalistico.

(2) La Giunta provinciale emana direttive sulla stipulazione dei contratti di cui al comma 1, sulla natura e la quantità del compenso e sulle prescrizioni, condizioni e scadenze degli stessi.

CAPO VII ATTUAZIONE DELLA LEGGE

Art. 28 (Monitoraggio)

(1) La Ripartizione provinciale Natura e paesaggio, in collaborazione con l'ufficio provinciale competente in materia di caccia e pesca, sorveglia e documenta lo stato di conservazione degli habitat naturali e delle specie di fauna e flora selvatica, tenendo conto degli habitat e delle specie prioritarie ai sensi della direttiva habitat e delle specie di cui all'allegato I della direttiva uccelli, redigendo ogni sei anni un'apposita relazione.

(2) La relazione di cui al comma 1 contiene altresì informazioni relative alle misure di conservazione fissate dalla Giunta provinciale nonché la valutazione dell'impatto di tali misure sullo stato di conservazione degli habitat naturali di cui all'allegato I e delle specie di cui all'allegato II della direttiva habitat.

Art. 29 (Vigilanza e controllo)

(1) Il personale della Ripartizione provinciale Natura e paesaggio nonché dell'Agenzia provinciale per l'ambiente, a tal fine incaricato da parte del rispettivo direttore ovvero dalla rispettiva direttrice, il Corpo forestale provinciale e la polizia locale curano l'osservanza della presente legge.

Art. 30 (Confisca)

(1) In caso di violazione delle norme sulla tutela degli animali selvatici, dei fossili e minerali si procede alla confisca di tutti gli animali e relative forme di sviluppo e di tutti i fossili e minerali.

(2) Chiunque si rifiuti, a seguito di formale intimazione, di consegnare quanto riportato al comma 1, soggiace ad una sanzione amministrativa pari al doppio dell'importo previsto all'articolo 31 per le rispettive trasgressioni.

(3) Gli animali confiscati o le loro forme di sviluppo sono, se possibile, reimmessi nel loro ambiente naturale.

(4) Gli animali confiscati che non possono essere reimmessi nel loro ambiente naturale nonché i fossili e i minerali confiscati sono consegnati al Museo di scienze naturali dell'Alto Adige.

Art. 31 (Sanzioni amministrative)

(1) Chi contravviene alla disposizione di cui all'articolo 3, comma 2, riguardante il commercio di animali che vivono allo stato selvatico, è tenuto al pagamento di una sanzione amministrativa di 100,00 euro per ogni singolo animale.

(2) Chi contravviene alle disposizioni di cui all'articolo 4, comma 5, o all'articolo 5 sulla tutela di specie di animali integralmente protette, è tenuto al pagamento di una sanzione amministrativa di 200,00 euro.

(3) Chi ferisce o abbatte un animale integralmente protetto è tenuto al pagamento di una sanzione amministrativa di 200,00 euro per ogni singolo animale.

(4) Chi deteriora o distrugge i luoghi di nidificazione, i siti di riproduzione, le aree di riposo o di dimora di specie animali integralmente protette è tenuto al pagamento di una sanzione amministrativa di 300,00 euro; in caso di superfici maggiori a dieci metri quadrati, la sanzione è aumentata di 30,00 euro per ogni ulteriore metro quadrato.

(5) Chi contravviene alle disposizioni di cui all'articolo 7, comma 4, lettera a), e all'articolo 9, comma 1, relativi alla tutela di specie vegetali integralmente protette, è tenuto al pagamento di una sanzione amministrativa di 50,00 euro per la prima pianta, aumentata di 5,00 euro per ogni ulteriore pianta.

(6) Chi contravviene alle disposizioni di cui all'articolo 7, comma 4, lettera b), riguardante la tutela dell'ambiente naturale di specie vegetali integralmente protette, è tenuto al pagamento di una sanzione amministrativa di 300,00 euro; in caso di superfici maggiori a dieci metri quadrati, la sanzione è aumentata di 30,00 euro per ogni ulteriore metro quadrato.

(7) Chi, in violazione dell'articolo 8, comma 2, raccoglie più di dieci steli fioriferi di piante parzialmente protette, è tenuto al pagamento di una sanzione amministrativa di 30,00 euro, aumentata di 5,00 euro per ogni ulteriore pianta.

(8) Chi contravviene alle disposizioni di cui all'articolo 8, comma 3, è tenuto al pagamento di una sanzione amministrativa di 100,00 euro.

(9) Chi contravviene alla disposizione di cui all'articolo 8, comma 5, per la raccolta per uso proprio di specie vegetali parzialmente protette, è tenuto al pagamento di una sanzione amministrativa di 70,00 euro.

(10) Chi contravviene alla disposizione di cui all'articolo 12, riguardante l'introduzione di animali estranei alla fauna locale, è tenuto al pagamento di una sanzione amministrativa di 300,00 euro ed è tenuto a rimuovere gli animali.

(11) Chi contravviene alla disposizione di cui all'articolo 15, comma 1, lettera b), riguardante la circolazione con natanti a motore, è tenuto al pagamento di una sanzione amministrativa di 200,00 euro.

(12) Chi contravviene alle disposizioni di cui all'articolo 16, comma 5, riguardante lo sfalcio di canneti, prati da strame e fosse di bonifica, all'articolo 18, comma 1, riguardante il taglio di siepi ed arbusti, all'articolo 19, commi 1 e 3, riguardanti l'abbruciamento e il trattamento con erbicidi e all'articolo 21, comma 4, lettera g), riguardante lo spargimento di concime minerale e concime organico liquido nei siti Natura 2000, è tenuto al pagamento di una sanzione amministrativa di 200,00 euro; in caso di superfici superiori a 50 metri quadrati, la sanzione è aumentata di 10,00 euro per ogni ulteriore metro quadrato.

(13) Chi contravviene alle disposizioni di cui all'articolo 23, comma 1, riguardante la raccolta e l'estrazione di fossili, o raccoglie minerali senza l'autorizzazione di cui all'articolo 24, comma 1, o contravviene alle condizioni dell'autorizzazione di cui all'articolo 23, comma 2, o all'articolo 24, è tenuto al pagamento di una sanzione amministrativa di 300,00 euro. Alla stessa sanzione amministrativa soggiace chi oppone un rifiuto alla richiesta del personale addetto alla vigilanza di esibire l'autorizzazione di cui all'articolo 23, comma 2, o all'articolo 24.

(14) Chi utilizza strumenti non previsti dall'articolo 25, comma 2, è tenuto al pagamento di una sanzione amministrativa di 200,00 euro.

(15) Chi non ripristina il manto vegetale e il sito come prescritto dall'articolo 25, comma 3, è tenuto al pagamento di una sanzione amministrativa di 300,00 euro.

(16) Le sanzioni amministrative da applicarsi in base ai commi precedenti non possono comunque superare l'importo massimo di 20.000 euro. [16\)](#)

16)L'art. 31, comma 16, è stato aggiunto dall'art. 7, comma 6, della [L.P. 12 dicembre 2011, n. 14](#).

Art. 32 (Sostituzione di norme di tutela)

(1) Le norme di tutela delle specie di cui al capo II e le norme di tutela dei minerali e fossili di cui al capo V sostituiscono tutte le relative disposizioni previste nei vincoli paesaggistici.

CAPO VIII ALTRE DISPOSIZIONI

Art. 33 (Modifiche della [legge provinciale 17 luglio 1987, n. 14](#), recante "Norme per la protezione della fauna selvatica e per l'esercizio della caccia")

(1) Il comma 4 dell'articolo 3 della [legge provinciale 17 luglio 1987, n. 14](#), e successive modifiche, è così sostituito:

"4. L'Osservatorio faunistico è un organo di consulenza tecnico-scientifica dell'amministrazione provinciale, ha sede presso gli uffici dell'amministrazione medesima e rilascia i pareri di cui all'articolo 2, comma 3, della legge regionale 30 aprile 1987, n. 3, e successive modifiche, e nei casi previsti dalla presente legge. La composizione dell'Osservatorio faunistico deve adeguarsi alla consistenza dei gruppi linguistici esistenti in provincia, quale risulta dall'ultimo censimento generale della popolazione, fatta salva la possibilità di accesso per il gruppo linguistico ladino."

(2) Il comma 1 dell'articolo 9 della [legge provinciale 17 luglio 1987, n. 14](#), e successive modifiche, è così sostituito:

"1. Nelle oasi di protezione l'esercizio della caccia è vietato. Nei biotopi protetti con un'estensione superiore a dieci ettari oppure nei biotopi protetti direttamente confinanti con la bandita del Parco Nazionale dello Stelvio sono consentiti il controllo degli ungulati cacciabili entro i limiti del piano di abbattimento di cui all'articolo 27 nonché l'abbattimento della volpe."

[(3) Dopo il comma 1 dell'articolo 9 della [legge provinciale 17 luglio 1987, n. 14](#), e successive modifiche, è inserito il seguente comma:

"1/bis. L'assessore provinciale competente in materia di caccia, sentiti l'Osservatorio faunistico e la Ripartizione provinciale Natura e paesaggio, può consentire nelle oasi di protezione l'abbattimento di determinate specie di cui all'articolo 4, commi 1 e 2, per motivi biologici e igienico-sanitari e per prevenire danni alle colture agricole-forestali ed al patrimonio ittico."] [3\)](#)

(4) Il comma 2 dell'articolo 9 della [legge provinciale 17 luglio 1987, n. 14](#), e successive modifiche, è così sostituito:

"2. Ai sensi della presente legge sono oasi di protezione i biotopi protetti in base alla [legge provinciale 25 luglio 1970, n. 16](#), e successive modifiche. Lungo le rotte di migrazione dell'avifauna la Giunta provinciale istituisce oasi di protezione per contribuire al mantenimento ed alla cura, in base alle esigenze ecologiche, degli habitat dell'avifauna."

3)Gli articoli 4, art. 8, comma 4, art. 11, commi 1 e 2, art. 22 comma, 6 e art. 33, comma 3, sono stati dichiarati costituzionalmente illegittimi con la sentenza 18 aprile 2011, n. 151.

Art. 34 (Modifica della [legge provinciale 19 giugno 1991, n. 18](#), "Disciplina della raccolta dei funghi a tutela degli ecosistemi vegetali")

(1) Il comma 3 dell'articolo 8 della [legge provinciale 19 giugno 1991, n. 18](#), e successive modifiche, è così sostituito:

"3. Nei monumenti naturali, nei biotopi, nei parchi naturali, nei siti Natura 2000 e nell'area del Parco Nazionale dello Stelvio sita in provincia di Bolzano le sanzioni previste dalla presente legge, relative alla quantità di funghi raccolti oltre a quella consentita, sono aumentate del 50 per cento."

Art. 35 (Modifica della [legge provinciale 25 luglio 1970, n. 16](#), recante "Tutela del paesaggio")

(1) Dopo la lettera e) del comma 1 dell'articolo 18-bis della [legge provinciale 25 luglio 1970, n. 16](#), è aggiunta la seguente lettera:

"f) la gestione dei flussi turistici nei territori soggetti a tutela, la realizzazione di sentieri tematici e naturalistico-didattici e gli interventi di sensibilizzazione in materia di tutela della natura e del paesaggio nonché della cultura edilizia."

Art. 36 (Abrogazione di leggi)

(1) Sono abrogate le seguenti leggi provinciali:

- a) la [legge provinciale 28 giugno 1972, n. 13](#), e successive modifiche;
- b) la [legge provinciale 13 agosto 1973, n. 27](#), e successive modifiche;
- c) la [legge provinciale 12 agosto 1977, n. 33](#), e successive modifiche.

Art. 37 (Disposizione finanziaria)

(1) Alla copertura della spesa per gli interventi a carico dell'esercizio 2010, derivanti dalla presente legge, si fa fronte con le quote di stanziamento ancora disponibili sulle UPB 25105 e 25210 del bilancio provinciale 2010, autorizzate per gli interventi di cui alla legge provinciale abrogata dall'articolo 36, lettera b).

(2) La spesa a carico dei successivi esercizi finanziari è stabilita con la legge finanziaria annuale.

Art. 38 (Entrata in vigore)

(1) La presente legge entra in vigore il 60.mo giorno successivo alla sua pubblicazione nel Bollettino Ufficiale della Regione.

La presente legge sarà pubblicata nel Bollettino Ufficiale della Regione. È fatto obbligo a chiunque spetti di osservarla e di farla osservare come legge della Provincia.

Allegato A

Elenco delle specie animali selvatiche protette di cui all'articolo 4
(le specie da tutelare in base agli allegati II e IV della direttiva habitat nonché le famiglie che includono una tale specie sono contraddistinte con un *)

- a) Mammiferi (Mammalia):
 - 1) Talpa europea (Talpa europea).
- b) Rettili (Reptilia):
 - 1) Lacertidi (Lacertidae): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano*,
 - 2) Orbettino (Anguis fragilis),
 - 3) Serpenti (Serpentes): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano*.
- c) Anfibi (Amphibia):
 - 1) Rane (Rana, Hyla): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano*,
 - 2) Rospi (Bufonidae): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano*,
 - 3) Ululoni (Bombina): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano*,
 - 4) Salamandridi (Salamandridae): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano*,
 - 5) Tritoni (Triturus): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano*.
- d) Molluschi (Mollusca):
 - 1) Vertigo angustior (Vertigo angustior)*,
 - 2) Vertigo genesii (Vertigo genesii)*,
 - 3) Vertigo geyeri (Vertigo geyeri)*,
 - 4) Vertigo moulinsiana (Vertigo moulinsiana)*,
 - 5) Unione (Unionidae)*.
- e) Insetti (Hexapoda):
 - 1) Libellule (Odonata): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano;
 - 2) Saltatoria (Saltatoria):
 - Chrysochiron dispar (Chrysochiron dispar),
 - Epacromius teregestinus (Epacromius teregestinus),
 - Oedalus decorus (Oedalus decorus),
 - Oedipoda germanica (Oedipoda germanica),
 - Parapleurus alliaceus (Parapleurus alliaceus),
 - Ruspolia nitidula (Ruspolia nitidula),
 - Sphingonotus caeruleus (Sphingonotus caeruleus),
 - Stethophyma grossum (Stethophyma grossum),
 - Tetrax tuerki (Tetrax tuerki),
 - Tettigonia caudata (Tettigonia caudata);
 - 3) Coleotteri (Coleoptera):
 - Cerambice della quercia (Cerambyx cerdo)*,
 - Idrofilo (Hydrophilus spp.),
 - Cervo volante (Lucanus cervus)*,
 - Meloe spp.: tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano,
 - Eremita odoroso (Osmoderma eremita)*,
 - Rosalia delle alpi (Rosalia alpina)*;
 - 4) Farfalle (Lepidoptera):
 - Apatura (Apatura spp.): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano,
 - Boloria dia (Boloria dia),
 - Boloria eunomia (Boloria eunomia),

- *Brenthis ino* (*Brenthis ino*),
- *Callimorpha quadripuncta* (*Callimorpha quadripuncta*)*,
- *Catocala* (*Catocala* spp.): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano,
- *Chazara briseis* (*Chazara briseis*),
- *Coenonympha glycerion* (*Coenonympha glycerion*),
- *Colias palaeno* (*Colias palaeno*),
- *Erebia* (*Erebia triarius*),
- *Eriogaster catax* (*Eriogaster catax*)*,
- *Euphydryas aurinia* (*Euphydryas aurinia*)*,
- *Heteropterus morpheus* (*Heteropterus morpheus*),
- *Hipparchia fagi* (*Hipparchia fagi*),
- *Hyles hippophaes* (*Hyles hippophaes*)*,
- *Iphiclides podalirius* (*Iphiclides podalirius*),
- *Libythea celtis* (*Libythea celtis*),
- *Limenitis* (*Limenitis* spp.): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano,
- *Lopinga achine* (*Lopinga achine*)*,
- *Lycaena alciphron* (*Lycaena alciphron*),
- *Lycaena dispar* (*Lycaena dispar*)*,
- *Lycaena helle* (*Lycaena helle*)*,
- *Lycaena tityrus* (*Lycaena tityrus*),
- *Maculinea arion* (*Maculinea arion*)*,
- *Melitaea deione* (*Melitaea deione*),
- *Melitaea diamina* (*Melitaea diamina*),
- *Melitaea didyma* (*Melitaea didyma*),
- *Melitaea phoebe* (*Melitaea phoebe*),
- *Neptis rivularis* (*Neptis rivularis*),
- *Apollo* (*Parnassius apollo*)*,
- *Mnemosyne* (*Parnassius mnemosyne*)*,
- *Parnassius phoebus* (*Parnassius phoebus*),
- *Plebeius trappi* (*Plebeius trappi*),
- *Polyommatus damon* (*Polyommatus damon*),
- *Proserpina* (*Proserpinus proserpina*)*,
- *Pyronia tithonus* (*Pyronia tithonus*),
- *Satyrium acaciae* (*Satyrium acaciae*),
- *Satyrium w-album* (*Satyrium w-album*),
- *Tymelicus acteon* (*Tymelicus acteon*),
- *Zerynthia polyxena* (*Zerynthia polyxena*)*.

Allegato B

Elenco delle specie vegetali integralmente protette di cui all'articolo 7
(le specie da tutelare in base alla direttiva habitat nonché le famiglie che includono una tale specie sono contraddistinte con un *)

a) Angiosperme (Angiospermae):

- 1) *Achillea gialla* (*Achillea tomentosa*),
- 2) *Andromeda* (*Andromeda polifonia*),
- 3) *Androsace* (*Androsace* spp.): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano,
- 4) *Aquilegia di Einsele* (*Aquilegia einseleana*),
- 5) *Spillone alpino* (*Armeria alpina*),
- 6) *Artemisia lucida* (*Artemisia nitida*),
- 7) *Astragalo acaule* (*Astragalus exscapus*),
- 8) *Astragalo vesicoso* (*Astragalus vesicarius*),
- 9) *Bombicilena, Bambagia* (*Bombycilaena erecta*),
- 10) *Butomo, Giunco fiorito* (*Butomus umbellatus*),
- 11) *Campanula di Moretti* (*Campanula morettiana*)*,
- 12) *Campanula gialla* (*Campanula thyrsoides*),
- 13) *Carice ravvicinata* (*Carex appropinquata*),
- 14) *Carice capitata* (*Carex capitata*),
- 15) *Carice a lunghi stoloni* (*Carex chordorrhiza*),
- 16) *Carice distica* (*Carex disticha*),
- 17) *Carice delle torbiere* (*Carex heleonastes*),
- 18) *Carice giunchifoglia* (*Carex marittima*),
- 19) *Carice punteggiata* (*Carex punctata*),
- 20) *Carice a foglie sottili* (*Carex stenophylla*),
- 21) *Carice guainata* (*Carex vaginata*),
- 22) *Centauro* (*Centaurium* spp.): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano,
- 23) *Centranfo a foglie strette* (*Centranthus angustifolius*),
- 24) *Erba-vajola* (*Cerinthe* spp.): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano,
- 25) *Cicuta acquatica* (*Cicuta virosa*),
- 26) *Crisopogone grillo, Barba dorata* (*Chrysopogon gryllus*),
- 27) *Ciclamino delle Alpi* (*Cyclamen purpurascens*),
- 28) *Dafne* (*Daphne* spp.): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano,
- 29) *Garofano* (*Dianthus* spp.): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano,
- 30) *Dittamo, Limonella* (*Dictamnus albus*),
- 31) *Dracocefalo* (*Dracocephalum* spp.): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano*,
- 32) *Drosera* (*Drosera* spp.): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano,

- 33) Efedra elvetica (*Ephedra helvetica*),
 - 34) Erioforo gracile (*Eriophorum gracile*),
 - 35) Eritrichio nano (*Eritrichium nanum*),
 - 36) Cipollaccio (*Gagea* spp.): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano,
 - 37) Genziana e genzianella (*Gentiana* spp., *Gentianella* spp., *Gentianopsis ciliata*, *Comastoma* spp.): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano,
 - 38) Graziella (*Gratiola officinalis*),
 - 39) Sedano d'acqua (*Heliosciadium nodiflorum*),
 - 40) Erba sacra odorosa (*Hierochloe odorata*),
 - 41) Agrifoglio europeo (*Ilex aquifolium*),
 - 42) Enula laurentiana (*Inula britannica*),
 - 43) Giaggiolo acquatico (*Iris pseudacorus*),
 - 44) Giaggiolo siberiano (*Iris sibirica*),
 - 45) Stella alpina (*Leontopodium alpinum*),
 - 46) Campanellino di primavera (*Leucorum vernum*),
 - 47) Giglio rosso (*Lilium bulbiferum*),
 - 48) Giglio martagone (*Lilium martagon*),
 - 49) Ginestrino glabro (*Lotus tenuis*),
 - 50) Miricaria alpina, Tamerice alpina (*Myricaria germanica*),
 - 51) Ninfea gialla (*Nuphar luteum*),
 - 52) Ninfea bianca (*Nymphaea alba*),
 - 53) Onosma elvetica di Trento (*Onosma helveticum* subsp. *tridentinum*),
 - 54) Orchidee (*Orchidaceae*): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano*,
 - 55) Orlaia a fiori grandi (*Orlaya grandiflora*),
 - 56) Succiamele (*Orobanchae* spp., *Phelipanche* spp.): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano,
 - 57) Paradisia, Giglio di monte (*Paradisea liliastrum*),
 - 58) Pedicolare di Hacquet (*Pedicularis hacquetii*),
 - 59) Raponzolo chiomoso (*Physoplexis comosa*)*,
 - 60) Primula (*Primula* spp.): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano, inclusa la Cortusa di Mattioli (*Primula (=Corthusa) matthioli*), ad eccezione di Primula maggiore (*Primula elatior*) e Primula odorata (*Primula veris*),
 - 61) Prunella laciniata (*Prunella laciniata*),
 - 62) Pulsatilla (*Pulsatilla* spp.): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano,
 - 63) Ranuncolo delle canne (*Ranunculus lingua*),
 - 64) Rapontico membranoso (*Rhaponticum scariosum*),
 - 65) Rincospora (*Rhynchospora* spp.): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano,
 - 66) Sassifraga (*Saxifraga* spp.): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano*,
 - 67) Scheuchzeria (*Scheuchzeria palustris*),
 - 68) Coltellaccio (*Sparganium* spp.): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano,
 - 69) Genzianella stellata (*Swertia perennis*),
 - 70) Telefio d'Imperato (*Telephium imperati*),
 - 71) Tozzia (*Tozzia alpina*),
 - 72) Tricoforo minore (*Trichophorum pumilum*)
 - 73) Trifoglio dei greti (*Trifolium saxatile*)*,
 - 74) Tifa (*Typha* spp.): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano,
 - 75) Mirtillo palustre (*Vaccinium oxycoccus* agg.),
 - 76) Veronica maggiore (*Veronica teucrium*).
- b) Felci (*Pteridophyta*)
- 1) Capelvenere (*Adiantum capillus-veneris*),
 - 2) Botrichio (*Botrychium* spp.): tutte le specie autoctone nel territorio della provincia di Bolzano.
 - 3) Ofioglosso comune (*Ophioglossum vulgatum*),
 - 4) Woodsia pelosa (*Woodsia ilvensis*).
- c) Muschi (*Bryophyta*)
- 1) Buxbaumia viridis (*Buxbaumia viridis*)*,
 - 2) Drepanocladus vernicosus (*Drepanocladus vernicosus*)*,
 - 3) Mannia triandra (*Mannia triandra*)*,
 - 4) Meesia longiseta (*Meesia longiseta*)*.

Allegato C

Elenco delle specie vegetali a diffusione spontanea parzialmente protette, che possono essere raccolte per uso proprio, ai sensi dell'articolo 8, comma 5

- 1) Millefoglio comune (*Achillea millefolium*): pianta tranne le radici,
- 2) Ventagliana (*Alchemilla* spp.): pianta tranne le radici,
- 3) Uva orsina (*Arctostaphylos uva-ursi*): foglie,
- 4) Betulla verrucosa: (*Betula pendula*): foglie,
- 5) Luppolo comune (*Humulus lupulus*): germogli,
- 6) Iperico perforato, Erba di San Giovanni comune (*Hypericum perforatum*): pianta tranne le radici,

- 7) Lamio bianco (*Lamium album*),
- 8) Lampone (*Rubus idaeus*): foglie,
- 9) Sambuco nero (*Sambucus nigra*): fiori,
- 10) Silene rigonfia (*Silene vulgaris*),
- 11) Tarassaco comune (*Taraxacum officinale*): pianta intera con rosetta di foglie,
- 12) Tiglio (*Tilia* spp.): fiori,
- 13) Tussilagine (*Tussilago farfara*): fiori e foglie,
- 14) Ortica dioica (*Urtica dioica*): pianta tranne le radici,
- 15) Valerianella comune (*Valerianella locusta*): rosetta di foglie.

Allegato D

Siti di importanza comunitaria di cui alla direttiva 92/43/CEE del Consiglio del 21 maggio 1992, ai sensi dell'articolo 20

Biotopo Vegetazione steppica Tartscher Leiten (Cod. IT3110001);
Biotopo Ontaneto di Sluderno (Cod. IT3110002);
Biotopo Ontaneto di Cengles (Cod. IT3110004);
Biotopo Ontaneto di Oris (Cod. IT3110005);
Biotopo Vegetazione steppica Sonnenberg (Cod. IT3110010);
Val di Fosse nel Parco Naturale Gruppo di Tessa (Cod. IT3110011);
Lacines - Catena del Monteneve nel Parco Naturale Gruppo di Tessa (Cod. IT3110012);
Biotopo Delta del Valsura (Cod. IT3110013);
Biotopo Gisser Auen (Cod. IT3110014);
Biotopo Hühnerspiel (Cod. IT3110015);
Biotopo Wiesermoos (Cod. IT3110016);
Parco Naturale Vedrette di Ries-Aurina (Cod. IT3110017);
Biotopo Ontaneti dell'Aurino (Cod. IT3110018);
Biotopo Rasner Möser (Cod. IT3110019);
Biotopo Monte Covolo - Alpe di Nemes (Cod. IT3110020);
Biotopo Ontaneto della Rienza - Dobbiaco (Cod. IT3110022);
Valle di Funes - Sas de Putia - Rasciesa nel Parco Naturale di Puez-Odle (Cod. IT3110026);
Gardena - Valle Lunga - Puez nel Parco Naturale di Puez-Odle (Cod. IT3110027);
Parco Naturale Sciliar-Catinaccio (Cod. IT3110029);
Biotopo Torbiera Totes Moos (Cod. IT3110030);
Biotopo Torbiera Wölfl (Cod. IT3110031);
Biotopo Torbiera Tschingger (Cod. IT3110032);
Biotopo Buche di ghiaccio (Cod. IT3110033);
Biotopo Lago di Caldaro (Cod. IT3110034);
Biotopo Castelfeder (Cod. IT3110035);
Parco Naturale Monte Corno (Cod. IT3110036);
Biotopo Lago di Favogna (Cod. IT3110037);
Ultimo - Solda nel Parco Nazionale dello Stelvio (Cod. IT3110038);
Ortles - Monte Madaccio nel Parco Nazionale dello Stelvio (Cod. IT3110039);
Alpe di Cavallaccio nel Parco Nazionale dello Stelvio (Cod. IT3110040);
Jaggl sul Passo Resia (Cod. IT3110041);
Prati aridi rocciosi di Agumes (Cod. IT3110042);
Prati aridi rocciosi di Sant'Ottilia (Cod. IT3110043);

Vegetazione steppica Schlanderser Leiten (Cod. IT3110044);
Vegetazione steppica Kortscher Leiten (Cod. IT 3110045);
Biotopo Palude della Volpe (Cod. IT3110046);
Prati dell'Armentara (Cod. IT3110048);
Parco Naturale Fanes-Senes-Braies (Cod. IT3110049);
Parco Naturale Dolomiti di Sesto (Cod. IT3110050);
Biotopo Ahrau di Stegona (Cod. IT3110051).

Allegato E

Zone di protezione speciale per gli uccelli di cui alla direttiva 2009/147/CE del Parlamento europeo e del Consiglio del 30 novembre 2009, ai sensi dell'articolo 20

Biotopo Ontaneto di Sluderno (Cod. IT3110002);
Biotopo Vegetazione steppica Sonnenberg (Cod. IT3110010);
Val di Fosse nel Parco Naturale Gruppo di Tessa (Cod. IT3110011);
Lacines – Catena del Monteneve nel Parco Naturale Gruppo di Tessa (Cod. IT3110012);
Biotopo Delta del Valsura (Cod. IT3110013);
Parco Naturale Vedrette di Ries-Aurina (Cod. IT3110017);
Biotopo Ontaneti dell'Aurino (Cod. IT3110018);
Valle di Funes – Sas de Putia –Rasciesa nel Parco Naturale Puez Odle (Cod. IT3110026);
Parco Naturale Sciliar-Catinaccio (Cod. IT3110029);
Biotopo Lago di Caldaro (Cod. IT3110034);
Parco Naturale Monte Corno (Cod. IT3110036);
Ultimo – Solda nel Parco Nazionale dello Stelvio (Cod. IT3110038);
Ortles – Monte Madaccio nel Parco Nazionale dello Stelvio (Cod. IT3110039);
Alpe di Cavallaccio nel Parco Nazionale dello Stelvio (Cod. IT3110040);
Parco Naturale Fanes-Senes-Braies (Cod. IT3110049);
Parco Naturale Dolomiti di Sesto (Cod. IT3110050);
Biotopo Ahrau di Stegona (Cod. IT3110051).

Allegato F

Documentazione da presentare ai fini della valutazione d'incidenza ai sensi dell'articolo 22

- 1) Piani:
 - a) localizzazione dei siti interessati e descrizione del loro stato di protezione in riferimento a Rete natura 2000;
 - b) descrizione delle caratteristiche e contenuti del Piano che può influire sul regime di salvaguardia dei siti Natura 2000;
 - c) individuazione di eventuali punti di conflitto e relative conseguenze tra i contenuti/obiettivi del Piano e le finalità di conservazione di Rete natura 2000;
 - d) individuazione delle azioni volte alla soluzione di eventuali conflitti (eventuali misure di compensazione) e, in ogni caso, tese alla salvaguardia e alla valorizzazione degli habitat e delle specie contenute nei siti.
- 2) Progetti:
 - a) descrizione sintetica delle caratteristiche tecniche e fisiche del progetto;
 - b) descrizione delle attività connesse alla realizzazione del progetto (fase di cantiere, depositi materiali, etc);
 - c) motivazioni che rendono necessaria la realizzazione del progetto (indicazione di possibili alternative);
 - d) indicazione del sito Natura 2000 o della zona in posizione limitrofa rispetto all'area vincolata interessata dall'intervento;

- e) indicazione degli habitat e specie floristiche, faunistiche (alla base dell'individuazione del sito) interessate dall'intervento;
- f) in caso di non interferenza: scheda sintetica che certifichi la non interferenza con habitat e specie per cui è stato designato il sito;
- g) in caso di interferenza: descrizione delle misure progettuali e dei provvedimenti che si intendono adottare per contenere l'impatto sull'ambiente naturale sia in fase di realizzazione che in fase di esercizio; descrizione degli interventi tesi a riequilibrare eventuali scompensi (misure di mitigazione).

d) Landesgesetz vom 13. Oktober 2017, Nr. 17 ¹⁾

Umweltprüfung für Pläne, Programme und Projekte

1)Kundgemacht im Beiblatt 3 zum Amtsblatt vom 17. Oktober 2017, Nr. 42.

1. TITEL

GEMEINSAME BESTIMMUNGEN UND GRUNDPRINZIPIEN

Art. 1 (Ziele)

(1) Mit diesem Gesetz werden folgende Bestimmungen umgesetzt und durchgeführt:

- a) die Richtlinie 2001/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2001 über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme,
- b) die Richtlinie 2011/92/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten, in geltender Fassung,
- c) die Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 über Industrieemissionen (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung),
- d) der 2. Teil des gesetzesvertretenden Dekretes vom 3. April 2006, Nr. 152, in geltender Fassung.

(2) Sofern nicht vom 2., 3. oder 4. Titel dieses Gesetzes geregelt, finden, soweit vereinbar, die Bestimmungen des 1. und 2. Teils des gesetzesvertretenden Dekretes vom 3. April 2006, Nr. 152, in geltender Fassung, Anwendung.

(3) Dieses Gesetz regelt auch das Sammelgenehmigungsverfahren für Projekte, die nicht der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) oder der integrierten Umweltermächtigung unterliegen, aber für welche mehr als zwei Genehmigungen, Ermächtigungen oder Gutachten im Umweltbereich von Seiten der Landesverwaltung erforderlich sind.

Art. 2 (Umweltbeirat)

(1) Der Umweltbeirat ist ein technisches Beratungsorgan der Landesregierung für die Bewertung von Plänen und Programmen, die der strategischen Umweltprüfung (SUP) unterzogen werden sowie von Projekten, die der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) unterzogen werden, und ist auch Entscheidungsorgan bei Rekursen in den von den Landesbestimmungen vorgesehenen Fällen. Aufrecht bleiben die von der Landesgesetzgebung vorgesehenen Zuständigkeiten.

(2) Der Umweltbeirat ist zusammengesetzt aus:

- a) dem Direktor/der Direktorin der Landesumweltagentur (Agentur), welcher oder welche den Vorsitz übernimmt,
- b) einem/einer Sachverständigen im Bereich öffentliche Hygiene und Gesundheit, namhaft gemacht vom Direktor oder der Direktorin der zuständigen Abteilung,
- c) einem/einer Sachverständigen im Bereich Landschafts- und Naturschutz, namhaft gemacht vom Direktor oder der Direktorin der zuständigen Abteilung,
- d) einem/einer Sachverständigen im Bereich Gewässerschutz, namhaft gemacht vom Direktor oder der Direktorin der zuständigen Abteilung,
- e) einem/einer Sachverständigen im Bereich Luftreinhaltung und Lärmschutz, namhaft gemacht vom Direktor oder der Direktorin der zuständigen Abteilung,
- f) einem/einer Sachverständigen im Bereich Raumplanung, namhaft gemacht vom Direktor oder der Direktorin der zuständigen Abteilung,
- g) zwei Sachverständigen auf dem Gebiet des Natur- und Umweltschutzes, die vom oder von der für Umweltschutz zuständigen Landesrat oder Landesrätin aus einem Sechservorschlag der auf Landesebene repräsentativsten Umweltschutzverbänden, namhaft gemacht werden; der Vorschlag soll paritätisch in Bezug auf das Geschlecht und auf die beiden stärksten Sprachgruppen sein.

(3) Für jedes Mitglied des Umweltbeirates wird ein Ersatzmitglied ernannt, welches das wirkliche Mitglied bei Abwesenheit oder Verhinderung vertritt. Der Umweltbeirat ist beschlussfähig, wenn zwei Drittel der Mitglieder anwesend sind.

(4) Die Entscheidungen des Umweltbeirates erfolgen mit Mehrheitsbeschluss der Anwesenden. Die Entscheidungen des Umweltbeirates werden klar und analytisch ausgedrückt und geben an, ob sie sich auf eine rechtliche Bestimmung oder andere allgemeine Verwaltungsakte stützen oder ob es sich um eine Ermessensmaßnahme zum besten Schutz des öffentlichen Interesses handelt.

(5) Die Landesregierung ernennt die Mitglieder des Umweltbeirates.

(6) Der Umweltbeirat bleibt für die Dauer der Legislaturperiode im Amt.

(7) An den Sitzungen des Umweltbeirates nehmen mit Stimmrecht fallweise auch Vertreter und Vertreterinnen der für den Erlass von Ermächtigungen oder Gutachten zu den einzelnen Projekten zuständigen Landesämter teil, die nicht bereits Mitglieder des Umweltbeirates gemäß Absatz 2 sind; sie werden auf der Grundlage der von den geltenden Bestimmungen in den Fachbereichen laut Artikel 4 Absatz 1 zugewiesenen Zuständigkeiten ausgewählt. [2\)](#)

2)Art. 2 Absatz 7 wurde so ersetzt durch Art. 16 Absatz 1 des [L.G. vom 27. März 2020, Nr. 2](#).

Art. 3 (Arbeitsgruppe im Umweltbereich)

(1) Die Arbeitsgruppe im Umweltbereich (Arbeitsgruppe) spricht sich über die Vollständigkeit und Eignung der Unterlagen für die SUP und die UVP aus, erstellt den Untersuchungsbericht für die Pläne und Programme, die der SUP unterliegen und für die Projekte, die der UVP unterliegen und führt die umwelttechnische Bauabnahme durch. Sie ist zusammengesetzt aus:

- a) einer Person, die das Landesamt für Umweltverträglichkeitsprüfung vertritt und die Arbeitsgruppe koordiniert,
- b) weiteren internen Sachverständigen je nach Plan, Programm oder Projekttyp, welche die Verwaltungsstrukturen mit Zuständigkeiten im Umweltbereich vertreten.

(2) Der/Die Vorsitzende des Umweltbeirates ernennt die Arbeitsgruppe spezifisch für jeden Plan, jedes Programm oder jedes Projekt.

Art. 4 (Dienststellenkonferenz für den Umweltbereich)

(1) Die Dienststellenkonferenz für den Umweltbereich (Dienststellenkonferenz) erstellt Gutachten und erlässt Ermächtigungen im Bereich Umweltschutz auf folgenden Sachgebieten:

- a) Gewässerschutz,
- b) Luftreinhaltung und Lärmschutz,
- c) Abfallbewirtschaftung und Bodenschutz,
- d) Natur- und Landschaftsschutz,
- e) Schutz der Wasserlebensräume,
- f) Gewässernutzung,
- g) forstlich-hydrogeologische Nutzungsbeschränkungen.

(2) Die Dienststellenkonferenz wird vom/von der Vorsitzenden des Umweltbeirates geleitet. An dieser nehmen die Vertreter und Vertreterinnen der Landesämter teil, die von Fall zu Fall eingeladen werden, um sich zu den einzelnen Projekten gemäß den ihnen von den Bestimmungen in den Fachbereichen laut Absatz 1 zugewiesenen Zuständigkeiten auszusprechen. Die Ablehnung des Projektes durch ein oder mehrere Ämter muss, bei sonstiger Unzulässigkeit, in der Dienststellenkonferenz kundgetan und angemessen begründet werden. Die Entscheidungen der Dienststellenkonferenz werden klar und analytisch ausgedrückt und geben an, ob sie sich auf eine rechtliche Bestimmung oder andere allgemeine Verwaltungsakte stützen oder ob es sich um eine Ermessensmaßnahme zum besten Schutz des öffentlichen Interesses handelt.

Art. 5 (Gemeinsame Bestimmungen zu den Umweltprüfungsverfahren)

(1) Die für die Einleitung des Umweltprüfungsverfahrens zuständige Behörde bestimmt die Formate der Anträge auf Umweltprüfung und der Unterlagen sowie die Modalitäten für die Antragseinreichung.

(2) Die für die Ausstellung der Umweltprüfung zuständige Behörde (zuständige Behörde) kann, unter Einhaltung der für die öffentlichen Konsultationen festgelegten Mindestfristen, im Rahmen der in der Folge geregelten Verfahren, Vereinbarungen mit dem Projektträger oder der beantragenden Behörde und den anderen betroffenen öffentlichen Verwaltungen treffen, um die Abwicklung der Tätigkeiten von gemeinsamem Interesse einfacher und effizienter zu gestalten.

(3) Zur Wahrung von Industrie- oder Wirtschaftsgeheimnissen kann der Projektträger bei der zuständigen Behörde einen begründeten Antrag stellen, dass bestimmte Unterlagen zum Projekt, zur Umwelt-Vorstudie, zur Umweltverträglichkeitsstudie oder zum integrierten Umweltbericht nicht veröffentlicht werden. Nach Prüfung der Begründungen des Projektträgers und nach Abwägung des Interesses des Datenschutzes mit dem öffentlichen Interesse des Zugangs zu den Informationen, genehmigt die zuständige Behörde den Antrag oder lehnt diesen mit Begründung ab. Die zuständige Behörde verfügt in jedem Fall auch über die geschützten Daten und ist verpflichtet, die geltenden Bestimmungen in diesem Bereich einzuhalten. Wird der Antrag angenommen, legt der Projektträger eine eigene für die Veröffentlichung bestimmte Beschreibung der nicht veröffentlichten Unterlagen bei.

2. TITEL STRATEGISCHE UMWELTPRÜFUNG (SUP)

Art. 6 (Anwendungsbereich)

(1) Gemäß den Bestimmungen dieses Titels werden der SUP alle Pläne und Programme unterzogen,

- a) die in den Bereichen Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei, Energie, Industrie, Verkehr, Abfallwirtschaft, Wasserwirtschaft, Beurteilung und Kontrolle der Luftqualität, Telekommunikation, Fremdenverkehr, Raumordnung oder Bodennutzung ausgearbeitet werden und die den Rahmen für die künftige Genehmigung von Projekten laut Anhang A bilden, oder
- b) bei denen eine Verträglichkeitsprüfung nach Artikel 6 oder 7 der Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen erforderlich ist.

(2) Für geringfügige Änderungen von Plänen und Programmen laut Absatz 1 ist eine Umweltprüfung dann notwendig, wenn die zuständige Behörde nach Feststellung der SUP-Pflicht und unter Berücksichtigung der Umweltsensibilität des jeweiligen Planungsraumes feststellt, dass erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt zu erwarten sind.

(3) Die zuständige Behörde bewertet durch das Verfahren zur Feststellung der SUP-Pflicht, ob andere Pläne und Programme als jene laut Absatz 1, die den Rahmen für die künftige Genehmigung von Projekten bilden, erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt haben können.

(4) Das Land ist für die Feststellung der SUP-Pflicht und für die SUP der Landesplanungsinstrumente sowie für die Änderungen auf Landesinitiative an den gemeindlichen und übergemeindlichen Planungsinstrumenten zuständig. Die Gemeinden sind für die Feststellung der SUP-Pflicht und für die SUP der Planungsinstrumente der Gemeinden und der übergemeindlichen Planungsinstrumente zuständig, auf der Grundlage der von den Landesraumordnungsbestimmungen vorgesehenen Verfahren und unter Einhaltung der Fristen und der Veröffentlichungspflichten laut den Artikeln von 7 bis 13. [3\)](#)

3)Art. 6 Absatz 4 wurde so geändert durch Art. 16 Absatz 2 des [L.G. vom 27. März 2020, Nr. 2](#).

Art. 7 (Feststellung der SUP-Pflicht für Pläne und Programme im Zuständigkeitsbereich des Landes)

(1) Für Pläne und Programme im Zuständigkeitsbereich des Landes verfasst die beantragende Behörde oder der Projektträger einen Vorbericht über die durch die Realisierung des Plans oder Projektes hervorgerufenen Umweltauswirkungen und übermittelt ihn der Agentur; dieser Vorbericht umfasst eine Beschreibung des Planes oder Programms und die notwendigen Informationen und Daten zur Überprüfung der erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt, wobei die Kriterien des Anhangs II der Richtlinie 2001/42/EG berücksichtigt werden.

(2) Die Agentur legt die zu konsultierenden, im Umweltbereich zuständigen Subjekte fest und übermittelt ihnen den Vorbericht, um ihr Gutachten einzuholen. Das Gutachten wird innerhalb von 30 Tagen der Agentur und der beantragenden Behörde übermittelt. [4\)](#)

(3) Die Agentur erlässt innerhalb von 90 Tagen ab Übermittlung der Unterlagen laut Absatz 1, auf der Grundlage der Kriterien laut Anhang II der Richtlinie 2001/42/EG und unter Berücksichtigung der erhaltenen Gutachten, die Maßnahme zur Feststellung der SUP-Pflicht und entscheidet, ob der Plan oder das Programm der SUP unterliegt oder nicht und erlässt, falls notwendig, die entsprechenden Vorschriften. [5\)](#)

4) Art. 7 Absatz 2 wurde zuerst ersetzt durch Art. 22 Absatz 1 des [L.G. vom 11. Juli 2018, Nr. 10](#), uns später so geändert durch Art. 16 Absatz 3 des [L.G. vom 27. März 2020, Nr. 2](#).

5) Art. 7 Absatz 3 wurde so ersetzt durch Art. 16 Absatz 4 des [L.G. vom 27. März 2020, Nr. 2](#).

Art. 8 (Veröffentlichung der Entscheidung über die SUP-Pflicht im Zuständigkeitsbereich des Landes)

(1) Das Ergebnis der Feststellung der SUP-Pflicht und die entsprechenden Begründungen für Pläne und Programme im Zuständigkeitsbereich des Landes werden auf der Website der Agentur veröffentlicht.

Art. 9 (Vorbereitende Phase der SUP für Pläne und Programme im Zuständigkeitsbereich des Landes)

(1) Für die vorbereitende Phase zur Bestimmung der Inhalte des Umweltberichtes für Pläne und Programme im Zuständigkeitsbereich des Landes erstellt die beantragende Behörde oder der Projektträger einen Vorbericht mit folgenden Inhalten:

- a) Angaben zum spezifischen Plan oder Programm, die erforderlich sind, um die möglichen erheblichen Umweltauswirkungen bei dessen Umsetzung festzustellen,
- b) Kriterien für die Ausrichtung des Umweltberichtes.

(2) Der/Die Vorsitzende des Umweltbeirates ernennt die Arbeitsgruppe gemäß Artikel 3.

(3) Auf der Grundlage des Vorberichtes konsultiert die beantragende Behörde oder der Projektträger die Arbeitsgruppe, um den Rahmen und den Detaillierungsgrad der Informationen für den Umweltbericht zu bestimmen.

(4) Die Konsultationen werden innerhalb von 90 Tagen ab Einreichen des Vorberichtes abgeschlossen.

(5) Die beantragende Behörde oder der Projektträger arbeitet den Umweltbericht auf der Grundlage der Konsultationen aus.

Art. 10 (Umweltbericht)

(1) Im Umweltbericht werden die erheblichen, durch die Umsetzung des Planes oder Programms zu erwartenden Auswirkungen auf die Umwelt ermittelt, beschrieben und bewertet sowie vernünftige Alternativen,

die die Ziele und den geographischen Umsetzungsbereich des Planes oder Programms berücksichtigen. Um doppelte Bewertungen zu vermeiden, können zutreffende, bereits durchgeführte Untersuchungen und Informationen verwendet werden, die auf anderen Entscheidungsebenen oder in Anwendung anderer gesetzlicher Bestimmungen durchgeführt oder eingeholt wurden.

(2) Der Umweltbericht enthält die Angaben, die vernünftigerweise verlangt werden können, auf der Grundlage des gegenwärtigen Wissensstandes und aktueller Prüfmethode, des Inhaltes und Detaillierungsgrades des Planes oder des Programms, der Phase des Entscheidungsprozesses sowie des Ausmaßes, mit welchem bestimmte Aspekte in anderen Phasen dieses Prozesses besser geprüft werden können.

(3) Die Angaben, die in den Umweltbericht einzufügen sind, sind in Anhang I der Richtlinie 2001/42/EG festgelegt.

Art. 11 (Konsultationen und Bewertungen für Pläne und Programme im Zuständigkeitsbereich des Landes)

(1) Für Pläne und Programme im Zuständigkeitsbereich des Landes übermittelt die beantragende Behörde oder der Projektträger der Agentur den Entwurf des Planes oder Programms, den Umweltbericht und eine in deutscher und italienischer Sprache verfasste nichttechnische Zusammenfassung.

(2) Gleichzeitig mit der Übermittlung laut Absatz 1 veröffentlichen die beantragende Behörde oder der Projektträger und die Agentur auf ihrer Website einen Hinweis mit folgenden Inhalten: Titel des Plan- oder Programmwurfs, Angabe des Projektträgers, der beantragenden Behörde und der Stelle, wo der Plan oder das Programm, der Umweltbericht und die nichttechnische Zusammenfassung zur öffentlichen Einsichtnahme aufliegen und wo Stellungnahmen eingebracht werden können.

(3) Innerhalb von 60 Tagen ab dem Datum der Veröffentlichung des Hinweises laut Absatz 2 können alle Interessierten in den Plan oder das Programm und den entsprechenden Umweltbericht Einsicht nehmen, ihre schriftliche Stellungnahme abgeben und auch neue oder zusätzliche Erkenntnisse und Bewertungen liefern.

(4) Binnen zehn Tagen ab Ablauf der in Absatz 3 genannten Frist übermitteln die Behörden, bei denen sich die Stellen laut Absatz 2 befinden, der Agentur die von den Interessierten und den Gemeinden während der Veröffentlichungsfrist eingereichten Stellungnahmen, Vorschläge und Gutachten.

(5) Die Arbeitsgruppe verfasst den Untersuchungsbericht, äußert sich über die Vollständigkeit und Eignung der Unterlagen sowie über die Stellungnahmen, die innerhalb von 60 Tagen ab dem letzten für das Einreichen der Stellungnahmen der Öffentlichkeit vorgesehenen Termin eingelangt sind.

(6) Der Umweltbeirat erlässt innerhalb von 90 Tagen ab dem letzten Termin für das Einreichen von Stellungnahmen der Öffentlichkeit ein begründetes Gutachten über die voraussehbaren Umweltauswirkungen des Plans oder Programms und berücksichtigt dabei den Untersuchungsbericht der Arbeitsgruppe und die eingegangenen Stellungnahmen.

(7) Im Sinne der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und der Vereinfachung werden die eventuell von den geltenden Bestimmungen für bestimmte Pläne und Programme vorgesehenen Verfahren für die Hinterlegung, Veröffentlichung und Öffentlichkeitsbeteiligung mit jenen dieses Artikels koordiniert, um doppelte Verfahren zu vermeiden und die Einhaltung der Fristen laut den Absätzen 3 und 6 zu gewährleisten.

Art. 12 (Anpassung des Planes oder Programms)

(1) Die für die Umsetzung oder Genehmigung des Planes oder Programms zuständige Behörde berücksichtigt das begründete Gutachten sowie die eingegangenen Stellungnahmen und Vorschläge und sorgt für die eventuell notwendigen Anpassungen des Planes oder Programms.

Art. 13 (Bekanntmachung der Entscheidung)

(1) Die für die Umsetzung oder Genehmigung des Planes oder Programms zuständige Behörde veröffentlicht auf ihrer Website:

- a) den umgesetzten oder genehmigten Plan bzw. das umgesetzte oder genehmigte Programm,
- b) das begründete Gutachten des Umweltbeirates,
- c) eine zusammenfassende Erklärung der beantragenden Behörde in italienischer und deutscher Sprache, wie Umwelterwägungen in den Plan oder das Programm einbezogen wurden, wie der Umweltbericht und die Ergebnisse der geführten Konsultationen berücksichtigt wurden, samt Angabe der Begründungen für die Wahl dieses Plans oder Programms vor dem Hintergrund der möglichen und ausgewählten Alternativen,
- d) die zur Überwachung laut Artikel 14 getroffenen Maßnahmen.

Art. 14 (Überwachung)

(1) Die Überwachung gewährleistet die Kontrolle der erheblichen Umweltauswirkungen, die durch die Umsetzung der genehmigten Pläne oder Programme entstehen sowie die Prüfung, ob die festgelegten Nachhaltigkeitsziele erreicht wurden, um unvorhersehbare negative Auswirkungen frühzeitig zu erkennen und die angebrachten Korrekturmaßnahmen einzuleiten.

(2) Der Plan oder das Programm legt die Verantwortlichen für die Umsetzung der Überwachung und die dafür notwendigen Mittel fest.

(3) Über die Modalitäten für die Durchführung der Überwachung, die erhobenen Daten und die eventuell notwendigen Korrekturmaßnahmen laut Absatz 1 wird über die Website der beantragenden Behörde in angemessener Weise informiert.

(4) Die im Zuge der Überwachung gesammelten Informationen werden in den Kenntnisstand bei der Ausarbeitung von nachfolgenden Planungs- oder Programmierungsinstrumenten integriert und bei eventuellen Änderungen des Planes oder Programms berücksichtigt.

3. TITEL UMWELTVERTRÄGLICHKEITSPRÜFUNG FÜR PROJEKTE (UVP)

Art. 15 (Anwendungsbereich)

(1) Der UVP unterliegen Projekte, die erhebliche negative Auswirkungen auf die Umwelt haben können.

(2) Der Anhang A legt fest, in welchen Fällen ein Projekt auf jeden Fall der UVP zu unterziehen ist und in welchen Fällen ein Projekt dem Verfahren zur Feststellung der UVP-Pflicht unterliegt.

(3) Auf Vorschlag der Agentur aktualisiert, ersetzt oder ändert die Landesregierung den Anhang laut Absatz 2 zur Anpassung an Bestimmungen auf staatlicher oder europäischer Ebene.

Art. 16 (Feststellung der UVP-Pflicht)

(1) Der Projektträger übermittelt der Agentur die Umwelt-Vorstudie mit den Angaben laut Anhang IV-bis des 2. Teils des gesetzesvertretenden Dekretes vom 3. April 2006, Nr. 152, in geltender Fassung. [6](#)

(2) Die Umwelt-Vorstudie wird unverzüglich auf der Webseite der Agentur so veröffentlicht, dass der Schutz der eventuell vom Projektträger gelieferten Geschäfts- oder Betriebsinformationen gewahrt ist, in Übereinstimmung mit den Bestimmungen über das Recht auf Zugang zu den Umweltdaten. Die Agentur teilt den Behörden mit Zuständigkeit in den Umweltbereichen gemäß Artikel 4 und den Gemeinden, auf deren Gebiet das Projekt realisiert werden soll, auf elektronischem Weg die erfolgte Veröffentlichung mit. [7](#)

(2/bis) Innerhalb von 45 Tagen nach der Veröffentlichung können alle Interessierten in die Umwelt-Vorstudie und in die beigelegten Unterlagen Einsicht nehmen und ihre Stellungnahmen der Agentur übermitteln. [8](#)

(3) In den darauffolgenden 30 Tagen kann die Agentur ein einziges Mal Erklärungen und Ergänzungen vom Projektträger verlangen. In diesem Fall muss der Projektträger die angeforderten Erklärungen spätestens

innerhalb von 45 Tagen übermitteln. Auf begründeten Antrag des Projektträgers kann die Agentur eine einmalige Aussetzung der Frist für die Einreichung der Ergänzungen und Erklärungen von maximal 90 Tagen gewähren. Reicht der Projektträger die angeforderten Unterlagen nicht innerhalb der festgelegten Frist nach, gilt der Antrag als abgelehnt und die Agentur ist verpflichtet, den Antrag zu archivieren. [9\)](#)

(3/bis) Die Agentur erlässt die Maßnahme zur Feststellung der UVP-Pflicht innerhalb der darauffolgenden 45 Tage oder innerhalb von 30 Tagen ab Erhalt der Unterlagen laut Absatz 3, sofern sie diese angefordert hat. In Ausnahmefällen kann die Agentur aufgrund der Art, der Komplexität, des Standortes oder der Größe des Projektes die Frist für den Erlass der genannten Maßnahme ein einziges Mal um maximal 30 Tage verlängern; in diesem Fall teilt die Agentur dem Projektträger unverzüglich die Gründe für die Fristverlängerung und das Datum mit, innerhalb welchem der Erlass der Maßnahme vorgesehen ist. [10\)](#)

(4) Hat das Projekt keine erheblichen negativen Auswirkungen auf die Umwelt, verfügt die Agentur die Befreiung vom UVP-Verfahren auf der Grundlage der zutreffenden, im Anhang V des 2. Teils des gesetzesvertretenden Dekretes vom 3. April 2006, Nr. 152, angeführten Kriterien; sofern vom Projektträger beantragt, bestimmt sie die erforderlichen Umweltbedingungen zur Vermeidung oder Vorbeugung allfälliger erheblicher und negativer Auswirkungen auf die Umwelt, unter Berücksichtigung eventueller Bemerkungen des Ministeriums für Kulturgüter, kulturelle Aktivitäten und Tourismus im Rahmen seiner Zuständigkeiten. Für Projekte, die erhebliche negative Auswirkungen auf die Umwelt haben können, finden die Artikel von 18 bis 22 Anwendung, unter Berücksichtigung der zutreffenden Kriterien gemäß dem obgenannten Anhang V. [11\)](#)

(5) Für die Anlagen, die dem Verfahren zur Feststellung der UVP-Pflicht und der integrierten Umweltgenehmigung unterliegen, entscheidet die Dienststellenkonferenz über die UVP-Pflicht im Rahmen des Verfahrens laut Artikel 28.

(6) Für Projekte, die dem Verfahren zur Feststellung der UVP-Pflicht unterliegen und für die mehr als zwei Genehmigungen, Ermächtigungen oder Gutachten der Landesverwaltung in den Bereichen laut Artikel 4 Absatz 1 erforderlich sind, entscheidet die Dienststellenkonferenz über die UVP-Pflicht im Rahmen des Sammelgenehmigungsverfahrens laut Artikel 42.

(7) Die Maßnahme bezüglich der Entscheidung über die Feststellung der UVP-Pflicht und deren Begründung werden vollständig auf der Website der Agentur veröffentlicht. [12\)](#)

(8) Auf Antrag des Projektträgers unterzieht die Agentur Projekte, die der Feststellung der UVP-Pflicht gemäß Anhang A unterliegen, direkt dem UVP-Verfahren laut den Artikeln von 18 bis 22, ohne vorher das Verfahren zur Feststellung der UVP-Pflicht durchzuführen.

- 6)Art. 16 Absatz 1 wurde so geändert durch Art. 16 Absatz 5 des [L.G. vom 27. März 2020, Nr. 2.](#)
7)Art. 16 Absatz 2 wurde so geändert durch Art. 16 Absätze 6 und 7 des [L.G. vom 27. März 2020, Nr. 2.](#)
8)Art. 16 Absatz 2/bis wurde eingefügt durch Art. 16 Absatz 8 des [L.G. vom 27. März 2020, Nr. 2.](#)
9)Art. 16 Absatz 3 wurde so ersetzt durch Art. 16 Absatz 9 des [L.G. vom 27. März 2020, Nr. 2.](#)
10)Art. 16 Absatz 3/bis wurde eingefügt durch Art. 16 Absatz 10 des [L.G. vom 27. März 2020, Nr. 2.](#)
11)Art. 16 Absatz 4 wurde so ersetzt durch Art. 16 Absatz 11 des [L.G. vom 27. März 2020, Nr. 2.](#)
12)Art. 16 Absatz 7 wurde so geändert durch Art. 16 Absatz 12 des [L.G. vom 27. März 2020, Nr. 2.](#)

Art. 17 (Umweltverträglichkeitsstudie)

(1) Die Umweltverträglichkeitsstudie ist dem Projekt beizulegen und muss die Informationen laut Anhang VII des 2. Teils des gesetzesvertretenden Dekretes vom 3. April 2006, Nr. 152, enthalten. Auf jeden Fall muss der Projektträger Folgendes liefern:

- a) eine Beschreibung des Projektes nach Standort, Art und Größe,
- b) eine Beschreibung der zu erwartenden Auswirkungen des Projektes auf die Umwelt, sowohl in der Realisierungsphase als auch in der Betriebs- und Stilllegungsphase,
- c) eine Beschreibung der vorgesehenen Maßnahmen zur Vermeidung, Vorbeugung, Reduzierung und soweit möglich, zum Ausgleich der erheblichen und negativen Umweltauswirkungen,
- d) eine Beschreibung der vom Projektträger in Betracht gezogenen Lösungsmöglichkeiten, einschließlich der Nulllösung, mit Angabe der wichtigsten Entscheidungskriterien für die vorgeschlagene Option unter Berücksichtigung der Umweltauswirkungen,
- e) den Plan zur Überwachung der potenziellen erheblichen und negativen, durch die Realisierung und den Betrieb des Projektes entstehenden Umweltauswirkungen, mit Angabe der Zuständigkeiten und der notwendigen finanziellen Mittel für die Durchführung der Überwachungsmaßnahmen,
- f)

jede zusätzliche Information laut Anhang VII des 2. Teils des gesetzesvertretenden Dekretes vom 3. April 2006, Nr. 152, in Bezug auf die Besonderheiten des spezifischen Projektes oder der Projekttypologie und der Umweltfaktoren, die beeinträchtigt werden können,

- g) eine in deutscher und in italienischer Sprache verfasste nichttechnische Zusammenfassung der unter den Buchstaben von a) bis f) genannten Aspekte. [13\)](#)

(2) [14\)](#)

(3) Der Projektträger kann der Agentur einen Entwurf des Projektes und der Umweltverträglichkeitsstudie vorlegen, um den Umfang und die Detailgenauigkeit der im Projekt und in der Umweltverträglichkeitsstudie anzuführenden Informationen sowie die anzuwendenden Methoden festzulegen. Der/Die Vorsitzende des Umweltbeirates ernennt zu diesem Zweck die Arbeitsgruppe, die sich innerhalb von 30 Tagen ausspricht. [15\)](#)

13)Art. 17 Absatz 1 wurde so ersetzt durch Art. 16 Absatz 13 des [L.G. vom 27. März 2020, Nr. 2.](#)

14)Art. 17 Absatz 2 wurde aufgehoben durch Art. 21 Absatz 1 Buchstabe a) des [L.G. vom 27. März 2020, Nr. 2.](#)

15)Art. 17 Absatz 3 wurde so ersetzt durch Art. 16 Absatz 14 des [L.G. vom 27. März 2020, Nr. 2.](#)

Art. 18 (Einleitung des Verfahrens zur Ausstellung der Einheitlichen Landesgenehmigung))

(1) Der Projektträger reicht bei der Agentur den Antrag ein, dem folgende Unterlagen beiliegen: das Projekt, die Umweltverträglichkeitsstudie, die Informationen über eventuelle grenzüberschreitende Auswirkungen des Projektes, der Veröffentlichungshinweis mit den Inhalten gemäß Artikel 24 Absatz 2 des gesetzesvertretenden Dekretes vom 3. April 2006, Nr. 152, und die nichttechnische Zusammenfassung. Der Projektträger legt auch die von den Bestimmungen in den einzelnen Fachbereichen vorgesehenen Dokumente und Projektunterlagen bei, um die Ausstellung der Ermächtigungen, Vereinbarungen, Konzessionen, Lizenzen, Gutachten, Einvernehmen, Unbedenklichkeitserklärungen und wie auch immer benannten Akte der Zustimmung zu ermöglichen, die für die Realisierung und den Betrieb des Projekts notwendig sind und vom Projektträger in einem eigenen Verzeichnis aufgelistet werden.

(2) Innerhalb von 15 Tagen ab Einreichung des Antrags teilt die Agentur allen potentiell betroffenen Verwaltungen und Körperschaften, die zur Realisierung oder zum Betrieb des Projektes Stellung nehmen müssen, auf elektronischem Weg die erfolgte Veröffentlichung der Unterlagen auf ihrer Webseite mit.

(3) Der/Die Vorsitzende des Umweltbeirates bestellt die Arbeitsgruppe laut Artikel 3. Innerhalb von 30 Tagen ab der Veröffentlichung der Unterlagen prüfen die Arbeitsgruppe und die Behörden laut Absatz 2, im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten, die Vollständigkeit und Angemessenheit der Unterlagen und geben dem Projektträger eine Ausschlussfrist von höchstens 30 Tagen für das Einreichen von eventuellen Zusatzunterlagen.

(4) Nach Überprüfung der Vollständigkeit der Unterlagen oder nach Eingang der eventuell angeforderten Zusatzunterlagen, veröffentlicht die Agentur auf ihrer Webseite den Veröffentlichungshinweis laut Absatz 1, das Projekt, die Umweltverträglichkeitsstudie und die nichttechnische Zusammenfassung; die Veröffentlichung wird auch auf der digitalen Amtstafel der betroffenen Gemeinden bekanntgegeben. Die Veröffentlichung auf der Webseite der Agentur ersetzt die Mitteilungen gemäß Artikel 14 des [Landesgesetzes vom 22. Oktober 1993, Nr. 17](#), in geltender Fassung.

(5) Innerhalb von 60 Tagen ab der Veröffentlichung laut Absatz 4 können alle Interessierten in das Projekt und in die entsprechende Umweltverträglichkeitsstudie Einsicht nehmen und ihre Stellungnahmen in Bezug auf die Umweltverträglichkeitsprüfung und, falls vorgesehen, in Bezug auf die Verträglichkeitsprüfung gemäß Richtlinie 92/43/EWG sowie die integrierte Umweltermächtigung einreichen. Die Stellungnahmen werden unverzüglich auf der Webseite der Agentur veröffentlicht.

(6) Die Gemeinde oder die Gemeinden, auf deren Gebiet das Projekt realisiert werden soll, oder der gesetzliche Vertreter/die gesetzliche Vertreterin einer landesweit tätigen Umweltschutzorganisation können bei der Agentur innerhalb von 20 Tagen ab der Veröffentlichung gemäß Absatz 4 beantragen, dass die Konsultation im Rahmen einer öffentlichen Anhörung stattfindet. Diese muss innerhalb der darauffolgenden 40 Tage abgeschlossen werden, andernfalls wird das Verfahren archiviert. Das Protokoll über die öffentliche Anhörung wird von der Agentur verfasst.

(7) Innerhalb von 30 Tagen nach Ablauf der Frist für das Einreichen von Stellungnahmen bzw. nach Abschluss der öffentlichen Anhörung kann die Agentur vom Projektträger eventuelle Zusatzunterlagen anfordern und legt dafür eine Frist von maximal 30 Tagen fest. Auf begründeten Antrag des Projektträgers kann die Agentur die

Frist für das Einreichen der Zusatzunterlagen ein einziges Mal für maximal 180 Tage aussetzen. Reicht der Projektträger die Zusatzunterlagen nicht innerhalb der festgelegten Frist ein, gilt der Antrag als zurückgezogen und wird von der Agentur archiviert.

(8) Ist die Agentur der begründeten Meinung, dass die Änderungen wesentlich und für die Öffentlichkeit relevant sind, verfügt sie innerhalb von 15 Tagen ab Erhalt der Zusatzunterlagen, dass der Projektträger innerhalb der darauffolgenden 15 Tage einen neuen Veröffentlichungshinweis mit den Inhalten gemäß Artikel 24 Absatz 2 des gesetzesvertretenden Dekretes vom 3. April 2006, Nr. 152, übermittelt und nimmt eine neue Veröffentlichung im Sinne des Absatzes 4 vor. Die Fristen laut den Absätzen 5 und 6 für weitere Konsultationen der Öffentlichkeit werden auf die Hälfte reduziert.

(9) Innerhalb von zehn Tagen nach Ablauf der Frist für den Abschluss der Konsultation oder nach Erhalt der eventuellen Zusatzunterlagen, beruft die Agentur eine Dienststellenkonferenz ein, an welcher der Projektträger, der Umweltbeirat vertreten durch den Vorsitzenden/die Vorsitzende oder eine delegierte Person, sowie alle Behörden, die für die Ausstellung der für die Realisierung und den Betrieb des Projektes notwendigen und vom Projektträger beantragten Genehmigungsakte, mit Ausnahme jener im Umweltbereich, zuständig oder potentiell davon betroffen sind, teilnehmen. Die Dienststellenkonferenz wird in synchroner Form einberufen.

(10) Die Dienststellenkonferenz muss innerhalb von 120 Tagen nach ihrer Einberufung abgeschlossen werden. [16\)](#) [17\)](#)

16)Art. 18 wurde so ersetzt durch Art. 16 Absatz 15 des [L.G. vom 27. März 2020, Nr. 2.](#)

17)Art. 18 Absatz 10 wurde so geändert durch Art. 3 Absatz 1 des [L.G. vom 16. Juni 2020, Nr. 5.](#)

Art. 19 (Bewertung der Umweltauswirkungen) [18\)](#)

(1) Die Arbeitsgruppe verfasst den Untersuchungsbericht und äußert sich bezüglich der Vollständigkeit und Eignung der Unterlagen und über die eingereichten oder bei der öffentlichen Anhörung vorgebrachten Stellungnahmen.

(2) Der Umweltbeirat prüft das Projekt und die Umweltverträglichkeitsstudie und erstellt ein begründetes Gutachten über die vorhersehbaren Umweltauswirkungen und berücksichtigt dabei die Bewertungen der Arbeitsgruppe sowie die eingegangenen oder im Rahmen der öffentlichen Anhörung vorgebrachten Stellungnahmen. Der Projektträger und der Bürgermeister der betroffenen Gemeinde haben das Recht, vor Erstellung des Gutachtens vom Umweltbeirat angehört zu werden. Das Gutachten kann auch Angaben zu geeigneten Maßnahmen enthalten, um die erheblichen negativen Umweltauswirkungen zu vermeiden, begrenzen oder auszugleichen sowie zu eventuellen Kontrollmaßnahmen, die in der Realisierungs- und Betriebsphase des Projektes zu treffen sind. [19\)](#)

(3) Die Landesregierung spricht sich über die Umweltverträglichkeit des Projektes aus, wobei das Gutachten des Umweltbeirates und die eingegangenen oder bei der öffentlichen Anhörung vorgebrachten Stellungnahmen berücksichtigt werden. [20\)](#)

18)Die Überschrift von Art. 19 wurde so geändert durch Art. 16 Absatz 16 des [L.G. vom 27. März 2020, Nr. 2.](#)

19)Art. 19 Absatz 2 wurde so geändert durch Art. 16 Absätze 17 und 18 des [L.G. vom 27. März 2020, Nr. 2.](#)

20)Art. 19 Absatz 3 wurde hinzugefügt durch Art. 16 Absatz 19 des [L.G. vom 27. März 2020, Nr. 2.](#)

Art. 20 (Einheitliche Landesgenehmigung)

(1) Die Einheitliche Landesgenehmigung wird in der abschließenden Sitzung der Dienststellenkonferenz erlassen und besteht aus der begründeten Schlussentscheidung der Konferenz. In dieser Sitzung ist der Umweltbeirat durch seinen Vorsitz oder eine delegierte Person vertreten, der/die die Ergebnisse der Umweltverträglichkeitsprüfung vorstellt. Die Einheitliche Landesgenehmigung umfasst die UVP-Maßnahme und die für die Realisierung und den Betrieb des Projekts erlassenen Genehmigungen, welche ausdrücklich angeführt werden. Auf jeden Fall erfolgt die Ausstellung dieser Genehmigungsakte auf der Grundlage der UVP-Maßnahme. Die Bestimmungen gemäß Artikel 11/bis des [Landesgesetzes vom 22. Oktober 1993, Nr. 17,](#) in geltender Fassung, finden keine Anwendung.

(2) Die Gültigkeit der UVP-Maßnahme wird in der Maßnahme selbst unter Berücksichtigung der vorgesehenen Bauzeiten, der erforderlichen Genehmigungen und des in den eingereichten Unterlagen enthaltenen Vorschlages des Projektträgers festgelegt und beträgt auf jeden Fall mindestens fünf Jahre. Wenn das Projekt nach Ablauf der in der UVP-Maßnahme enthaltenen Gültigkeitsdauer noch nicht realisiert wurde, muss das UVP-Verfahren wiederholt werden, sofern nicht die Agentur auf Antrag des Projektträgers nach Einholen eines Gutachtens des Umweltbeirates eine Verlängerung erteilt.

(3) Die Bedingungen und zusätzlichen Maßnahmen für die integrierte Umweltermächtigung und die anderen Genehmigungsmaßnahmen laut Absatz 1, die in der Einheitlichen Landesgenehmigung enthalten sind, werden von den jeweils zuständigen Verwaltungen gemäß den von den einschlägigen Bestimmungen vorgesehenen Modalitäten erneuert, erneut überprüft, kontrolliert und geahndet. [21\)](#)

(4) Die Einheitliche Landesgenehmigung wird vollinhaltlich auf der Webseite der Agentur veröffentlicht. Die Fristen für eventuelle gerichtliche Anfechtungen laufen ab dem Datum der Veröffentlichung.

21)Art. 20 wurde so ersetzt durch Art. 16 Absatz 20 des [L.G. vom 27. März 2020, Nr. 2.](#)

Art. 21 [22\)](#)

22)Art. 21 wurde aufgehoben durch Art. 21 Absatz 1 Buchstabe a) des [L.G. vom 27. März 2020, Nr. 2.](#)

Art. 22 (Monitoring)

(1) Die Maßnahme zur Umweltverträglichkeitsprüfung enthält alle notwendigen Hinweise für die Planung und Durchführung des Monitorings und der Kontrolle über die Auswirkungen.

(2) Die Agentur informiert auf ihrer Website in angemessener Weise über die Modalitäten für die Abwicklung des Monitorings, die Resultate und eventuelle Korrekturmaßnahmen.

Art. 23 (Ausführungs- und Varianteprojekte)

(1) Sofern für die Entscheidung über die UVP das Einreichen des Ausführungsprojektes vorgeschrieben ist, prüft der Umweltbeirat innerhalb von 60 Tagen mit begründetem Gutachten, ob dieses dem im Rahmen der UVP genehmigten Projekt entspricht.

(2) Umweltrelevante Varianteprojekte zu bereits genehmigten UVP-pflichtigen Projekten, deren Realisierung noch nicht abgeschlossen wurde, sind bei jener Behörde einzureichen, die die Ermächtigung für die bauliche Realisierung erlässt, welche sie der Agentur weiterleitet.

(3) Der Umweltbeirat prüft, ob die mit dem Varianteprojekt eingereichten Änderungen erhebliche negative Auswirkungen auf die Umwelt haben können, und erstellt innerhalb von 60 Tagen ein Gutachten. Sollten die Änderungen erhebliche negative Auswirkungen auf die Umwelt haben, ist das Projekt einem neuen UVP-Verfahren zu unterziehen.

(4) Die Landesregierung entscheidet innerhalb von 90 Tagen ab Einreichung des Ausführungs- oder Varianteprojektes laut den Absätzen 1 oder 2.

Art. 24 (Projekte von staatlicher Zuständigkeit)

(1) Für die in die Zuständigkeit des Staates fallenden UVP-pflichtigen Projekte, für deren Realisierung laut Artikel 20 des [Dekretes des Präsidenten der Republik vom 22. März 1974, Nr. 381](#), das vorausgehende Einvernehmen mit dem Land Südtirol oder gemäß den staatlichen Bestimmungen über die UVP das Gutachten

des Landes vorgesehen ist, erteilt die Landesregierung auf der Grundlage des Gutachtens des Umweltbeirates sowohl das Einvernehmen als auch das Gutachten.

Art. 25 (Umwelttechnische Bauabnahme)

(1) Nach Fertigstellung des Bauwerkes und mindestens 15 Tage vor Inbetriebnahme muss der Projektträger bei der Agentur einen Antrag auf umwelttechnische Bauabnahme einreichen. Dem Antrag muss eine Erklärung beigelegt werden, dass das Bauwerk den im Projekt angeführten Merkmalen entspricht.

(2) Die Arbeitsgruppe prüft die Konformität des errichteten Bauwerkes mit dem genehmigten Projekt und erstattet dem Umweltbeirat Bericht.

(3) Der Umweltbeirat prüft unter Berücksichtigung des Berichtes der Arbeitsgruppe die Konformität des Bauwerkes mit dem genehmigten Projekt, genehmigt eventuelle unbedeutende Abweichungen und gibt ein bindendes Gutachten bezüglich der Freistellung von den Kautionen ab, die von den einschlägigen Gesetzesbestimmungen vorgesehen sind.

4. TITEL INTEGRIERTE UMWELTERMÄCHTIGUNG

Art. 26 (Anwendungsbereich)

(1) Gemäß den Bestimmungen dieses Titels unterliegen der integrierten Umweltermächtigung die Anlagen, welche die Tätigkeiten ausführen, die im Anhang I der Richtlinie 2010/75/EG aufgelistet sind und nicht unter die staatliche Zuständigkeit fallen sowie die wesentlichen Änderungen dieser Anlagen.

(2) Die integrierte Umweltermächtigung wird ohne Kosten zu Lasten des Betreibers - mit Ausnahme der Stempelgebühren - gemäß dem in den folgenden Artikeln vorgesehenen Verfahren erteilt.

Art. 27 (Antrag auf integrierte Umweltermächtigung)

(1) Für den Betrieb von neuen oder bei wesentlichen Änderungen von bestehenden Anlagen, reicht der Betreiber einen Antrag auf integrierte Umweltermächtigung ein, der die Informationen gemäß den staatlichen Bestimmungen enthalten muss. Die nichttechnische Zusammenfassung der im Antrag enthaltenen Informationen muss in deutscher und in italienischer Sprache verfasst werden.

Art. 28 (Verfahren für die Ausstellung der integrierten Umweltermächtigung)

(1) Der Antrag auf integrierte Umweltermächtigung wird bei der Agentur eingereicht.

(2) Innerhalb von 30 Tagen ab Erhalt des Antrags teilt die Agentur dem Betreiber das Datum der Eröffnung des Verfahrens im Sinne des [Landesgesetzes vom 22. Oktober 1993, Nr. 17](#), in geltender Fassung, mit und prüft die Vollständigkeit des Antrags und der beigelegten Unterlagen.

(3) Falls der Antrag unvollständig ist, fordert die Agentur die notwendigen Ergänzungen an, wobei eine maximale Frist von 90 Tagen eingeräumt wird. In diesem Fall gelten die Verfahrensfristen bis zur Einreichung der ergänzenden Unterlagen als ausgesetzt. Falls der Projektträger die fehlenden Unterlagen innerhalb der festgesetzten Frist nicht nachreicht, gilt der Antrag als zurückgezogen. Der Projektträger kann eine Verlängerung der Frist für die Einreichung der ergänzenden Unterlagen beantragen.

(4) Innerhalb einer Frist von 15 Tagen ab dem Datum der Eröffnung des Verfahrens und vorbehaltlich der Bestimmung laut Absatz 3, veröffentlicht die Agentur auf ihrer Website den Hinweis mit dem Standort der

Anlage und dem Namen des Betreibers und informiert über die Möglichkeit, bei der Agentur Einsicht in die Unterlagen zu nehmen und Stellungnahmen innerhalb der Frist laut Absatz 6 einzureichen. Diese Form der Veröffentlichung ersetzt die Mitteilungen über die Einleitung des Verfahrens laut [Landesgesetz vom 22. Oktober 1993, Nr. 17](#), in geltender Fassung, falls diese an mehrere Betroffene gerichtet sind. Für Anlagen, die auch UVP-pflichtig sind, ist eine einmalige Veröffentlichung vorgesehen.

(5) Die Unterlagen und die Verfahrensakten werden für die Dauer des Verfahrens bei der Agentur zur öffentlichen Einsichtnahme hinterlegt.

(6) Innerhalb von 30 Tagen ab dem Tag der Veröffentlichung des Hinweises laut Absatz 4 können alle Interessierten bei der Agentur schriftliche Stellungnahmen zum Antrag einreichen.

(7) Innerhalb der Frist laut Absatz 6 teilt der Bürgermeister/die Bürgermeisterin der Gemeinde, in der die Anlage angesiedelt ist, der Agentur eventuelle Vorschriften im Sinne der Artikel 216 und 217 des Königlichen Dekrets vom 27. Juli 1934, Nr. 1265, mit.

(8) Die Agentur beruft die Dienststellenkonferenz ein. Für die Anlagen, die den Bestimmungen laut gesetzvertretendem Dekret vom 17. August 1999, Nr. 334, in geltender Fassung, unterliegen, wird ein Vertreter/eine Vertreterin der zuständigen Behörde eingeladen, um die Vorschriften zu harmonisieren und vorab die Bedingungen für den Betrieb der Anlage zu vereinbaren. Die Dienststellenkonferenz erstellt ein Gutachten über den Antrag auf integrierte Umweltermächtigung innerhalb von 90 Tagen ab Ablauf der in Absatz 2 vorgesehenen Frist, unbeschadet der Aussetzung der Fristen laut Absatz 3.

(9) Die Agentur erlässt innerhalb von 30 Tagen die integrierte Umweltermächtigung in Übereinstimmung mit dem Gutachten der Dienststellenkonferenz.

(10) Die gemäß diesem Titel erlassene integrierte Umweltermächtigung ersetzt in jeder Hinsicht folgende Ermächtigungen:

- a) Ermächtigung zu den Emissionen in die Atmosphäre, vorbehaltlich der Profile betreffend gesundheitliche Aspekte,
- b) Ermächtigung zur Ableitung,
- c) Ermächtigung für Anlagen zur Verwertung und Beseitigung von Abfällen, einschließlich eigene Beseitigung und Verwertung der eigenen Abfälle und Beseitigung von PCB-PCT-haltigen Geräten,
- d) Ermächtigung zur Verwendung von Klärschlamm in der Landwirtschaft.

Art. 29 (Beste verfügbare Techniken (BVT) und Bestimmungen zur Umweltqualität)

(1) Die Emissionsgrenzwerte, die Parameter und die entsprechenden technischen Maßnahmen beziehen sich auf die besten verfügbaren Techniken, ohne Auflage zur Verwendung einer bestimmten Technik oder Technologie, unter Berücksichtigung der technischen Eigenschaften der betroffenen Anlage, ihrer geographischen Lage und der lokalen Umweltbedingungen.

(2) Falls ein Programmierungs- oder Planungsinstrument im Umweltbereich, unter Berücksichtigung aller betroffenen Emissionsquellen, die Notwendigkeit erkennt, bei in einem bestimmten Raum gelegenen Anlagen strengere Auflagen anzuwenden als jene, die durch die besten verfügbaren Techniken erhältlich sind, um im entsprechenden Raum die Einhaltung der Umweltqualitätsnormen zu garantieren, prüft die Dienststellenkonferenz, ob es angebracht ist, strengere Auflagen vorzuschreiben.

Art. 30 (Zugang zu den Informationen)

(1) Die integrierte Umweltermächtigung und deren Aktualisierungen und Erneuerungen werden auf der Website der Agentur veröffentlicht.

(2) Bei der Agentur sind außerdem zugänglich:

- a) Informationen betreffend die Beteiligung der Öffentlichkeit am Verfahren,
- b) die Gründe, auf denen die Entscheidung beruht,
- c) die Ergebnisse der vor der Entscheidung durchgeführten Konsultationen und eine Erklärung über die Art und Weise wie diese bei der Entscheidungsfindung berücksichtigt wurden,

- d) die Bezeichnung der für die betreffende Anlage oder Tätigkeit maßgeblichen BVT-Merkblätter,
- e) die eingesetzte Methode zur Festlegung der Ermächtigungsaufgaben, einschließlich der Emissionsgrenzwerte in Bezug auf die besten verfügbaren Techniken und auf die mit diesen assoziierten Emissionswerte,
- f) im Falle der Gewährung einer Abweichung von den Emissionsgrenzwerten, die spezifischen Gründe für die Abweichung in Bezug auf die besten verfügbaren Techniken sowie die damit verbundenen Auflagen,
- g) Informationen zu den vom Betreiber bei endgültiger Einstellung der Tätigkeiten getroffenen Maßnahmen,
- h) die Ergebnisse der Emissionsüberwachung, die in den Ermächtigungsaufgaben verlangt werden und in der Agentur aufliegen,
- i) die Berichte, die auf der Grundlage der Kontrollen verfasst wurden.

Art. 31 (Umwelttechnische Bauabnahme)

(1) Der Betreiber teilt der Agentur mindestens 15 Tage vor Inbetriebnahme der Anlage diese Absicht mit und reicht bei der Agentur den Antrag auf umwelttechnische Bauabnahme ein. Der Antrag muss das Datum der Inbetriebnahme führen und mit einer Erklärung versehen sein, die die Konformität der Anlage mit den in der Ermächtigung angeführten Merkmalen bescheinigt.

(2) Innerhalb einer Frist von höchstens 180 Tagen ab der Inbetriebnahme führt die Agentur die umwelttechnische Bauabnahme durch und prüft die Einhaltung der in der Ermächtigung vorgesehenen Vorschriften. Im Falle der Nichteinhaltung finden die Vorschriften laut Artikel 44 Absatz 3 Anwendung.

Art. 32 (Verfahren zur gemeinsamen Genehmigung von UVP-pflichtigen Projekten für Anlagen, die der integrierten Umweltermächtigung unterliegen)

(1) Im Falle von UVP-pflichtigen Projekten für Anlagen, die der integrierten Umweltermächtigung unterliegen, findet das UVP-Verfahren laut den Artikeln von 17 bis 22 Anwendung, wobei es durch die Bestimmungen dieses Artikels ergänzt wird.

(2) Der gemeinsame Antrag auf UVP und integrierte Umweltermächtigung muss die Angaben laut den Artikeln 17 und 27 enthalten.

(3) Der Veröffentlichungshinweis laut Artikel 18 Absatz 2 muss anführen, dass das Projekt eine Anlage betrifft, die der integrierten Umweltermächtigung unterliegt sowie die Informationen laut Artikel 28 Absatz 4 enthalten.

(4) Die Agentur erlässt die integrierte Umweltermächtigung in Übereinstimmung mit der Entscheidung über die UVP innerhalb von 30 Tagen ab der UVP-Entscheidung.

(5) Für die umwelttechnische Bauabnahme der Anlagen, die der integrierten Umweltermächtigung unterliegen und auch dem UVP-Verfahren unterzogen wurden, gilt das Abnahmeverfahren laut Artikel 31 für Anlagen, die der integrierten Umweltermächtigung unterliegen.

Art. 33 (Überwachung der Emissionen von Anlagen, die der integrierten Umweltermächtigung unterliegen)

(1) Die integrierte Umweltermächtigung beinhaltet angemessene Anforderungen für die Überwachung der Emissionen, in denen die Messmethodik, die Messhäufigkeit, die Bedingungen, um die Einhaltung zu beurteilen und das entsprechende Prüfverfahren festgelegt sind; sie sieht außerdem die Verpflichtung vor, der Agentur regelmäßig und mindestens einmal jährlich die Daten zu liefern, die die Prüfung der Einhaltung der Ermächtigungsaufgaben ermöglichen.

(2) Unbeschadet der Vorgaben in den anwendbaren BVT-Schlussfolgerungen, sieht die integrierte Umweltermächtigung die periodische Überwachung mindestens alle fünf Jahre für das Grundwasser und mindestens alle zehn Jahre für den Boden vor, es sei denn, es wurden auf der Grundlage einer systematischen Beurteilung des Kontaminationsrisikos andere Modalitäten oder längere Zeitspannen für die Überwachung festgelegt.

Art. 34 (Einhaltung der Bedingungen der integrierten Umweltermächtigung)

(1) Ab dem Tag der Inbetriebnahme der Anlage übermittelt der Betreiber der Agentur und den interessierten Gemeinden die Daten der in der integrierten Umweltermächtigung vorgeschriebenen Emissionsüberwachungen gemäß den darin festgelegten Modalitäten und Zeiten. Der Betreiber teilt außerdem der Agentur jede Verletzung der Ermächtigungsbedingungen unverzüglich mit und ergreift die notwendigen Maßnahmen, um innerhalb kürzester Zeit die Konformität wiederherzustellen.

Art. 35 (Umweltinspektionsplan des Landes)

(1) Die Landesregierung genehmigt und aktualisiert regelmäßig einen Umweltinspektionsplan des Landes, auf Vorschlag der Agentur und nach Anhören des Ministeriums für Umwelt und Schutz des Territoriums und des Meeres, um die Koordinierung mit den in den integrierten Umweltermächtigungen von staatlicher Zuständigkeit enthaltenen Bestimmungen zu gewährleisten, welche für das Landesgebiet erteilt wurden.

(2) Aufgrund des Umweltinspektionsplans des Landes erstellt die Agentur periodisch die Programme für die ordentlichen Umweltinspektionen, in denen die Häufigkeit der Lokalaugenscheine für die verschiedenen Arten von Anlagen angegeben ist, die zu Lasten des Betreibers durchzuführen sind.

Art. 36 (Inspektion der Anlagen, die der integrierten Umweltermächtigung unterliegen)

(1) Bei den regelmäßigen Kontrollen der Anlagen, die der integrierten Umweltermächtigung unterliegen, prüft die Agentur gemäß den Vorgaben der Ermächtigung und des Inspektionsprogramms laut Artikel 35 Absatz 2 Folgendes:

- a) die Einhaltung der Bedingungen der integrierten Umweltermächtigung,
- b) die Regelmäßigkeit der Kontrollen zu Lasten des Betreibers, insbesondere die Regelmäßigkeit der Messungen und der Einrichtungen zur Vorbeugung der Umweltverschmutzung sowie die Einhaltung der Emissionsgrenzwerte,
- c) ob der Betreiber die eigenen Mitteilungspflichten erfüllt hat, insbesondere ob er die Agentur regelmäßig informiert hat und im Falle von Vorfällen und Unfällen mit erheblichen Umweltauswirkungen die Ergebnisse der Überwachung der Emissionen der eigenen Anlage unverzüglich der Agentur mitgeteilt hat.

(2) Unbeschadet der Kontrollmaßnahmen laut Absatz 1 kann die Agentur außerordentliche Umweltinspektionen bei jenen Anlagen durchführen, die gemäß diesem Titel genehmigt sind; die Kosten fallen zu Lasten des Landes.

(3) Um die Tätigkeiten laut den Absätzen 1 und 2 zu ermöglichen, muss der Betreiber die notwendige Unterstützung gewähren, damit jegliche technische Prüfung der Anlage und Probenahmen vorgenommen und jegliche im Rahmen dieses Titels erforderlichen Informationen eingeholt werden können.

(4) Der Bericht über das Ergebnis der Kontrollen und Inspektionen durch dazu von den staatlichen und Landesbestimmungen ermächtigte Bedienstete wird binnen zwei Monaten nach dem Lokalaugenschein der Agentur und dem Betreiber übermittelt; im Bericht sind die Situationen anzugeben, in denen die Vorschriften nicht eingehalten wurden, sowie die zu ergreifenden Maßnahmen vorzuschlagen.

Art. 37 (Überprüfung der integrierten Umweltermächtigung)

(1) Die Agentur überprüft regelmäßig die integrierte Umweltermächtigung in den von der Richtlinie 2010/75/EG vorgesehenen Fällen und bestätigt oder aktualisiert dabei die Ermächtigungsaufgaben.

(2) In jedem Fall überprüft die Agentur die Ermächtigung nach zehn Jahren ab Ausstellung der integrierten Umweltermächtigung oder der letzten Überprüfung der gesamten Anlage. Für Anlagen mit Zertifizierung gemäß UNI EN ISO 14001 wird die Frist auf zwölf Jahre ausgedehnt. Für Anlagen mit Registrierung laut Verordnung

(EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 761/2001 sowie der Beschlüsse der Kommission 2001/681/EG und 2006/193/EG, wird die Frist auf 16 Jahre ausgedehnt.

(3) Die Agentur teilt dem Betreiber die Einleitung des Überprüfungsverfahrens mit und verlangt die hierfür erforderlichen Unterlagen. Bei der Überprüfung findet das Verfahren laut Artikel 28 Anwendung.

Art. 38 (Änderung an den Anlagen oder des Betreibers)

(1) Der Betreiber teilt der Agentur alle an den Anlagen beabsichtigten Änderungen mit. Sofern sie es für notwendig erachtet, passt die Agentur, in Übereinstimmung mit der Entscheidung der Dienststellenkonferenz, die integrierte Umweltermächtigung oder die entsprechenden Bedingungen an. Nach Ablauf von 60 Tagen ab der Mitteilung darf der Betreiber die mitgeteilten Änderungen vornehmen.

(2) Falls die Agentur die Änderungen als erheblich erachtet, informiert sie den Betreiber innerhalb von 60 Tagen ab Erhalt der Mitteilung, damit dieser einen neuen Antrag auf Ermächtigung und einen Bericht mit den aktualisierten Informationen einreichen kann.

(3) Der Betreiber informiert außerdem die Agentur über jeden neuen Antrag für die Anlage im Sinne der Gesetzgebung im Bereich Vorbeugung der Risiken schwerer Unfälle oder im Bereich Raumordnung oder Bauwesen. Die Mitteilung, die vor der Realisierung der Maßnahmen einzureichen ist, gibt die Elemente an, aufgrund welcher der Betreiber die Meinung vertritt, dass die vorgesehenen Maßnahmen weder Auswirkungen auf die Umwelt haben, noch gegen die von der integrierten Umweltermächtigung bereits ausdrücklich festgelegten Auflagen verstoßen.

(4) Bei Betriebswechsel teilen der alte und der neue Betreiber der Agentur die Änderungen innerhalb von 30 Tagen, auch mittels Eigenbescheinigung zur Übertragung der integrierten Umweltermächtigung, mit.

Art. 39 (Unfälle oder unerwartete Ereignisse)

(1) Unbeschadet der Regelung über Umwelthaftung im Bereich Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden, informiert der Betreiber die Agentur unverzüglich bei allen Unfällen oder unerwarteten Ereignissen mit erheblichen Umweltauswirkungen und ergreift unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen zur Begrenzung der Umweltauswirkungen und zur Vermeidung weiterer möglicher Unfälle oder unerwarteter Ereignisse und informiert die Agentur darüber.

(2) Aufgrund der Mitteilungen laut Absatz 1, kann die Agentur den Betreiber auffordern, alle zusätzlichen geeigneten Maßnahmen zu treffen, die ihres Erachtens, auch aufgrund der Vorschläge der im betreffenden Gebiet zuständigen Umweltbehörden, zur Begrenzung der Umweltauswirkungen und zur Vermeidung weiterer möglicher Unfälle oder unerwarteter Ereignisse erforderlich sind.

Art. 40 (Bestimmungen zum europäischen Emissionsregister)

(1) In Südtirol ist die Agentur die zuständige Behörde für die Mitteilungspflicht und Pflicht zur Bewertung der Datenqualität laut Artikel 3 Absatz 2 des Dekretes des Präsidenten der Republik vom 11. Juli 2011, Nr. 157, zwecks Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 166/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Januar 2006 über die Schaffung eines Europäischen Schadstofffreisetzungs- und -verbringungsregisters und zur Änderung der Richtlinien 91/689/EWG und 96/61/EG des Rates.

5. TITEL SAMMELGENEHMIGUNGSVERFAHREN

Art. 41 (Anwendungsbereich)

(1) Für Projekte, die nicht dem UVP-Verfahren oder der integrierten Umweltermächtigung unterliegen, aber für die aufgrund der einschlägigen Rechtsvorschriften in den in Artikel 4 Absatz 1 angeführten Sachbereichen mehr als zwei Genehmigungen, Ermächtigungen oder Gutachten oder andere wie auch immer benannte Akte der Zustimmung der Landesverwaltung erforderlich sind, findet das Sammelgenehmigungsverfahren Anwendung.

Art. 42 (Sammelgenehmigungsverfahren)

(1) Die zuständige Einrichtung übermittelt der Agentur die Projekte laut Artikel 41 mit den von den geltenden Rechtsvorschriften für die Ausstellung der Genehmigungen, Ermächtigungen oder Gutachten laut Artikel 41 vorgeschriebenen Unterlagen. Falls für das Projekt auch die Baugenehmigung erforderlich ist, muss dieses von der Gemeinde zusammen mit dem Gutachten der Gemeindebaukommission übermittelt werden.

(2) Die Agentur prüft innerhalb von 15 Tagen die formelle Vollständigkeit der Unterlagen und bestimmt, welche Genehmigungen, Ermächtigungen, Gutachten oder andere wie auch immer benannte Akte der Zustimmung für das Projekt eingeholt werden müssen und übermittelt dieses den zuständigen Ämtern.

(3) Innerhalb von 45 Tagen nach Erhalt der Unterlagen prüfen die zuständigen Ämter das Projekt. Im Falle von unvollständiger Dokumentation fordert die Agentur zusätzliche Unterlagen an, welche innerhalb von höchstens 30 Tagen einzureichen sind. In diesem Falle werden die Verfahrensfristen solange ausgesetzt, bis der Projektträger die angeforderten Unterlagen einreicht. Sollte der Projektträger die angeforderten Unterlagen nicht innerhalb der festgesetzten Frist nachreichen, ist der Antrag als zurückgezogen zu betrachten. Der Projektträger kann in Anbetracht der Komplexität der angeforderten Unterlagen eine Verlängerung der Einreichfrist beantragen.

(4) Die Dienststellenkonferenz gibt gemäß Artikel 4 innerhalb einer Frist von 30 Tagen ein bindendes Gutachten ab und die Agentur übermittelt es der Einrichtung, die den Antrag gestellt hat.

(5) Dieses Gutachten ersetzt in jeder Hinsicht alle Genehmigungen, Ermächtigungen, Gutachten oder andere wie auch immer benannte Akte der Zustimmung für das Projekt, die von den geltenden Rechtsvorschriften auf den Sachgebieten laut Artikel 4 Absatz 1 vorgesehen sind.

(6) Das Gutachten der Dienststellenkonferenz hat eine Gültigkeit von fünf Jahren. Der/Die Vorsitzende der Dienststellenkonferenz kann auf Antrag des Projektträgers die Gültigkeit um weitere zwei Jahre verlängern.

6. TITEL BESCHWERDEN UND AUFSICHT

Art. 43 (Beschwerden)

(1) Gegen die Entscheidungen der Dienststellenkonferenz im Sinne der Artikel 16 Absatz 5 und 42 Absatz 4 können Träger eines entsprechenden Interesses innerhalb von 45 Tagen ab Mitteilung oder Veröffentlichung der Entscheidungen bei der Landesregierung aus Rechtsgründen und aus Sachgründen Beschwerde einlegen.

Art. 44 (Aufsicht)

(1) Die Überwachung der korrekten Ausführung und des Betriebs aller im Sinne dieses Gesetzes genehmigten oder bewilligten Bauten und Anlagen obliegt auch den Landesabteilungen, die für die Sachbereiche laut Artikel 4 Absatz 1 zuständig sind.

(2) Unbeschadet der Strafen laut dem 3. Titel des 2. Teils des gesetzesvertretenden Dekretes vom 3. April 2006, Nr. 152, in geltender Fassung, geht die Agentur, bei Missachtung von Auflagen und Vorschriften, welche für UVP-pflichtige Bauten oder Anlagen erlassen worden sind, je nach Schwere der Übertretung wie folgt vor:

- a) Aufforderung, mit Festlegung einer Frist, innerhalb welcher die Unregelmäßigkeiten zu beseitigen sind,
- b) Anordnung zur Einstellung der Arbeiten und Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes nach Begutachtung durch den Umweltbeirat. Sorgt der Übertreter nicht innerhalb der festgesetzten Frist selbst dafür, veranlasst die Agentur, dass die Arbeiten, die für die Wiederherstellung des

ursprünglichen Zustandes nötig sind, von Amts wegen ausgeführt werden; die Kosten gehen zu Lasten des Übertreters. Wenn die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes nach Meinung des Umweltbeirates nicht oder nur zum Teil möglich ist, ist der Übertreter zur Entschädigung für den der Umwelt zugefügten Schaden verpflichtet. Die Höhe des Schadenersatzes wird von der Agentur, nach Anhören der für die Sachgebiete laut Artikel 4 Absatz 1 zuständigen Abteilungen, festgesetzt.

(3) Unbeschadet der Strafen und Sicherheitsmaßnahmen laut Titel 3/bis des 2. Teils des gesetzesvertretenden Dekretes vom 3. April 2006, Nr. 152, in geltender Fassung, geht die Agentur im Falle einer Inbetriebnahme ohne Ermächtigung oder bei Missachtung der Vorschriften für die Zwecke der Ermächtigung, welche für UVP-pflichtige Anlagen erlassen wurden, je nach Schwere der Übertretung wie folgt vor:

- a) Aufforderung, mit Festlegung einer Frist innerhalb welcher die Unregelmäßigkeiten zu beseitigen sind und einer Frist innerhalb welcher alle geeigneten provisorischen oder zusätzlichen Maßnahmen getroffen werden müssen, welche die Agentur für notwendig hält, um die Konformität wiederherzustellen oder provisorisch zu gewährleisten, unbeschadet der Pflichten des Betreibers in Bezug auf die autonome Umsetzung von Schutzmaßnahmen,
- b) Aufforderung und gleichzeitige Aussetzung der Ermächtigung für eine bestimmte Zeit, falls eine unmittelbare Gefahr oder ein Schaden für die menschliche Gesundheit oder für die Umwelt besteht bzw. verursacht wurde oder im Falle von wiederholten Übertretungen,
- c) Widerruf der Ermächtigung und Anordnung der Schließung der Anlage aufgrund eines Gutachtens der Dienststellenkonferenz bei nicht erfolgter Anpassung an die Vorschriften, die mit der Aufforderung auferlegt wurden, und bei wiederholten Übertretungen, durch die die Umwelt gefährdet oder geschädigt wird,
- d) Schließung der Anlage im Falle des Betriebes ohne Ermächtigung.

(4) Bei Nichtbeachtung der Vorschriften der integrierten Umweltermächtigung und bei gesundheitsgefährdenden oder -schädigenden Situationen verständigt die Agentur den Bürgermeister/die Bürgermeisterin, damit er/sie eventuell Maßnahmen im Sinne des Artikels 217 des königlichen Dekretes vom 27. Juli 1934, Nr. 1265, ergreifen kann.

7. TITEL SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 45 (Übergangsbestimmung)

(1) Die Fälligkeit der bei Inkrafttreten dieses Gesetzes gültigen integrierten Umweltermächtigungen ist bis zur Überprüfung laut Artikel 37 verlängert.

Art. 46 (Änderung von Bestimmungen)

(1) Am Ende vom Artikel 5 Absatz 2 des Landesgesetzes vom 26. Jänner 2015, Nr. 2, in geltender Fassung, wird folgender Satz hinzugefügt: „Für Projekte, die der Feststellung der UVP-Pflicht unterliegen, werden auch die von den Bestimmungen im Bereich Umweltverträglichkeit für diesen Projekttyp vorgesehenen Daten veröffentlicht.“.

(2) Nach Artikel 8 Absatz 9 des Landesgesetzes vom 26. Jänner 2015, Nr. 2, wird folgender Absatz hinzugefügt:

„10. Die Dienststellenkonferenz entscheidet über die UVP-Pflicht für Projekte, die der Feststellung der UVP-Pflicht unterliegen.“.

(3) Nach Artikel 3 Absatz 1 letzter Satz des [Landesgesetzes vom 19. Mai 2003, Nr. 7](#), in geltender Fassung, wird folgender Satz hinzugefügt: „Für Projekte, die der Feststellung der UVP-Pflicht unterliegen, wird dem Ansuchen um Genehmigung auch die von den Bestimmungen im Bereich Umweltverträglichkeit vorgesehene Umwelt-Vorstudie beigelegt; diese wird der für die Feststellung der UVP-Pflicht zuständigen Behörde übermittelt.“.

(4) Am Ende von Artikel 3 Absatz 2 des [Landesgesetzes vom 19. Mai 2003, Nr. 7](#), in geltender Fassung, wird folgender Satz hinzugefügt: „Die Dienststellenkonferenz entscheidet auch über die UVP-Pflicht für Projekte, die der Feststellung der UVP-Pflicht unterliegen.“.

(5) Artikel 17 Absatz 1 Buchstabe g) des [Landesgesetzes vom 11. August 1997, Nr. 13](#), in geltender Fassung, erhält folgende Fassung:

„g) der Umweltbericht laut Artikel 5 der Richtlinie 2001/42/EG; für die Abänderungen des Planes ist der Umweltbericht notwendig, wenn die geplanten Eingriffe der strategischen Umweltprüfung (SUP) unterliegen; wenn die geplanten Eingriffe dem Verfahren zur Feststellung der SUP-Pflicht unterliegen, so ist der Umwelt-Vorbericht erforderlich.“

Art. 47 (Aufhebung)

(1) Das [Landesgesetz vom 5. April 2007, Nr. 2](#), in geltender Fassung, ist aufgehoben.

Art. 48 (Finanzbestimmung)

(1) Dieses Gesetz bringt keine neuen oder Mehrausgaben für das Haushaltsjahr 2017 mit sich.

(2) Die Spesen zulasten der folgenden Haushaltsjahre werden im jährlichen Haushaltsgesetz festgelegt.

Dieses Gesetz ist im Amtsblatt der Region kundzumachen. Jeder, dem es obliegt, ist verpflichtet, es als Landesgesetz zu befolgen und für seine Befolgung zu sorgen.

ANHANG A (Artikel 15 Absatz 2)

Projekte im Zuständigkeitsbereich des Landes Südtirol, die der UVP unterliegen

(1) Der UVP unterliegen Projekte, die erhebliche negative Auswirkungen auf die Umwelt haben können.

(2) Auf jeden Fall wird eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt für:

- a) Projekte laut Anhang III zum 2. Teil des gesetzesvertretenden Dekretes vom 3. April 2006, Nr. 152, in geltender Fassung, die nicht im Anhang II zum 2. Teil desselben Dekretes enthalten sind,
- b) Projekte betreffend neue Bauwerke oder Eingriffe laut Anhang IV zum 2. Teil des gesetzesvertretenden Dekretes vom 3. April 2006, Nr. 152, in geltender Fassung, die auch nur teilweise in vom Gesetz vom 6. Dezember 1991, Nr. 394, in geltender Fassung, definierte Schutzgebiete fallen,
- c) Projekte laut Anhang IV zum 2. Teil des gesetzesvertretenden Dekretes vom 3. April 2006, Nr. 152, in geltender Fassung, wenn man aufgrund des Verfahrens zur Feststellung der UVP-Pflicht zur Auffassung gelangt, dass diese erhebliche negative Auswirkungen auf die Umwelt haben können. Die für diese Projekte anzuwendenden Kriterien und Schwellenwerte sind in den Leitlinien für die Feststellung der UVP-Pflicht für Projekte im Zuständigkeitsbereich der Regionen und Autonomen Provinzen festgelegt, die im Sinne von Artikel 6 Absatz 7 Buchstabe c) des gesetzesvertretenden Dekretes vom 3. April 2006, Nr. 152, in geltender Fassung, erlassen wurden. Die in den Leitlinien genannten Verweise auf die staatlichen Bestimmungen sind als Verweise auf die entsprechenden Landesbestimmungen zu verstehen.

(3) Das Verfahren für die Feststellung der UVP-Pflicht wird durchgeführt für:

- a) Änderungen oder Erweiterungen von Projekten laut Anhang III und IV zum 2. Teil des gesetzesvertretenden Dekretes vom 3. April 2006, Nr. 152, in geltender Fassung, deren Realisierung erhebliche und negative Auswirkungen auf die Umwelt haben könnte; ausgeschlossen bleiben die Änderungen oder Erweiterungen, wenn sie für sich genommen die Schwellenwerte, sofern solche im Anhang III festgelegt sind, nicht überschreiten,
- b) Projekte laut Anhang IV zum 2. Teil des gesetzesvertretenden Dekretes vom 3. April 2006, Nr. 152, in geltender Fassung, unter Anwendung der Kriterien und Schwellenwerte gemäß den Leitlinien, die im Sinne von Artikel 6 Absatz 7 Buchstabe f) des gesetzesvertretenden Dekretes vom 3. April 2006, Nr. 152, in geltender Fassung, erlassen wurden.

d) Legge provinciale 13 ottobre 2017, n. 17 ¹⁾

Valutazione ambientale per piani, programmi e progetti

1) Pubblicata nel supplemento 3 del B.U. 17 ottobre 2017, n. 42.

TITOLO I

DISPOSIZIONI COMUNI E PRINCIPI GENERALI

Art. 1 (Finalità)

(1) Le norme della presente legge costituiscono recepimento e attuazione:

- a) della direttiva 2001/42/CE del Parlamento europeo e del Consiglio, del 27 giugno 2001, concernente la valutazione degli effetti di determinati piani e programmi sull'ambiente;
- b) della direttiva 2011/92/UE del Parlamento Europeo e del Consiglio del 13 dicembre 2011, concernente la valutazione dell'impatto ambientale di determinati progetti pubblici e privati, e successive modifiche;
- c) della direttiva 2010/75/UE del Parlamento Europeo e del Consiglio del 24 novembre 2010, relativa alle emissioni industriali (prevenzione e riduzione integrate dell'inquinamento);
- d) della Parte seconda del decreto legislativo 3 aprile 2006, n. 152, e successive modifiche.

(2) Per quanto non regolamentato nei Titoli II, III e IV della presente legge, si applicano, in quanto compatibili, le disposizioni della Parte prima e della Parte seconda del decreto legislativo 3 aprile 2006, n. 152, e successive modifiche.

(3) La presente legge regola altresì la procedura di approvazione cumulativa per progetti esentati dalle procedure di valutazione dell'impatto ambientale (VIA) e di autorizzazione integrata ambientale (AIA), ma soggetti a più di due approvazioni, autorizzazioni o pareri da parte dell'amministrazione provinciale in materia ambientale.

Art. 2 (Comitato ambientale)

(1) Il Comitato ambientale è un organo tecnico consultivo della Giunta provinciale per la valutazione dei piani e programmi da sottoporre a valutazione ambientale strategica (VAS) e dei progetti da sottoporre a VIA ed è organo decisorio per i ricorsi nei casi previsti dalla normativa provinciale. Restano salve le competenze comunque previste nella legislazione provinciale.

(2) Il Comitato ambientale è composto da:

- a) il direttore/la direttrice dell'Agenzia provinciale per l'ambiente (Agenzia), che svolge le funzioni di presidente;
- b) un esperto/un'esperta in materia di igiene e salute pubblica, su designazione del direttore o della direttrice di ripartizione competente in materia;
- c) un esperto/un'esperta in materia di tutela del paesaggio e della natura, su designazione del direttore o della direttrice di ripartizione competente in materia;
- d) un esperto/un'esperta in materia di tutela delle acque, su designazione del direttore o della direttrice di ripartizione competente in materia;
- e) un esperto/un'esperta in materia di tutela dall'inquinamento atmosferico e acustico, su designazione del direttore o della direttrice di ripartizione competente in materia;
- f) un esperto/un'esperta in materia di pianificazione territoriale, su designazione del direttore o della direttrice di ripartizione competente in materia;
- g) due esperti nel campo della tutela della natura e dell'ambiente, designati dall'assessore o assessora provinciale alla tutela dell'ambiente tra un sestetto pariteticamente composto relativamente al genere e ai due maggiori gruppi linguistici, proposto dalle associazioni ambientaliste più rappresentative sul territorio provinciale.

(3) Per ogni membro del Comitato ambientale è nominato un membro supplente che sostituisce il membro effettivo in caso di assenza o impedimento. Il Comitato ambientale è legalmente costituito con la presenza dei due terzi dei componenti.

(4) Le determinazioni del Comitato ambientale sono adottate con il voto favorevole della maggioranza dei presenti. Le determinazioni del Comitato sono espresse in modo chiaro e analitico e specificano se sono relative a un vincolo derivante da una disposizione normativa o da un atto amministrativo generale ovvero discrezionalmente apposte per la migliore tutela dell'interesse pubblico.

(5) La Giunta provinciale nomina i membri del Comitato ambientale.

(6) Il Comitato ambientale resta in carica per la durata della legislatura.

(7) Alle sedute del Comitato ambientale partecipano di volta in volta, con diritto di voto, anche i rappresentanti degli uffici provinciali competenti per il rilascio di autorizzazioni o pareri necessari per i singoli progetti, che non siano già membri del Comitato ai sensi del comma 2; essi sono individuati sulla base delle competenze attribuite dalla normativa vigente nelle materie di cui all'articolo 4, comma 1. [2\)](#)

2) L'art. 2, comma 7, è stato così sostituito dall'art. 16, comma 1, della [L.P. 27 marzo 2020, n. 2](#).

Art. 3 (Gruppo di lavoro in materia ambientale)

(1) Il Gruppo di lavoro in materia ambientale (Gruppo di lavoro) si esprime sulla completezza e sull'adeguatezza della documentazione per la VAS e la VIA, redige la relazione istruttoria di merito sui piani e programmi soggetti a VAS e sui progetti soggetti a VIA ed esegue i conseguenti collaudi tecnico-ambientali. Esso è composto da:

- a) una persona rappresentante l'Ufficio provinciale Valutazione impatto ambientale, che lo coordina;
- b) in relazione al singolo piano, programma o progetto, ulteriori esperti interni in rappresentanza delle strutture organizzative con competenze in materia ambientale.

(2) Il/La Presidente del Comitato ambientale nomina il gruppo di lavoro specifico per ciascun piano, programma o progetto.

Art. 4 (Conferenza di servizi in materia ambientale)

(1) La Conferenza di servizi in materia ambientale (Conferenza di servizi) esprime pareri e rilascia autorizzazioni ambientali nelle seguenti materie:

- a) tutela delle acque;
- b) tutela dall'inquinamento atmosferico e acustico;
- c) gestione dei rifiuti e tutela del suolo;
- d) tutela della natura e del paesaggio;
- e) tutela degli ambienti acquatici;
- f) gestione delle risorse idriche;
- g) vincoli idrogeologici forestali.

(2) La Conferenza di servizi è presieduta dal/dalla Presidente del Comitato ambientale. Ad essa partecipano di volta in volta i rappresentanti degli uffici provinciali chiamati a esprimersi sui singoli progetti sulla base delle competenze attribuite dalla normativa vigente nelle materie di cui al comma 1. Il dissenso di uno o più uffici deve essere manifestato, a pena di inammissibilità, nella Conferenza di servizi ed essere congruamente motivato. Le determinazioni della Conferenza sono espresse in modo chiaro e analitico e specificano se sono relative a un vincolo derivante da una disposizione normativa o da un atto amministrativo generale ovvero discrezionalmente assunte per la migliore tutela dell'interesse pubblico.

Art. 5 (Norme comuni ai procedimenti di valutazione ambientale)

(1) L'Autorità responsabile dell'istruttoria della valutazione ambientale stabilisce i formati delle richieste di valutazione e della documentazione e le modalità di presentazione.

(2) Nel rispetto dei tempi minimi definiti per la consultazione del pubblico, nell'ambito dei procedimenti di seguito disciplinati, l'Autorità competente per il rilascio della valutazione ambientale (Autorità competente) può concludere accordi con il proponente o l'Autorità procedente e le altre amministrazioni pubbliche interessate, per disciplinare lo svolgimento delle attività di interesse comune in un'ottica di semplificazione e di maggiore efficacia dei procedimenti.

(3) Per ragioni di segreto industriale o commerciale è facoltà del proponente presentare all'Autorità competente motivata richiesta di non rendere pubblica parte della documentazione relativa al progetto, allo studio preliminare ambientale, allo studio di impatto ambientale o al rapporto integrato ambientale. L'Autorità competente, verificate le ragioni del proponente, accoglie o respinge motivatamente la richiesta, soppesando l'interesse alla riservatezza con l'interesse pubblico all'accesso alle informazioni. L'Autorità competente dispone comunque della documentazione riservata, con l'obbligo di rispettare le disposizioni vigenti in materia. Nel caso che la richiesta sia accolta, il proponente allega una specifica descrizione che possa essere pubblicata delle caratteristiche delle parti non rese pubbliche.

TITOLO II

VALUTAZIONE AMBIENTALE STRATEGICA (VAS)

Art. 6 (Ambito di applicazione)

(1) Sono sottoposti a VAS secondo le disposizioni del presente titolo tutti i piani e programmi:

- a) che sono elaborati per i settori agricolo, forestale, della pesca, energetico, industriale, dei trasporti, della gestione dei rifiuti e delle acque, per la valutazione e la gestione dell'aria ambiente, delle telecomunicazioni, turistico, della pianificazione territoriale o della destinazione dei suoli, e che definiscono il quadro di riferimento per l'autorizzazione dei progetti di cui all'allegato A, o
- b) per i quali è necessaria una valutazione d'incidenza ai sensi degli articoli 6 o 7 della direttiva 92/43/CEE del Consiglio, del 21 maggio 1992, relativa alla conservazione degli habitat naturali e seminaturali e della flora e della fauna selvatiche.

(2) Per le modifiche minori di piani e di programmi di cui al comma 1, la valutazione ambientale è necessaria qualora l'Autorità competente, a seguito di verifica di assoggettabilità a VAS e tenuto conto del diverso livello di sensibilità ambientale dell'area oggetto di intervento, valuti che producano impatti significativi sull'ambiente.

(3) L'Autorità competente valuta, mediante verifica di assoggettabilità, se i piani e i programmi, diversi da quelli di cui al comma 1, che definiscono il quadro di riferimento per l'autorizzazione dei progetti, producano impatti significativi sull'ambiente.

(4) La Provincia è competente per la verifica di assoggettabilità a VAS e per la VAS degli strumenti di pianificazione provinciale, nonché per le varianti agli strumenti di pianificazione comunale e sovracomunale di iniziativa della Provincia. I Comuni sono competenti per la verifica di assoggettabilità a VAS e per la VAS degli strumenti di pianificazione comunale e sovracomunale in base alle procedure previste dalla normativa urbanistica provinciale, nel rispetto dei termini e degli obblighi di pubblicazione di cui agli articoli da 7 a 13. [3\)](#)

3) L'art. 6, comma 4, è stato così modificato dall'art. 16, comma 2, della [L.P. 27 marzo 2020, n. 2](#).

Art. 7 (Verifica di assoggettabilità a VAS di piani e programmi di competenza della Provincia)

(1) Per i piani e programmi di competenza della Provincia l'Autorità procedente o il proponente redige un rapporto ambientale preliminare e lo trasmette all'Agenzia; tale rapporto comprende una descrizione del piano o programma e le informazioni e i dati necessari alla verifica degli impatti significativi sull'ambiente dipendenti dall'attuazione del piano o programma, facendo riferimento ai criteri dell'allegato II della direttiva 2001/42/CE.

(2) L'Agenzia individua i soggetti competenti in materia ambientale da consultare e trasmette loro il documento preliminare per acquisirne il parere. Il parere è inviato entro 30 giorni all'Agenzia e all'Autorità procedente. . [4](#)

(3) L'Agenzia, entro 90 giorni dalla trasmissione della documentazione di cui al comma 1, sulla base dei criteri di cui all'allegato II della direttiva 2001/42/CE e tenuto conto dei pareri pervenuti, emette il provvedimento di verifica di assoggettabilità a VAS, assoggettando o escludendo il piano o il programma dalla VAS e, se del caso, definendo le necessarie prescrizioni. [5](#)

4)L'art. 7, comma 2, è stato prima sostituito dall'art. 22, comma 1, della [L.P. 11 luglio 2018, n. 10](#), e successivamente così modificato dall'art. 16, comma 3, della [L.P. 27 marzo 2020, n. 2](#).

5)L'art. 7, comma 3, è stato così sostituito dall'art. 16, comma 4, della [L.P. 27 marzo 2020, n. 2](#).

Art. 8 (Pubblicità della decisione sull'assoggettabilità a VAS di competenza della Provincia)

(1) Il risultato della verifica di assoggettabilità, dei piani o programmi di competenza della Provincia, comprese le motivazioni, è pubblicato sul sito web dell'Agenzia.

Art. 9 (Fase preliminare della VAS per piani o programmi di competenza della Provincia)

(1) Ai fini dello svolgimento della fase preliminare di definizione dei contenuti del rapporto ambientale dei piani o programmi di competenza della Provincia, l'Autorità procedente o il proponente trasmette all'Agenzia un rapporto preliminare contenente:

- a) le indicazioni inerenti lo specifico piano o programma, necessarie per l'individuazione dei possibili, significativi effetti ambientali dipendenti dalla sua attuazione;
- b) i criteri per l'impostazione del rapporto ambientale.

(2) Il/La Presidente del Comitato ambientale costituisce il Gruppo di lavoro ai sensi dell'articolo 3.

(3) Sulla base del rapporto preliminare l'Autorità procedente o il proponente entra in consultazione con il Gruppo di lavoro, al fine di definire la portata e il livello di dettaglio delle informazioni da includere nel rapporto ambientale.

(4) Le consultazioni si concludono entro 90 giorni dall'invio del rapporto preliminare.

(5) L'Autorità procedente o il proponente redige il rapporto ambientale sulla base delle consultazioni.

Art. 10 (Rapporto ambientale)

(1) Nel rapporto ambientale sono individuati, descritti e valutati gli impatti significativi che l'attuazione del piano o del programma proposto potrebbe avere sull'ambiente, nonché le ragionevoli alternative da adottare in considerazione degli obiettivi e dell'ambito territoriale del piano o del programma stesso. Per evitare duplicazioni della valutazione, possono essere utilizzati, se pertinenti, approfondimenti già effettuati ed informazioni ottenute nell'ambito di altri livelli decisionali o altrimenti acquisite in attuazione di altre disposizioni normative.

(2) Il rapporto ambientale contiene le informazioni che possono essere ragionevolmente richieste sulla base del livello di conoscenza e dei metodi di valutazione attuali, del contenuto e del livello di dettaglio del piano o del programma, della fase in cui si trova nell'iter decisionale e della misura in cui taluni aspetti sono più adeguatamente valutati in altre fasi di detto iter.

(3) Le informazioni da inserire nel rapporto ambientale sono indicate nell'allegato I della direttiva 2001/42/CE.

Art. 11 (Consultazioni e valutazioni per piani o programmi di competenza della Provincia)

(1) Per piani o programmi di competenza della Provincia l'Autorità procedente o il proponente invia all'Agenzia la proposta di piano o di programma, il rapporto ambientale e una sintesi non tecnica dello stesso redatta in lingua italiana e tedesca.

(2) Contestualmente alla comunicazione di cui al comma 1 l'Autorità procedente o il proponente e l'Agenzia curano la pubblicazione sul proprio sito web di un avviso contenente: il titolo della proposta di piano o di programma, il proponente, l'Autorità procedente e l'indicazione delle sedi dove è possibile prendere visione del piano o programma, del rapporto ambientale e della sintesi non tecnica e dove possono essere presentate le osservazioni.

(3) Entro 60 giorni dalla pubblicazione dell'avviso di cui al comma 2 chiunque abbia interesse può prendere visione della proposta di piano o programma e del relativo rapporto ambientale e presentare proprie osservazioni in forma scritta, anche fornendo nuovi o ulteriori elementi conoscitivi e valutativi.

(4) Entro dieci giorni dalla scadenza del termine di cui al comma 3 le autorità presso le quali sono individuate le sedi di cui al comma 2 trasmettono all'Agenzia le osservazioni, le proposte e i pareri presentati dagli interessati e dai Comuni durante il periodo di pubblicazione.

(5) Il Gruppo di lavoro redige la relazione istruttoria di merito e si esprime sulla completezza e sull'adeguatezza della documentazione nonché sulle osservazioni presentate entro 60 giorni dall'ultimo giorno utile previsto per la presentazione delle osservazioni del pubblico.

(6) Il Comitato ambientale, entro 90 giorni dall'ultimo giorno utile previsto per la presentazione delle osservazioni del pubblico, esprime un parere motivato sul prevedibile impatto ambientale del piano o programma, tenendo conto della relazione istruttoria del Gruppo di lavoro e delle osservazioni presentate.

(7) In attuazione dei principi di economicità e semplificazione, le procedure di deposito, pubblicità e partecipazione, eventualmente previste dalle vigenti disposizioni per piani e programmi specifici, vengono coordinate con quelle previste dal presente articolo, in modo da evitare duplicazioni e assicurare il rispetto dei termini previsti dai commi 3 e 6.

Art. 12 (Adeguamento del piano o programma)

(1) L'Autorità competente per l'adozione o l'approvazione del piano o programma tiene conto del parere motivato nonché delle osservazioni e delle proposte presentate e provvede alle eventuali revisioni del piano o programma ritenute opportune.

Art. 13 (Informazioni circa la decisione)

(1) L'Autorità competente per l'adozione o l'approvazione del piano o programma pubblica sul proprio sito web:

- a) il piano o il programma adottato o approvato;
- b) il parere motivato del Comitato ambientale;
- c) una dichiarazione di sintesi redatta dall'Autorità procedente in lingua italiana e tedesca, in cui si illustra in che modo le considerazioni ambientali sono state integrate nel piano o programma e come si è tenuto conto del rapporto ambientale e degli esiti delle consultazioni, nonché le ragioni per le quali è stato scelto il piano o il programma, alla luce delle alternative possibili che erano state individuate;
- d) le misure adottate in merito al monitoraggio di cui all'Art. 14.

Art. 14 (Monitoraggio)

(1) Il monitoraggio assicura il controllo sugli impatti significativi sull'ambiente derivanti dall'attuazione dei piani e dei programmi approvati e la verifica del raggiungimento degli obiettivi di sostenibilità prefissati, così da individuare tempestivamente gli impatti negativi imprevisti e adottare le opportune misure correttive.

(2) Il piano o programma individua le responsabilità e la sussistenza delle risorse necessarie per la realizzazione e la gestione del monitoraggio.

(3) Delle modalità di svolgimento del monitoraggio, dei risultati e delle eventuali misure correttive di cui al comma 1, è data adeguata informazione attraverso i siti web dell'Autorità precedente.

(4) Le informazioni raccolte attraverso il monitoraggio sono da includere nel quadro conoscitivo dei successivi atti di pianificazione o programmazione e di esse si tiene conto nel caso di eventuali modifiche al piano o programma.

TITOLO III

VALUTAZIONE DI IMPATTO AMBIENTALE PER PROGETTI (VIA)

Art. 15 (Ambito di applicazione)

(1) Sono soggetti a VIA i progetti che possono avere significativi impatti negativi sull'ambiente.

(2) L'allegato A stabilisce i casi in cui un progetto è in ogni caso soggetto a VIA e i casi in cui un progetto è soggetto a verifica di assoggettabilità a VIA.

(3) Su proposta dell'Agenzia, la Giunta provinciale aggiorna, modifica o sostituisce l'allegato di cui al comma 2 per il necessario adeguamento a norme statali o comunitarie.

Art. 16 (Verifica di assoggettabilità a VIA)

(1) Il proponente trasmette all'Agenzia lo studio preliminare ambientale contenente le informazioni di cui all'allegato IV-bis alla Parte Seconda del decreto legislativo 3 aprile 2006, n. 152, e successive modifiche. [6\)](#)

(2) Lo studio preliminare ambientale è pubblicato tempestivamente nel sito web dell'Agenzia, con modalità tali da garantire la tutela della riservatezza di eventuali informazioni industriali o commerciali indicate dal proponente, in conformità a quanto previsto dalla disciplina sull'accesso del pubblico all'informazione ambientale. L'Agenzia comunica per via telematica l'avvenuta pubblicazione della documentazione alle autorità con competenza ambientale nelle materie di cui all'art. 4 e ai Comuni sul cui territorio è prevista la realizzazione del progetto. [7\)](#)

(2/bis) Entro 45 giorni dalla pubblicazione chiunque abbia interesse può prendere visione dello studio preliminare ambientale e della documentazione a corredo, presentando le proprie osservazioni all'Agenzia. [8\)](#)

(3) Nei successivi 30 giorni l'Agenzia può chiedere, per una sola volta, chiarimenti e integrazioni al proponente. In tal caso, il proponente provvede a trasmettere i chiarimenti richiesti entro e non oltre i successivi 45 giorni. Su richiesta motivata del proponente l'Agenzia può concedere, per una sola volta, la sospensione del termine per la presentazione delle integrazioni e dei chiarimenti richiesti per un periodo non superiore a 90 giorni. Qualora il proponente non trasmetta la documentazione richiesta entro il termine stabilito, la domanda si intende respinta ed è fatto obbligo all'Agenzia di procedere all'archiviazione. [9\)](#)

(3/bis) L'Agenzia adotta il provvedimento di verifica di assoggettabilità a VIA entro i successivi 45 giorni, ovvero entro 30 giorni dal ricevimento della documentazione di cui al comma 3 nell'eventualità in cui l'Agenzia ne abbia fatto richiesta. In casi eccezionali, relativi alla natura, alla complessità, all'ubicazione o alle dimensioni del progetto, l'Agenzia può prorogare, per una sola volta e per un periodo non superiore a 30 giorni, il termine per l'adozione del suddetto provvedimento; in tal caso, l'Agenzia comunica tempestivamente, per iscritto, al proponente le ragioni che giustificano la proroga e la data entro la quale è prevista l'adozione del provvedimento. [10\)](#)

(4) Se il progetto non ha significativi impatti negativi sull'ambiente, l'Agenzia dispone l'esclusione dalla procedura di valutazione di impatto ambientale in base ai criteri pertinenti elencati nell'allegato V alla Parte Seconda del decreto legislativo 3 aprile 2006, n. 152; ove richiesto dal proponente e tenendo conto delle eventuali osservazioni del Ministero per i beni e le attività culturali e per il turismo per i profili di competenza, impartisce le condizioni ambientali necessarie a evitare o prevenire quelli che potrebbero altrimenti

rappresentare impatti ambientali significativi e negativi. Se il progetto presenta possibili, significativi impatti negativi sull'ambiente, l'Agenzia dispone l'applicazione delle disposizioni di cui agli articoli da 18 a 22 in base ai criteri pertinenti elencati nel predetto allegato V. [11\)](#)

(5) Per le installazioni soggette a verifica di assoggettabilità e ad autorizzazione integrata ambientale, la decisione sulla assoggettabilità a VIA è adottata dalla Conferenza di servizi in seno alla procedura di cui all'articolo 28.

(6) Per i progetti soggetti a verifica di assoggettabilità e a più di due approvazioni, autorizzazioni o pareri da parte dell'Amministrazione provinciale nelle materie di cui all'articolo 4, comma 1, la decisione sull'assoggettabilità a VIA è adottata dalla Conferenza di servizi in seno alla procedura di approvazione cumulativa di cui all'articolo 42.

(7) Il provvedimento di verifica di assoggettabilità a VIA, comprese le motivazioni, è pubblicato integralmente sul sito web dell'Agenzia. [12\)](#)

(8) Su richiesta del proponente, l'Agenzia assoggetta alla procedura di valutazione di impatto ambientale di cui agli articoli da 18 a 22 i progetti soggetti a verifica di assoggettabilità ai sensi dell'allegato A, senza il previo espletamento della verifica di assoggettabilità.

- 6)L'art. 16, comma 1, è stato così modificato dall'art. 16, comma 5, della [L.P. 27 marzo 2020, n. 2.](#)
7)L'art 16, comma 2, è stato così modificato dall'art. 16, commi 6 e 7, della [L.P. 27 marzo 2020, n. 2.](#)
8)L'art. 16, comma 2/bis, è stato inserito dall'art. 16, comma 8, della [L.P. 27 marzo 2020, n. 2.](#)
9)L'art. 16, comma 3, è stato così sostituito dall'art. 16, comma 9, della [L.P. 27 marzo 2020, n. 2.](#)
10)L'art. 16, comma 3/bis, è stato inserito dall'art. 16, comma 10, della [L.P. 27 marzo 2020, n. 2.](#)
11)L'art. 16, comma 4, è stato così sostituito dall'art. 16, comma 11, della [L.P. 27 marzo 2020, n. 2.](#)
12)L'art. 16, comma 7, è stato così modificato dall'art. 16, comma 12, della [L.P. 27 marzo 2020, n. 2.](#)

Art. 17 (Studio di impatto ambientale)

(1) Lo studio di impatto ambientale va allegato al progetto e deve contenere le informazioni di cui all'allegato VII alla Parte Seconda del decreto legislativo 3 aprile 2006, n. 152. In ogni caso il proponente deve fornire:

- a) una descrizione del progetto con informazioni relative alla sua ubicazione, alle sue caratteristiche e dimensioni;
- b) una descrizione dei probabili effetti significativi del progetto sull'ambiente, sia in fase di realizzazione sia in fase di esercizio e di dismissione;
- c) una descrizione delle misure previste per evitare, prevenire, ridurre e, per quanto possibile, compensare impatti ambientali significativi e negativi;
- d) una descrizione delle soluzioni alternative prese in esame dal proponente, compresa l'alternativa zero, con indicazione delle ragioni principali che hanno portato alla scelta dell'opzione proposta prendendo in considerazione gli impatti ambientali;
- e) il piano di monitoraggio dei potenziali impatti ambientali significativi e negativi derivanti dalla realizzazione e dall'esercizio del progetto, nel quale sono anche indicate le responsabilità e le risorse necessarie per la realizzazione e la gestione del monitoraggio;
- f) qualsiasi informazione supplementare di cui all'allegato VII alla Parte Seconda del decreto legislativo 3 aprile 2006, n. 152, relativa alle caratteristiche peculiari del progetto specifico o della tipologia di progetto e dei fattori ambientali che possono subire un pregiudizio;
- g) una sintesi non tecnica delle informazioni di cui alle lettere da a) a f), redatta in lingua italiana e tedesca. [13\)](#)

(2) [14\)](#)

(3) Il proponente può presentare all'Agenzia una bozza del progetto e dello studio di impatto ambientale, al fine di definire la portata delle informazioni da includere nel progetto e nello studio di impatto ambientale, il relativo livello di dettaglio e le metodologie da adottare. A tale scopo il/la presidente del Comitato ambientale procede alla nomina del Gruppo di lavoro, che si pronuncia entro 30 giorni. [15\)](#)

- 13)L'art. 17, comma 1, è stato così sostituito dall'art. 16, comma 13, della [L.P. 27 marzo 2020, n. 2.](#)
14)L'art. 17, comma 2, è stato abrogato dall'art. 21, comma 1, lettera a), della [L.P. 27 marzo 2020, n. 2.](#)
15)L'art. 17, comma 3, è stato così modificato dall'art. 16, comma 14, della [L.P. 27 marzo 2020, n. 2.](#)

Art. 18 (Avvio del procedimento per il rilascio del provvedimento autorizzatorio unico provinciale)

(1) Il proponente presenta all'Agenzia la domanda di VIA comprensiva dei seguenti allegati: il progetto, lo studio di impatto ambientale, le informazioni sugli eventuali impatti transfrontalieri del progetto, l'avviso al pubblico con i contenuti indicati all'articolo 24, comma 2, del decreto legislativo 3 aprile 2006, n. 152, e la sintesi non tecnica. Il proponente allega altresì la documentazione e gli elaborati progettuali previsti dalle norme di settore per consentire l'istruttoria tecnico-amministrativa finalizzata al rilascio di tutte le autorizzazioni, le intese, le concessioni, le licenze, i pareri, i concerti, i nulla osta e gli assensi comunque denominati, necessari alla realizzazione e all'esercizio del progetto e indicati in un apposito elenco predisposto dal proponente stesso.

(2) Entro 15 giorni dalla presentazione dell'istanza l'Agenzia comunica per via telematica a tutte le amministrazioni e gli enti potenzialmente interessati, e comunque competenti a esprimersi sulla realizzazione e sull'esercizio del progetto, l'avvenuta pubblicazione della documentazione nel proprio sito web.

(3) Il/La Presidente del Comitato ambientale costituisce il Gruppo di lavoro di cui all'articolo 3. Entro 30 giorni dalla pubblicazione della documentazione il Gruppo di lavoro e le amministrazioni e gli enti di cui al comma 2 verificano, per i profili di rispettiva competenza, l'adeguatezza e la completezza della documentazione, assegnando al proponente un termine perentorio non superiore a 30 giorni per le eventuali integrazioni.

(4) Successivamente alla verifica della completezza documentale, o al ricevimento delle eventuali integrazioni richieste, l'Agenzia pubblica nel proprio sito web l'avviso al pubblico di cui al comma 1, il progetto, lo studio di impatto ambientale e la sintesi non tecnica; della pubblicazione è data informazione nell'albo pretorio informatico delle Amministrazioni comunali territorialmente interessate. La pubblicazione nel sito web dell'Agenzia sostituisce le comunicazioni ai sensi dell'articolo 14 della [legge provinciale 22 ottobre 1993, n. 17](#), e successive modifiche.

(5) Entro 60 giorni dalla pubblicazione di cui al comma 4, chiunque abbia interesse può prendere visione del progetto e del relativo studio di impatto ambientale e presentare le proprie osservazioni in merito alla valutazione di impatto ambientale nonché alla valutazione di incidenza ai sensi della direttiva 92/43/CEE e all'autorizzazione integrata ambientale, qualora queste ultime siano necessarie. Le osservazioni pervenute sono pubblicate tempestivamente sul sito web dell'Agenzia.

(6) Il Comune o i Comuni nel cui territorio è prevista la realizzazione del progetto o il/la rappresentante legale di un'associazione ambientalista operante a livello provinciale possono richiedere all'Agenzia, entro 20 giorni dalla pubblicazione di cui al comma 4, che la consultazione avvenga nell'ambito di un'inchiesta pubblica. Tale inchiesta deve concludersi entro i successivi 40 giorni a pena di archiviazione del procedimento. Il verbale dell'inchiesta pubblica è redatto dall'Agenzia.

(7) Entro 30 giorni dalla scadenza del termine per la presentazione delle osservazioni, ovvero dalla conclusione dell'inchiesta pubblica, l'Agenzia può chiedere al proponente eventuali integrazioni, assegnando allo stesso un termine non superiore a 30 giorni. Su richiesta motivata del proponente l'Agenzia può concedere, per una sola volta, la sospensione dei termini per la presentazione della documentazione integrativa per un periodo non superiore a 180 giorni. Qualora entro il termine stabilito il proponente non depositi la documentazione integrativa, l'istanza si intende ritirata e l'Agenzia procede all'archiviazione.

(8) L'Agenzia, ove motivatamente ritenga che le modifiche o le integrazioni siano sostanziali e rilevanti per il pubblico, dispone, entro 15 giorni dalla ricezione della documentazione integrativa, che il proponente trasmetta, entro i successivi 15 giorni, un nuovo avviso al pubblico, predisposto in conformità all'articolo 24, comma 2, del decreto legislativo 3 aprile 2006, n. 152, e procede a una nuova pubblicazione ai sensi del comma 4. I termini di cui ai commi 5 e 6 per l'ulteriore consultazione del pubblico sono ridotti alla metà.

(9) Entro dieci giorni dalla scadenza del termine di conclusione della consultazione ovvero dalla data di ricevimento delle eventuali integrazioni documentali, l'Agenzia convoca una conferenza di servizi alla quale partecipano il proponente, il Comitato ambientale rappresentato dal suo/dalla sua Presidente o da un suo delegato/una sua delegata e tutte le Amministrazioni competenti o comunque potenzialmente interessate per il rilascio dei titoli abilitativi non afferenti alla tutela dell'ambiente, necessari alla realizzazione e all'esercizio del progetto e richiesti dal proponente. La conferenza di servizi è convocata in modalità sincrona.

(10) Il termine di conclusione della conferenza di servizi è di 120 giorni decorrenti dalla data di convocazione dei lavori. [16\)](#) [17\)](#)

16)L'art. 18 è stato così sostituito dall'art. 16, comma 15, della [L.P. 27 marzo 2020, n. 2](#).

17)L'art. 18, comma 10, è stato così modificato dall'art. 3, comma 1, della [L.P. 16 giugno 2020, n. 5](#).

Art. 19 (Valutazione degli impatti ambientali) [18\)](#)

(1) Il Gruppo di lavoro redige la relazione istruttoria di merito e si esprime sulla completezza e sull'adeguatezza della documentazione nonché sulle osservazioni presentate o espresse nell'inchiesta pubblica.

(2) Il Comitato ambientale esamina il progetto e il relativo studio di impatto ambientale ed emette un parere motivato sull'impatto ambientale prevedibile, tenendo conto delle valutazioni del Gruppo di lavoro e delle osservazioni presentate o espresse nell'inchiesta pubblica. Il proponente e il sindaco del Comune interessato hanno diritto di essere ascoltati dal Comitato ambientale prima che venga rilasciato il parere. Il parere può contenere anche indicazioni sugli interventi idonei a evitare, limitare o compensare gli impatti ambientali negativi significativi e sulle eventuali misure di monitoraggio da adottarsi in fase di realizzazione e di esercizio del progetto. [19\)](#)

(3) La Giunta provinciale si pronuncia sulla compatibilità ambientale del progetto, tenendo conto del parere del Comitato ambientale e delle osservazioni presentate o espresse nell'inchiesta pubblica. [20\)](#)

18)La rubrica dell'art. 19, è stata così sostituita dall'art. 16, comma 16, della [L.P. 27 marzo 2020, n. 2](#).

19)L'art. 19, comma 2, è stato così modificato dall'art. 16, commi 17 e 18, della [L.P. 27 marzo 2020, n. 2](#).

20)L'art. 19, comma 3, è stato inserito dall'art. 16, comma 19, della [L.P. 27 marzo 2020, n. 2](#).

Art. 20 (Provvedimento autorizzatorio unico provinciale)

(1) Il provvedimento autorizzatorio unico provinciale è assunto nella seduta conclusiva della conferenza di servizi ed è costituito dalla determinazione motivata di conclusione della conferenza. In questa seduta il Comitato ambientale è rappresentato dal suo/dalla sua Presidente o da un suo delegato/una sua delegata, che espone l'esito della valutazione di impatto ambientale. Il provvedimento autorizzatorio unico provinciale comprende il provvedimento di VIA e i titoli abilitativi rilasciati per la realizzazione e l'esercizio del progetto, recandone l'indicazione esplicita. Resta fermo che la decisione di concedere tali titoli abilitativi è assunta sulla base del provvedimento di VIA. Non si applicano le disposizioni di cui all'articolo 11/bis della [legge provinciale 22 ottobre 1993, n. 17](#), e successive modifiche.

(2) L'efficacia temporale del provvedimento di VIA è definita dal provvedimento stesso ed è comunque non inferiore a cinque anni, tenuto conto dei tempi previsti per la realizzazione del progetto, dei procedimenti autorizzatori necessari nonché dell'eventuale proposta formulata dal proponente e inserita nella documentazione a corredo dell'istanza di VIA. Decorsa l'efficacia temporale indicata nel provvedimento di VIA senza che il progetto sia stato realizzato, il procedimento di VIA deve essere reiterato, fatta salva la concessione, su istanza del proponente e previo parere del Comitato ambientale, di specifica proroga da parte dell'Agenzia.

(3) Le condizioni e le misure supplementari relative all'autorizzazione integrata ambientale e agli altri titoli abilitativi di cui al comma 1, contenute nel provvedimento autorizzatorio unico provinciale, sono rinnovate e riesaminate, controllate e sanzionate dalle amministrazioni competenti per materia secondo le modalità previste dalle relative disposizioni di settore.

(4) Il provvedimento autorizzatorio unico provinciale è pubblicato, integralmente, nel sito web dell'Agenzia. I termini per eventuali impugnazioni in sede giurisdizionale decorrono dalla data di pubblicazione. [21\)](#)

21)L'art. 20 è stato così sostituito dall'art. 16, comma 20, della [L.P. 27 marzo 2020, n. 2](#).

Art. 21 [22\)](#)

22) L'art. 21 è stato abrogato dall'art. 21, comma 1, lettera a), della [L.P. 27 marzo 2020, n. 2](#).

Art. 22 (Monitoraggio)

- (1) Il provvedimento di valutazione dell'impatto ambientale contiene ogni opportuna indicazione per la progettazione e lo svolgimento delle attività di controllo e monitoraggio degli impatti.
- (2) L'Agenzia dà adeguata informazione sul proprio sito web delle modalità di svolgimento del monitoraggio, dei risultati e delle eventuali misure correttive adottate.

Art. 23 (Progetti esecutivi e varianti)

- (1) Qualora la decisione sulla VIA prescriva la presentazione del progetto esecutivo, il Comitato ambientale, entro il termine di 60 giorni dalla relativa presentazione, verifica con parere motivato la conformità dello stesso al progetto approvato in sede VIA.
- (2) I progetti di variante con rilevanza ambientale relativi a progetti soggetti a VIA già approvati e in corso di realizzazione vanno presentati all'Autorità competente per il rilascio del titolo abilitativo alla costruzione, la quale li trasmette all'Agenzia.
- (3) Il Comitato ambientale verifica se le modifiche presentate con il progetto di variante possano avere significativi impatti negativi sull'ambiente e rilascia un parere entro 60 giorni. Se le modifiche hanno significativi impatti negativi sull'ambiente, il progetto va sottoposto a nuova procedura di VIA.
- (4) La Giunta provinciale decide entro 90 giorni dalla presentazione del progetto esecutivo o di variante di cui ai commi 1 o 2.

Art. 24 (Progetti di competenza statale)

- (1) Per i progetti di competenza statale soggetti a VIA, per la cui esecuzione sia richiesta la previa intesa con la Provincia autonoma di Bolzano ai sensi dell'articolo 20 del [decreto del Presidente della Repubblica 22 marzo 1974, n. 381](#), o il parere della Provincia ai sensi della normativa statale in materia di VIA, intesa e parere vengono espressi dalla Giunta provinciale previo parere del Comitato ambientale.

Art. 25 (Collaudo tecnico ambientale)

- (1) Una volta terminata l'opera e almeno 15 giorni prima della messa in esercizio, il proponente deve presentare all'Agenzia una richiesta di collaudo tecnico ambientale. Alla domanda va allegata una dichiarazione che attesta la conformità dell'opera alle caratteristiche indicate nel progetto.
- (2) Il Gruppo di lavoro verifica la conformità dell'opera al progetto approvato e ne relaziona al Comitato ambientale.
- (3) Il Comitato ambientale, tenendo conto della relazione del Gruppo di lavoro, accerta la conformità dell'opera al progetto approvato, approva gli eventuali scostamenti marginali ed esprime un parere vincolante in merito allo svincolo delle cauzioni richieste per il progetto dalle leggi di settore.

TITOLO IV AUTORIZZAZIONE INTEGRATA AMBIENTALE

Art. 26 (Ambito di applicazione)

(1) Secondo le disposizioni del presente titolo sono soggette ad autorizzazione integrata ambientale (AIA) le installazioni che svolgono attività di cui all'allegato I della direttiva 2010/75/CE non ricadenti nella competenza dello Stato nonché le modifiche sostanziali delle stesse.

(2) L'AIA è rilasciata senza oneri a carico del gestore, ad eccezione dell'imposta di bollo, in base alla procedura prevista negli articoli seguenti.

Art. 27 (Domanda di autorizzazione integrata ambientale)

(1) Ai fini dell'esercizio delle nuove installazioni o della modifica sostanziale delle installazioni esistenti, il gestore presenta domanda di AIA, corredata delle informazioni richieste dalla normativa statale in materia. La sintesi non tecnica delle informazioni contenute nella domanda deve essere redatta in lingua italiana e tedesca.

Art. 28 (Procedura per il rilascio dell'autorizzazione integrata ambientale)

(1) La domanda di rilascio dell'autorizzazione integrata ambientale va presentata all'Agenzia.

(2) Entro 30 giorni dal ricevimento della domanda l'Agenzia comunica al gestore la data di avvio del procedimento ai sensi della [legge provinciale 22 ottobre 1993, n. 17](#), e successive modifiche, e verifica la completezza della domanda e della documentazione allegata.

(3) Qualora la domanda risulti incompleta, l'Agenzia richiede apposite integrazioni, indicando un termine non superiore a 90 giorni. In tal caso i termini del procedimento si intendono sospesi fino alla presentazione della documentazione integrativa. Se il proponente non deposita entro il termine indicato la documentazione completa degli elementi mancanti, l'istanza si intende ritirata. È fatta salva la facoltà per il proponente di richiedere una proroga del termine per la presentazione della documentazione integrativa.

(4) Entro il termine di 15 giorni dall'avvio del procedimento, salvo quanto previsto al comma 3, l'Agenzia pubblica nel proprio sito web l'indicazione della localizzazione dell'installazione e il nominativo del gestore, specificando che è possibile prendere visione degli atti presso l'Agenzia stessa e trasmettere osservazioni entro il termine di cui al comma 6. Tali forme di pubblicità sostituiscono la comunicazione di avvio del procedimento in caso di pluralità di destinatari di cui alla [legge provinciale 22 ottobre 1993, n. 17](#), e successive modifiche. Per le installazioni soggette anche a VIA è prevista un'unica pubblicazione.

(5) I documenti e gli atti inerenti il procedimento sono depositati presso l'Agenzia per la consultazione da parte del pubblico.

(6) Entro 30 giorni dalla data di pubblicazione dell'avviso di cui al comma 4, chiunque abbia interesse può presentare all'Agenzia osservazioni in forma scritta sulla domanda.

(7) Entro il termine di cui al comma 6, il sindaco/la sindaca del Comune ove è ubicata l'installazione comunica all'Agenzia eventuali prescrizioni ai sensi degli articoli 216 e 217 del regio decreto 27 luglio 1934, n. 1265.

(8) L'Agenzia convoca la Conferenza di servizi. Per le installazioni soggette alle disposizioni di cui al decreto legislativo 17 agosto 1999, n. 334, e successive modifiche, alla Conferenza di servizi è invitato/a un/a rappresentante della rispettiva Autorità competente, al fine di armonizzare le prescrizioni e concordare preliminarmente le condizioni di funzionamento dell'installazione. La Conferenza di servizi esprime il proprio parere sulla domanda di AIA entro 90 giorni dalla scadenza del termine di cui al comma 2, salvi i casi di sospensione dei termini di cui al comma 3.

(9) L'Agenzia rilascia entro 30 giorni l'AIA in conformità al parere della Conferenza di servizi.

(10) L'AIA rilasciata ai sensi del presente titolo sostituisce ad ogni effetto le seguenti autorizzazioni:

- a) autorizzazione alle emissioni in atmosfera, fermi restando i profili concernenti aspetti sanitari;
- b) autorizzazione allo scarico;

- c) autorizzazione per impianti di recupero e di smaltimento dei rifiuti, compresi l'autosmaltimento e il recupero dei propri rifiuti, nonché lo smaltimento degli apparecchi contenenti Pcb-Pct;
- d) autorizzazione all'utilizzo dei fanghi derivanti dal processo di depurazione in agricoltura.

Art. 29 (Migliori tecniche disponibili (BAT) e norme di qualità ambientale)

(1) I valori limite di emissione, i parametri e le misure tecniche equivalenti fanno riferimento all'applicazione delle migliori tecniche disponibili, senza l'obbligo di utilizzare una tecnica o una tecnologia specifica, tenendo conto delle caratteristiche tecniche dell'impianto in questione, della sua ubicazione geografica e delle condizioni locali dell'ambiente.

(2) Nel caso in cui uno strumento di programmazione o di pianificazione ambientale, considerate tutte le sorgenti emissive coinvolte, riconosca la necessità di applicare ad impianti, localizzati in una determinata area, misure più rigorose di quelle ottenibili con le migliori tecniche disponibili, al fine di assicurare in tale area il rispetto delle norme di qualità ambientale, la Conferenza di servizi valuta l'opportunità di prescrivere misure più rigorose.

Art. 30 (Accesso all'informazione)

(1) L'AIA e qualsiasi suo successivo aggiornamento e rinnovo sono pubblicati sul sito web dell'Agenzia.

(2) Presso l'Agenzia sono inoltre rese disponibili:

- a) le informazioni relative alla partecipazione del pubblico al procedimento;
- b) i motivi su cui è basata la decisione;
- c) i risultati delle consultazioni condotte prima dell'adozione della decisione e una spiegazione della modalità con cui se ne è tenuto conto nella decisione;
- d) il titolo dei documenti di riferimento sulle BAT pertinenti per l'installazione o l'attività interessate;
- e) il metodo utilizzato per determinare le condizioni di autorizzazione, ivi compresi i valori limite di emissione, in relazione alle migliori tecniche disponibili e ai livelli di emissione ivi associati;
- f) se è concessa una deroga ai valori limite di emissione, i motivi specifici della deroga in relazione alle migliori tecniche disponibili e le condizioni imposte;
- g) le informazioni sulle misure adottate dal gestore al momento della cessazione definitiva delle attività;
- h) i risultati del controllo delle emissioni, richiesti dalle condizioni di autorizzazione e in possesso dell'Agenzia;
- i) le relazioni redatte a seguito delle ispezioni.

Art. 31 (Collaudo tecnico ambientale)

(1) Il gestore, almeno 15 giorni prima della messa in esercizio dell'installazione, ne dà comunicazione all'Agenzia e presenta domanda per il collaudo tecnico ambientale. Nella domanda deve essere indicata la data di messa in esercizio e deve essere allegata una dichiarazione che attesti la conformità dell'installazione alle caratteristiche prescritte nell'autorizzazione.

(2) Entro il termine massimo di 180 giorni dalla messa in esercizio, l'Agenzia procede al collaudo tecnico ambientale e controlla il rispetto delle prescrizioni previste nell'autorizzazione. In caso di mancato rispetto trovano applicazione le prescrizioni di cui all'articolo 44, comma 3.

Art. 32 (Procedura di approvazione congiunta di progetti soggetti a VIA relativi ad installazioni soggette ad AIA)

(1) Nel caso di progetti soggetti a VIA relativi a installazioni soggette ad AIA si applica la procedura di VIA di cui agli articoli da 17 a 22, integrandola con le disposizioni previste dal presente articolo.

(2) La domanda congiunta di VIA e AIA deve fornire le indicazioni di cui agli articoli 17 e 27.

(3) L'avviso di pubblicazione di cui all'articolo 18, comma 2, deve altresì contenere l'indicazione che il progetto è relativo a un'installazione soggetta ad AIA, nonché le informazioni di cui all'Art. 28, comma 4.

(4) L'Agenzia rilascia l'AIA conformemente alla decisione sulla VIA, entro 30 giorni dalla decisione sulla VIA.

(5) Per il collaudo tecnico ambientale di installazioni soggette ad AIA, che sono altresì assoggettate a VIA, si applica la procedura di collaudo di cui all'articolo 31 prevista per le installazioni soggette ad AIA.

Art. 33 (Controllo delle emissioni delle installazioni soggette ad autorizzazione integrata ambientale)

(1) L'AIA contiene gli opportuni requisiti di controllo delle emissioni, che specificano la metodologia e la frequenza di misurazione, le condizioni per valutare la conformità, la relativa procedura di valutazione nonché l'obbligo di comunicare all'Agenzia periodicamente, e almeno una volta all'anno, i dati necessari per verificarne la conformità alle condizioni prescritte dall'autorizzazione.

(2) Fatto salvo quanto specificato nelle conclusioni sulle BAT applicabili, l'autorizzazione integrata ambientale programma specifici controlli almeno una volta ogni cinque anni per le acque sotterranee e almeno una volta ogni dieci anni per il suolo, a meno che, sulla base di una valutazione sistematica del rischio di contaminazione, non siano state fissate diverse modalità o più ampie frequenze per tali controlli.

Art. 34 (Rispetto delle condizioni dell'autorizzazione integrata ambientale)

(1) Dalla data di messa in esercizio dell'installazione, il gestore trasmette all'Agenzia e ai Comuni interessati i dati relativi ai controlli delle emissioni richiesti dall'AIA, secondo modalità e frequenze stabilite nell'autorizzazione stessa. Il gestore provvede, altresì, a informare immediatamente l'Agenzia in caso di violazione delle condizioni dell'autorizzazione, e adotta nel contempo le misure necessarie a ripristinare nel più breve tempo possibile la conformità.

Art. 35 (Piano provinciale d'ispezione ambientale)

(1) La Giunta provinciale approva e aggiorna periodicamente un piano provinciale d'ispezione ambientale su proposta dell'Agenzia, sentito il Ministero dell'ambiente e della tutela del territorio e del mare, per garantire il coordinamento con quanto previsto nelle autorizzazioni integrate ambientali statali ricadenti nel territorio provinciale.

(2) Sulla base del piano provinciale d'ispezione, l'Agenzia redige periodicamente i programmi delle ispezioni ordinarie, comprendenti la frequenza delle visite in loco per i vari tipi di installazioni, da svolgersi con oneri a carico del gestore.

Art. 36 (Ispezioni delle installazioni soggette ad autorizzazione integrata ambientale)

(1) In sede di ispezioni periodiche delle installazioni soggette ad AIA, l'Agenzia accerta, secondo quanto previsto nell'autorizzazione e nel programma d'ispezione di cui all'articolo 35, comma 2, quanto segue:

- a) il rispetto delle condizioni poste dall'AIA;
- b) la regolarità dei controlli a carico del gestore, con particolare riferimento alla regolarità delle misure e dei dispositivi di prevenzione dell'inquinamento nonché al rispetto dei valori limite di emissione;
- c) che il gestore abbia ottemperato ai propri obblighi di comunicazione e in particolare che abbia informato regolarmente l'Agenzia e, in caso di inconvenienti o incidenti che influiscano in modo significativo sull'ambiente, abbia dato tempestiva comunicazione alla stessa sui risultati scaturiti dal controllo delle emissioni del proprio impianto.

(2) Ferme restando le misure di controllo di cui al comma 1, l'Agenzia può disporre ispezioni straordinarie sugli impianti autorizzati ai sensi del presente titolo; i relativi oneri sono a carico della Provincia.

(3) Al fine di consentire le attività di cui ai commi 1 e 2, il gestore deve fornire tutta l'assistenza necessaria per lo svolgimento di qualsiasi verifica tecnica relativa all'impianto, per prelevare campioni e per raccogliere qualsiasi informazione necessaria ai fini del presente titolo.

(4) La relazione sull'esito dei controlli e delle ispezioni da parte dei funzionari a ciò autorizzati dalla normativa statale e provinciale è trasmessa entro due mesi dalla visita in loco all'Agenzia e al gestore; nella relazione sono indicate le situazioni di mancato rispetto delle prescrizioni e le proposte di misure da adottare.

Art. 37 (Riesame dell'autorizzazione integrata ambientale)

(1) L'Agenzia riesamina periodicamente l'AIA nei casi previsti dalla direttiva 2010/75/CE, confermando o aggiornando le relative condizioni.

(2) In ogni caso l'Agenzia riesamina l'autorizzazione quando sono trascorsi dieci anni dal rilascio dell'AIA o dall'ultimo riesame effettuato sull'intera installazione. Nel caso di un'installazione certificata secondo la norma UNI EN ISO 14001 il termine per il riesame è esteso a dodici anni. Nel caso di un'installazione registrata ai sensi del regolamento (CE) n. 1221/2009 del Parlamento Europeo e del Consiglio del 25 novembre 2009 sull'adesione volontaria delle organizzazioni a un sistema comunitario di ecogestione e audit (EMAS), che abroga il regolamento (CE) n. 761/2001 e le decisioni della Commissione 2001/681/CE e 2006/193/CE, il termine per il riesame è esteso a 16 anni.

(3) L'Agenzia comunica al gestore l'avvio del procedimento di riesame e richiede la documentazione a tal fine necessaria. Il procedimento di riesame è condotto con le modalità di cui all'Art. 28

Art. 38 (Modifica delle installazioni o variazione del gestore)

(1) Il gestore comunica all'Agenzia le progettate modifiche all'impianto. Ove lo ritenga necessario, l'Agenzia aggiorna l'AIA o le relative condizioni in conformità con la determinazione della Conferenza di servizi. Decorsi 60 giorni dalla comunicazione, il gestore può procedere alla realizzazione delle modifiche comunicate.

(2) Se l'Agenzia rileva che le modifiche progettate sono sostanziali, ne dà notizia al gestore entro 60 giorni dal ricevimento della comunicazione, per consentirgli di presentare una nuova domanda di autorizzazione corredata da una relazione contenente un aggiornamento delle informazioni.

(3) Il gestore informa inoltre l'Agenzia in merito ad ogni nuova istanza presentata per l'installazione ai sensi della normativa in materia di prevenzione dai rischi di incidente rilevante o in materia urbanistica o di edilizia. La comunicazione, da effettuare prima di realizzare gli interventi, specifica gli elementi in base ai quali il gestore ritiene che gli interventi previsti non comportino né effetti sull'ambiente, né contrasto con le prescrizioni esplicitamente già fissate nell'AIA.

(4) Nel caso in cui intervengano variazioni nella titolarità della gestione dell'impianto, il vecchio gestore e il nuovo gestore ne danno comunicazione entro 30 giorni all'Agenzia, anche nelle forme della autocertificazione ai fini della volturazione dell'AIA.

Art. 39 (Incidenti o eventi imprevisti)

(1) Fatta salva la disciplina relativa alla responsabilità ambientale in materia di prevenzione e riparazione del danno ambientale, in caso di incidenti o eventi imprevisti che incidano in modo significativo sull'ambiente, il gestore informa immediatamente l'Agenzia e adotta immediatamente le misure per limitare le conseguenze ambientali e per prevenire ulteriori eventuali incidenti o eventi imprevisti, informandone l'Agenzia.

(2) In esito alle informative di cui al comma 1, l'Agenzia può diffidare il gestore affinché adotti ogni misura complementare appropriata che l'Autorità stessa, anche su proposta delle amministrazioni territorialmente competenti in materia ambientale, ritenga necessaria per limitare le conseguenze ambientali e prevenire ulteriori eventuali incidenti o imprevisti.

Art. 40 (Disposizioni relative al registro europeo delle emissioni)

(1) In provincia di Bolzano l'Agenzia è l'Autorità competente ad ottemperare agli obblighi di comunicazione e di valutazione della qualità dei dati di cui all'articolo 3, comma 2, del decreto del Presidente della Repubblica 11 luglio 2011, n. 157, ai fini dell'attuazione del regolamento (CE) n. 166/2006 del Parlamento Europeo e del Consiglio del 18 gennaio 2006, relativo all'istituzione di un registro europeo delle emissioni e dei trasferimenti di sostanze inquinanti e che modifica le direttive 91/689/CEE e 96/61/CE del Consiglio.

TITOLO V PROCEDURA CUMULATIVA

Art. 41 (Ambito di applicazione)

(1) Per i progetti esentati dalle procedure di VIA e di AIA, ma soggetti a più di due approvazioni, autorizzazioni o pareri, o altri atti di assenso comunque denominati, da parte dell'amministrazione provinciale nelle materie di cui all'articolo 4, comma 1, si applica la procedura di approvazione cumulativa.

Art. 42 (Procedura di approvazione cumulativa)

(1) La struttura competente trasmette all'Agenzia i progetti di cui all'articolo 41, corredandoli degli allegati previsti dalla normativa vigente per il rilascio delle approvazioni, delle autorizzazioni o dei pareri di cui all'articolo 41. Ove il progetto sia soggetto a permesso a costruire, esso va inoltrato dai Comuni corredato del parere della commissione edilizia.

(2) L'Agenzia verifica entro 15 giorni la completezza formale della documentazione e accerta a quali approvazioni, autorizzazioni, pareri o altri atti di assenso comunque denominati, andrà sottoposto il progetto e lo invia agli uffici competenti.

(3) Entro 45 giorni dal ricevimento della documentazione gli uffici competenti esaminano il progetto. In caso di documentazione incompleta l'Agenzia richiede le integrazioni documentali eventualmente necessarie, da presentare entro un termine non superiore a 30 giorni. In tal caso il termine è sospeso fino al deposito della documentazione integrativa da parte del proponente. Qualora entro il termine stabilito il proponente non depositi la documentazione completa degli elementi mancanti, l'istanza si intende ritirata. È fatta salva la facoltà per il proponente di richiedere una proroga del termine per la presentazione della documentazione integrativa in ragione della complessità della documentazione da presentare.

(4) La Conferenza di servizi si pronuncia ai sensi dell'Art. 4 con un parere vincolante entro i successivi 30 giorni, e l'Agenzia lo trasmette alla struttura richiedente.

(5) Tale parere sostituisce a tutti gli effetti ogni altra approvazione, autorizzazione, parere o altri atti di assenso, comunque denominati, sul progetto previsti dalla vigente normativa nelle materie di cui all'articolo 4, comma 1.

(6) Il parere espresso dalla Conferenza di servizi ha una validità di cinque anni. Su richiesta motivata del proponente, il/la Presidente della Conferenza di servizi può prorogare la validità di ulteriori due anni.

TITOLO VI RICORSI E VIGILANZA

Art. 43 (Ricorsi)

(1) Avverso le decisioni adottate dalla Conferenza di servizi ai sensi degli articoli 16, comma 5, e 42, comma 4, è ammesso ricorso alla Giunta provinciale da parte di chi vi abbia interesse, entro il termine di 45 giorni dalla comunicazione o pubblicazione delle stesse, per motivi di legittimità e di merito.

Art. 44 (Vigilanza)

(1) La vigilanza sulla corretta esecuzione e sull'esercizio di tutte le opere e le installazioni approvate o autorizzate ai sensi della presente normativa spetta anche alle Ripartizioni provinciali competenti per le materie di cui all'articolo 4, comma 1.

(2) Ferma restando l'applicazione delle sanzioni di cui al Titolo III della Parte seconda del decreto legislativo 3 aprile 2006, n. 152, e successive modifiche, in caso di inosservanza delle disposizioni e delle prescrizioni imposte per le opere soggette alla VIA, l'Agenzia procede, a seconda della gravità delle infrazioni, come segue:

- a) alla diffida, stabilendo un termine entro il quale devono essere eliminate le irregolarità;
- b) all'ordinanza di sospensione dei lavori e di ripristino dello stato originario, previo parere del Comitato ambientale. Decorso il termine stabilito senza che il contravventore vi abbia provveduto, l'Agenzia provvede d'ufficio all'esecuzione dei lavori necessari per la riduzione in pristino, a spese del contravventore. Nel caso in cui, su parere del Comitato ambientale, la riduzione in pristino non sia possibile o possibile solo parzialmente, il contravventore deve risarcire il danno arrecato all'ambiente. L'entità del risarcimento è determinata dall'Agenzia, sentite le ripartizioni competenti nelle materie di cui all'Art. 4, comma 1.

(3) In caso di inosservanza delle prescrizioni autorizzatorie o di esercizio in assenza di autorizzazione, per installazioni soggette ad AIA, ferma restando l'applicazione delle sanzioni e delle misure di sicurezza di cui al Titolo III/bis della Parte seconda del decreto legislativo 3 aprile 2006, n. 152, e successive modifiche, l'Agenzia procede, secondo la gravità delle infrazioni, nei seguenti modi:

- a) alla diffida, assegnando un termine entro il quale devono essere eliminate le inosservanze, nonché un termine entro cui, fermi restando gli obblighi del gestore in materia di autonoma adozione di misure di salvaguardia, devono essere applicate tutte le appropriate misure provvisorie o complementari che l'Agenzia ritenga necessarie per ripristinare o garantire provvisoriamente la conformità;
- b) alla diffida e contestuale sospensione dell'autorizzazione per un tempo determinato, ove si manifestino situazioni di immediato pericolo o un danno per l'ambiente o per la salute umana, o in caso di reiterate violazioni;
- c) alla revoca dell'autorizzazione e alla chiusura dell'installazione, su parere della Conferenza di servizi, in caso di mancato adeguamento alle prescrizioni imposte con la diffida e in caso di reiterate violazioni che determinino situazioni di pericolo o di danno per l'ambiente;
- d) alla chiusura dell'installazione, nel caso di esercizio in assenza di autorizzazione.

(4) In caso di inosservanza delle prescrizioni dell'AIA, ove si manifestino situazioni di pericolo o di danno per la salute, l'Agenzia ne dà comunicazione al sindaco/alla sindaca ai fini dell'assunzione delle eventuali misure ai sensi dell'articolo 217 del regio decreto 27 luglio 1934, n. 1265.

TITOLO VII DISPOSIZIONI FINALI

Art. 45 (Disposizione transitoria)

(1) La scadenza delle autorizzazioni integrate ambientali in vigore alla data dell'entrata in vigore della presente legge è prorogata fino al riesame di cui all'Art. 37.

Art. 46 (Modifiche di norme)

(1) Alla fine del comma 2 dell'articolo 5 della [legge provinciale 26 gennaio 2015, n. 2](#), e successive modifiche, è aggiunto il seguente periodo: "Per i progetti soggetti a verifica di assoggettabilità a VIA sono pubblicati anche i dati previsti dalla normativa in materia di valutazione ambientale per tale tipologia di progetti."

(2) Dopo il comma 9 dell'articolo 8 della [legge provinciale 26 gennaio 2015, n. 2](#), è aggiunto il seguente comma:

"10. La Conferenza di servizi decide sull'assoggettabilità a VIA dei progetti soggetti a verifica di assoggettabilità."

(3) Dopo l'ultimo periodo del comma 1 dell'articolo 3 della [legge provinciale 19 maggio 2003, n. 7](#), e successive modifiche, è aggiunto il seguente periodo: "Per i progetti soggetti a verifica di assoggettabilità a VIA alla domanda di autorizzazione va altresì allegato lo studio preliminare ambientale previsto dalla normativa in materia di valutazione ambientale per il relativo inoltro all'Autorità competente per la verifica di assoggettabilità a VIA."

(4) Alla fine del comma 2 dell'articolo 3 della [legge provinciale 19 maggio 2003, n. 7](#), e successive modifiche, è aggiunto il seguente periodo: "La Conferenza di servizi decide altresì sull'assoggettabilità a VIA dei progetti soggetti a verifica di assoggettabilità."

(5) La lettera g) del comma 1 dell'articolo 17 della [legge provinciale 11 agosto 1997, n. 13](#), e successive modifiche, è così sostituita:

"g) il rapporto ambientale di cui all'articolo 5 della direttiva 2001/42/CE; per le modifiche al piano è richiesto il rapporto ambientale se gli interventi previsti sono soggetti alla procedura di valutazione ambientale strategica (VAS); se invece gli interventi previsti sono soggetti alla procedura di verifica di assoggettabilità a VAS, è richiesto il rapporto ambientale preliminare."

Art. 47 (Abrogazione)

(1) La [legge provinciale 5 aprile 2007, n. 2](#), e successive modifiche, è abrogata.

Art. 48 (Disposizione finanziaria)

(1) La presente legge non comporta nuove o maggiori spese per l'esercizio finanziario 2017.

(2) La spesa a carico dei successivi esercizi finanziari è stabilita con la legge finanziaria annuale.

La presente legge sarà pubblicata nel Bollettino Ufficiale della Regione. È fatto obbligo a chiunque spetti di osservarla e di farla osservare come legge della Provincia.

ALLEGATO A (Articolo 15, comma 2)

Progetti soggetti a VIA di competenza della Provincia autonoma di Bolzano

(1) Sono soggetti a VIA i progetti che possono avere significativi impatti negativi sull'ambiente.

(2) Viene comunque effettuata una valutazione di impatto ambientale per:

- a) i progetti di cui all'allegato III alla Parte seconda del decreto legislativo 3 aprile 2006, n. 152, e successive modifiche, che non risultano ricompresi anche nell'allegato II alla Parte seconda dello stesso decreto;
- b) i progetti di cui all'allegato IV alla Parte seconda del decreto legislativo 3 aprile 2006, n. 152, e successive modifiche, relativi ad opere o interventi di nuova realizzazione, che ricadono, anche parzialmente, all'interno di aree naturali protette come definite dalla legge 6 dicembre 1991, n. 394, e successive modifiche;
- c) i progetti di cui all'allegato IV alla Parte seconda del decreto legislativo 3 aprile 2006, n. 152, e successive modifiche, qualora, all'esito dello svolgimento della verifica di assoggettabilità a VIA, si ritenga che possano produrre significativi impatti negativi sull'ambiente. I criteri e le soglie da applicare

per tali progetti sono stabiliti dalle "Linee guida per la verifica di assoggettabilità a valutazione di impatto ambientale dei progetti di competenza delle Regioni e delle Province autonome", emanate ai sensi dell'articolo 6, comma 7, lettera c), del decreto legislativo 3 aprile 2006, n. 152, e successive modifiche. I riferimenti alle norme statali contenuti nelle linee guida sono da intendersi riferiti alle norme provinciali corrispondenti.

(3) La verifica di assoggettabilità a VIA è effettuata per:

- a) le modifiche o le estensioni dei progetti elencati nell'allegato III e IV alla Parte seconda del decreto legislativo 3 aprile 2006, n. 152, e successive modifiche, la cui realizzazione potenzialmente possa produrre impatti ambientali significativi e negativi, ad eccezione delle modifiche o estensioni che risultino di per sé conformi agli eventuali valori limite stabiliti nel medesimo allegato III;
- b) i progetti elencati nell'allegato IV alla parte seconda del decreto legislativo 3 aprile 2006, n. 152, e successive modifiche, in applicazione dei criteri e delle soglie stabiliti dalle linee guida, emanate ai sensi dell'articolo 6, comma 7, lettera f), del decreto legislativo 3 aprile 2006, n. 152, e successive modifiche.